

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 22. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Interlons-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgefallene Rollen-  
gelle oder deren Raum 60 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Streifen- und Schloß-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement Preis Prämienanhang  
vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,  
wöchentlich 25 Pfg., frei ins Haus.  
Eingelassene Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingelassen in die Post-Bestellungs-  
preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Ministerworte!

Der Kongress der christlichen Arbeiter ist heute von Herrn v. Bethmann-Hollweg begrüßt worden. Man konnte einigermaßen gespannt sein, wie der Nachfolger Posadowsky sich seiner Aufgabe entledigen werde. Posadowsky hatte die ehrliche Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung der Sozialreform und besaß große Sachkenntnis. Herr Bethmann-Hollweg vertritt eine Regierung, die den Wahlkampf mit reichen materiellen Mitteln geführt hat, die aus den Massen unserer großen Industriellen und Scharfmacher geschlossen sind. Er ist neu in seinem Amte und einen Beweis für besonderes Sachverständnis in sozialpolitischen Dingen hat er noch zu erbringen. Seine Begrüßungsrede hat diesen Beweis jedenfalls nicht erbracht. Waren Posadowsky's Reden immer interessant durch die eigentümliche, geschlossene, christlich-charitative Weltanschauung und durch seine den genauen Kenner der Materie zeigenden Bemerkungen, so war die Rede Bethmanns trotz des offensichtlichen Bemühens des „Philosophen auf dem Ministerfessel“ — man wird in Neudeutschland leicht für einen Philosophen gehalten, wenn man nur einen Ministerfessel unter sich hat — seinen Vorgänger zu kopieren, doch nur eine Sammlung der gewöhnlichen Redensarten, verbunden mit eintönigen Aufreizungen gegen die Sozialdemokratie. Allerdings hatte der Staatssekretär einen nicht leichten Stand selbst vor diesem Kongress der Bescheidenen. Vor vier Jahren hatten sie in Frankfurt ihre Forderungen formuliert: Sicherung des Koalitionsrechts, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und Errichtung von paritätischen Arbeitskammern auf. Von all diesen Forderungen ist aber bekanntlich auch nicht eine einzige erfüllt worden. Herr Bethmann-Hollweg wußte daher über die Vergangenheit schweigen. Aber auch, was er für die Zukunft verspricht, ist recht wenig. Zunächst das Reichsvereinsgesetz. Nachdem dieses für die Liberalen als Förder gedient hat, muß es auch als Befähigung für den sozialpolitischen Eifer der Regierung erhalten. Nur, auf dem Kongress sitzen genug Vertreter aus Rheinland-Westfalen und die werden wissen, welche Gefahr die Ausnahmebestimmungen über die nichtdeutsche Versammlungssprache für das Koalitionsrecht und die Möglichkeit eines wirksamen und einheitlichen gewerkschaftlichen Kampfes bedeuten. Die Erhaltung der politischen Arbeiter als Lohnrücker gegen deutsche Arbeiter für einen sozialpolitischen Fortschritt ausgeben, das zeugt davon, daß Herr Bethmann-Hollweg lange genug preussischer Minister des Innern gewesen ist.

Auch eine Novelle zur Gewerbeordnung wird versprochen. Die Bestimmungen über die Dauer der Frauenarbeit und über die Heimarbeit enthält. Daß die Frauenarbeit verkürzt wird, ist höchste Zeit, ist doch die lange Dauer der Frauenarbeit eine Gefahr für die Volksgesundheit und für die Aufrechterhaltung eines gesunden Nachwuchses geworden. So sind es auch zum Teil Interessen des Militarismus, die dahin wirken, daß auf diese jahrzehntelange Forderung der gesamten Arbeiterklasse hin endlich etwas geschehen soll. Spielen so bei der Verkürzung der Frauenarbeit auch andere als sozialpolitische Motive eine Rolle, so ist ähnliches auch bei der Regelung der Heimarbeit keineswegs ausgeschlossen. Es ist zu fürchten, daß die Regierung sich in dieser Frage weniger von den Forderungen der Sozialpolitik leiten läßt, als von dem Bedürfnis, ein Tabakmonopol vorzubereiten. Wir besorgen, daß das, was einem Teil der Arbeiterklasse gegeben wird, auf der anderen Seite der gesamten Arbeiterklasse zehnmal wieder genommen werden soll. Der Besekentwurf über Arbeiterkammern ist dabei noch nicht einmal fertig, der Minister erhofft die Fertigstellung für den Winter. Das ist alles.

Nichts von dem Zehnstundentag für alle erwachsenen Arbeiter, nicht über Koalitionsfreiheit und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, also noch weniger als die christlichen Arbeiter bereits vor 4 Jahren in aller Bescheidenheit gefordert haben. Unter diesen Umständen wird es selbst diesen Arbeitern schwer fallen, den schlechten Massschlägen des Ministers für Verlangsamung der Sozialpolitik zu folgen und die „vier Grundpfeiler aufzurichten, die ihnen eine glückliche Zukunft sichern sollen: Fleiß, Gottesfurcht, Mäßigkeit und Zufriedenheit.“

Bei diesem Tempo der Sozialpolitik droht selbst den Christlichen die Geduld zu reizen. Schon Herrn Behrens Antwort auf die Ministerrede war etwas unwirsch:

„Mit Bedauern müßte festgestellt werden, daß von den Forderungen des Frankfurter Kongresses bisher nicht eine einzige von der Gesetzgebung erfüllt wurde und daß die Koalitionsfreiheit noch nicht einmal im Programm der Regierung angelündigt worden sei.“

Noch energischer sprach Herr Adam Stegerwald, der Generalsekretär des Verbandes christlicher Gewerkschaften. Bis zu den höchsten Regierungsstellen könne man sich in die Gedankenwelt der Arbeiter nicht hineinfinden, sonst hätte man nicht in den letzten Jahren die gesetzliche Sozialreform auf ein totes Gleise stellen dürfen. Man habe anscheinend selbst für die christliche Arbeiterbewegung nur ein platonisches Interesse. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen die gelben Gewerkschaften. Es zeige

von Mißachtung der Arbeiter, daß Bülow diese kraft- und sattsamen Vereinigungen begrüßt habe. Es scheint überhaupt, daß die Regierung den Scharfmachern und sozialpolitischen Bremsern ein viel zu williges Ohr leihe. Das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei ein Monstrum gewesen, das die Berufsvereine zum Verzicht beim Erwerb der Rechtsfähigkeit gezwungen hätte. Der Redner forderte den zehnstündigen Maximalarbeitstag, Reichsberggesetz, eine moderne Gefindeförderung, ein modernes Fremdenrecht, die Einführung des Proportionalwahlrechts bei sozialen Wahlen und die Einführung von Handelsinspektoren analog den Gewerbeinspektoren.

Aber vielleicht am unangenehmsten für die Junkerregierung mag die Forderung gewesen sein, die Herr Stegerwald, wie er es als Arbeitervertreter ja auch unbedingt tun mußte, an die Spitze seiner Ausführungen stellte, die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht in allen Bundesstaaten, vor allem für den preussischen Landtag. Auch die christlichen Arbeiter empfanden das Dreiklassenwahlrecht als die denkbar größte Ungerechtigkeit. Sie seien gegen den Klassenkampf von unten, aber ebenso gegen einen solchen von oben und verlangten, daß mit dem veralteten Dreiklassenwahlrecht endlich aufgeräumt werde.

Ist es den christlichen Arbeitern ernst mit ihren Forderungen, so müssen sie aber auch die Konsequenzen daraus ziehen. Demokratie und Sozialpolitik ist nur zu erreichen durch den Kampf gegen Junkerherrschaft und Scharfmachertum und an der Spitze dieses Kampfes steht jeher die Sozialdemokratie. Die Aufforderung des Herrn Bethmann-Hollweg, „gemeinsam mit den anderen Gliedern unseres deutschen Volks zusammen zu arbeiten“, müssen dann die Christlichen in einem anderen Sinn befolgen, als sie der Herr gemeint haben mag. Sie müssen zusammenarbeiten mit der Klassenbewußten Arbeiterklasse, die die Illusionen der Christlichen freilich schon längst verloren hat. Nur so können sie das Schneidentempo deutscher Sozialpolitik wirksam beschleunigen.

## Der Abschied des „Hochverrätters“.

Schade, daß die Urheber des Hochverratsprozesses, der Herr Oberreichsanwalt Olshausen und seine „interessierte Seite“, nicht den heutigen Erfolg ihrer glorreichen Tat miterlebten. Der solohale Erfolg ihrer famosen Aktion würde sie vielleicht recht nachdenklich gestimmt haben. Denn die heutige Versammlung in Berlins größter Saale, in der „Neuen Welt“, war vielleicht die imposanteste Demonstration, die Berlin je in dieser Weise erlebt hat.

Die Versammlung war auf 8 Uhr einberufen, und bereits um 4 Uhr begannen sich die Schaaren vor dem Lokale zu sammeln, die bald nach Tausenden zählten. Als um 5 1/2 Uhr der Saal geöffnet wurde, wälzte sich die Menschenmasse gleich einer Lawine in den Riesensaal, ihn nach wenigen Minuten so völlig füllend, daß die für Leib und Leben der Menschheit bei solchen Anlässen doppelt besorgte Polizei absperre — also bereits um 1/2 Uhr war der Riesensaal gesperrt! Um diese Zeit begann aber erst recht eigentlich die Volkswanderung nach der Hofenheide. Nicht nur aus Rixdorf, aus dem westlichen zweiten und dem südöstlich benachbarten dritten Wahlkreise strömten Tausende zu Fuß, per Omnibus und Straßenbahn herbei, sondern auch aus den entlegeneren Wahlkreisen strebten Männer und Frauen dem Versammlungsorte zu, leider vergebens, trotzdem sie sich zwei Stunden vor der zur Eröffnung angeetzten Zeit eingefunden hatten. Hunderte belagerten im Garten die Eingangstüren, Tausende standen und bewegten sich auf der Straße — so ging das vier Stunden hindurch. So viele auch der feuchte Nebel und die Ausschichtlosigkeit, auch nur eine Silber der Nebel zu erhaschen, wieder davontrieb — die Reihen wurden stets wieder ausgefüllt. Es ist eine sehr bescheidene Schätzung, daß 5000 Personen den Saal füllten und ihrer mindestens 15 000 vergeblich Einlaß suchten.

Als Genosse Liebknecht in Begleitung des Genossen Fischer kurz nach 7 Uhr erschien, bereitete ihnen die vor dem Lokale versammelte Masse stürmische Ovationen, die sich bei ihrem Eintritt in den Saal wiederholten. Um 1/2 Uhr erteilte der Vorsitzende Genosse Ernst dem Genossen Fischer als erstem Redner das Wort. Fischer behandelte in groß angelegter 1 1/2 stündiger Rede den Prozeß in juristischer und politischer Beziehung. Er gab eintönig eine Definition des Begriffes der Klassenjustiz. Unter Klassenjustiz versteht die Sozialdemokratie nicht die bewußte Verungung des Rechts, sondern die objektive Befangenheit in den Anschauungen der herrschenden Klasse, die zum Verständnis der Anschauungen der Gegner der herrschenden Staatsordnung unfähig mache. Die Klassenjustiz offenbare sich am handgreiflichsten in Hochverratsprozessen. Solche Hochverratsprozesse seien noch jederzeit die Erscheinung politischer Kämpfe gewesen, seit den Zeiten des alten Rom bis in die neueste Zeit hinein. Auch die aufstrebende Bourgeoisie habe ihre Hochverratsprozesse gehabt — sei doch sogar Beffen wegen Hochverrats prozessiert worden, weil er das Tagebuch des Kaisers Friedrich veröffentlicht habe. Auch Bis-  
marck habe sich unter der Vera Caprivi des Hochverrats — durch seine Enthüllung über den russischen Rückversicherungsvertrag — schuldig gemacht, freilich habe sich kein Oberreichsanwalt gefunden, der ihn, dem vielgepriesenen „Gründer des Reichs“, das er ja auch nur durch „Hochverrat“, durch den Umsturz einzelstaatlicher Verfassungen, zustande gebracht, vor

die Schranken des Reichsgerichts geladen habe. Daß Liebknecht gleich seinem Vater seinen Hochverratsprozeß gehabt habe, sei freilich im letzten Ende nur dadurch möglich gewesen, daß die „interessierte Behörde“, also die Militärbehörde, in dem Oberreichsanwalt einen Anklagevertreter gefunden habe, der seine früheren Ansichten inzwischen einer Revision im reaktionären Sinne unterzogen hatte. Fischer unterzog dann im einzelnen mit beißender Ironie die einzelnen Phasen des Prozesses einer eingehenden Kritik, die Stürme des Beifalls auslöste. Er schloß mit einer politischen Würdigung des Prozeßergebnisses. Wie stets bei solchen Aktionen heiße es: Mann über Bord, aber die Arme des Proletariates bringe unwiderstehlich vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Runmehr nahm Genosse Liebknecht, von endlosem, enthusiastischem Beifall empfangen, selbst das Wort. Er legte zunächst seine Stellung zur antimilitaristischen Propaganda dar. Habe auch die Partei auf verschiedenen Parteitagungen seine Vorschläge nicht abgelehnt, so bestehe doch völlige Einigkeit zwischen der Gesamtpartei und ihm über die Notwendigkeit der Bekämpfung des Militarismus. In dem Prozeß habe man ihn bezichtigt, durch seine Agitation an die Gewalt appellieren zu wollen. Und doch habe gerade er, wie die Partei überhaupt, durch seine Bekämpfung des Militarismus die Gewalt aus der Entwicklung ausgeschalten wollen. Er habe die Dialektik des Militarismus gekennzeichnet: nachgewiesen, wie der Militarismus, dieser Hort der besitzenden Klasse, seiner Selbstzerfurchung verfallend — und daraus habe man ihm den Strich des Hochverrats gelehrt. Die Dialektik des Militarismus offenbare sich darin, daß die militaristische Technik selbst schließlich den Krieg unmöglich mache. Das wichtigste Moment freilich bestehe darin, daß man den Militarismus gegen den inneren Feind ausspielen wolle, den inneren Feind, der aus den Vätern und Söhnen, den Brüdern und Schwestern derjenigen bestehe, die selbst zum „inneren Feind“ gehörten — ausgenommen die zwei Jahre, wo sie den bunten Rock trügen! (Stürmische Zustimmung!). Sein Prozeß habe der antimilitaristischen Propaganda unendlichen Vorschub geleistet, er habe die Aufmerksamkeit der Massen auf diese brennendste Frage des proletarischen Emanzipationskampfes gerichtet. Nicht in legischer Stimmung nehme er Abschied von den Parteigenossen, sondern in freudiger Jubelstimmung, daß auch durch die Kerkerworte ihm die Kunde zugetragen werde von den siegreichen Kämpfen des sozialistischen Proletariates! (Endloser Beifall.)

Die jubelnde Kampfesfreude der Versammlung fand ihr stürmisches Echo in den Abschiedsgrüßen, die die Tausende, die bis zum Schluß der Versammlung auf der Straße ausgeharrt hatten, dem Genossen Liebknecht zuriefen.

Genosse Liebknecht tritt übermorgen seine „Strafe“ in Glanz an — aber Hunderttausende nehmen den Kampf auf, den er unterbrechen mußte! Ist auch das schriftliche Verdict gegen ihn noch nicht ausgefertigt — das Volk hat sein Urteil über den Klassenstaat und den Militarismus gesprochen. Und es wird vollstreckt werden!

## Vom sächsischen Landtage.

Dresden, 19. Oktober.

Man könnte glauben, daß noch immer Zeichen und Wunder geschehen, wenn man vernimmt, daß in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags der einzige Sozialdemokrat dieses Dreiklassenparlamentes in eine wichtige Deputation gewählt worden ist, nämlich in die Petitions- und Beschwerverdeputation. Seit länger als dreißig Jahren, so lange Sozialdemokraten im sächsischen Landtage saßen, haben sie um die Eihe in Deputationen gekämpft. Aber die Konservativen und Nationalliberalen übten eine echt sächsische kleinliche Vorkriegspolitik und gaben keinem Sozialdemokraten bei den Deputationswahlen eine Stimme; nur einmal, im Jahre 1905, brachte es Genosse Schulze auf 30 Stimmen, sonst entfielen auf die von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagenen Kandidaten meist nur die Stimmen unserer Genossen im Landtage. Vergebens haben wir gegen diese Politik kleinlicher Nachsicht protestiert und regelmäßig wurden die harmlosesten Neulinge in die Deputationen entsendet, wenn sie nur konservativ oder nationalliberal waren, dagegen auch die erfahrensten sozialdemokratischen Parlamentarier ausgeschlossen. Auf die sozialdemokratischen Protestkundgebungen hin erklärte der konservative Wortführer und jetzige Präsident Rehnert einmal, man könnte zwar nicht hindern, daß Sozialdemokraten als Abgeordnete gewählt werden, man dürfe sie aber mit Rücksicht auf die Monarchie nicht in Deputationen entsenden, weil die Sozialdemokraten republikanisch gesinnt seien. Die Sozialdemokratie hat sich seitdem nicht geändert. Die bürgerlichen Parteien haben jetzt eine andere Haltung eingenommen, indem sie einstimmig den Genossen Goldstein mit in eine Deputation wählten. Haben die Herren eingesehen, daß sie sich mit ihrem kleinlich-lächerlichen Verhalten nur selbst schaden? Vielleicht ist es auch ein Ausfluß von Scheinliberalismus, in dem sich jetzt das Bürgerium gefallt. Jedenfalls ist dieser Vorgang kein Beweis, daß ein besserer Geist im Landtage herrsche. Bei der Beratung über die Wahlrechtsreform wird sich's ja zeigen, wie dieser Geist beschaffen ist.

Inzwischen sind eine Reihe Gesetzesvorlagen eingegangen. Vor allem ist gleichzeitig mit dem Etat die Wahlrechtsvorlage offiziell im Landtage erschienen. Sie enthält nichts, was nicht schon längst bekannt war. Die Thronrede wieder schweig sich vollkommen darüber aus, was



Die Regierung bei ablehnender Haltung der Parteien zu tun gedenkt. Offenbar sieht auch die Regierung in dieser Beziehung nur das Dunkel völliger Ungewissheit vor sich. Sie weiß noch nicht, was sie unternehmen soll, sie weiß offenbar auch noch nicht sicher, wie sich die Parteien endgültig verhalten werden.

Von den sonstigen Vorlagen ist noch zu nennen eine solche in der Gehaltserhöhung für die Volksschullehrer, sie sollen 1300 M. Minimalgehalt und nach 30jähriger Dienstzeit 2800 M. Mindesthöchstgehalt erreichen. Außerdem sollen die Staatszuwendungen für die Alterszulagen der Lehrer neu geregelt werden. Auch die Vorlage, durch die der 25prozentige Einkommensteuersatz ab vermindert werden soll, ist bereits erschienen.

Neben den Regierungsvorlagen ist dem Landtage eine größere Anzahl Interpellationen und Anträge aus den Parteien zugegangen. Die Freisinnigen fordern Maßnahmen gegen die hohen Getreidepreise. Warum die Populärpartei das nicht ihren Bloßfreunden im Reichstag überlassen, könnte rätselhaft sein, wenn man nicht wüßte, daß die freisinnigen Demagogen immer da radikal sind, wo ihre Vorstöße ungefährlich für Reaktion und Brotwucher sind. — Ein anderer freisinniger Antrag verlangt Aufklärung über die Schiffabgabe. Drei Anträge fordern eine Reform der Ersten Kammer. Jede der drei bürgerlichen Parteien hat einen besonderen eingebracht. Alle wollen eine Anzahl industrieller Vertreter in die jetzt von Rittergutsbesitzern besetzte Paarskammer, doch gehen sie in der geforderten Zahl auseinander. Die Nationalliberalen wollen 10 Vertreter der Industrie, 2 Vertreter des Gewerbes, 1 Arzt, 1 Rechtsanwalt, 1 Lehrer — also Vertreter von so ziemlich allen Berufsständen, nur nicht von den Arbeitern. In den anderen Anträgen werden besondere Angaben nicht gemacht.

Ein Antrag fordert auch eine erweiterte Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat. Die Eingabe rührt von den Konservativen her, die hier, von der Notwendigkeit getrieben, jetzt schüchtern die Pfad eingehlagen, die die Sozialdemokraten schon vor 30 Jahren gebahnt haben, als sie im sächsischen Landtage unter Bebel's Führung die Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat forderten. Wir haben bereits in der ersten Abhandlung über den sächsischen Landtag darauf hingewiesen, daß die armen Gemeinden unter den Schullasten bald zusammenbrechen und doch nicht das Nötige für ihre Schulen tun können, während reiche Orte sehr wenig von Steuern bedrückt werden. Das würde heute alles besser sein, wenn man vor 30 Jahren die sozialdemokratischen Anträge angenommen hätte.

## Die belgischen Kommunalwahlen.

Brüssel, 18. Oktober. (Fig. Ver.)

Solange der Merikalismus und mit ihm der Widersacher der drei großen politischen Reformen (allgemeines Wahlrecht, obligatorischer Unterricht, Militärreform) am Ruder ist, wird sich jede Wahl in Belgien, gleichviel ob für die Kammer oder für die Gemeinden, im Zeichen der Kampfformel für oder gegen diese Reformen vollziehen. So bereiten sich denn auch die am Sonntag, den 20. Oktober, stattfindenden Kommunalwahlen unter einem im wesentlichen politischen Gesichtspunkte vor.

Das niederträchtige Schwindelwahlrecht, dem — nächst dem Analphabetismus — der Merikalismus in Belgien die Erhaltung seiner Macht und seines Einflusses zu danken hat, ist es, das wieder ein Zusammengehen der beiden antimerikalischen Parteien, der Liberalen und der Sozialisten, zu einer politischen Notwendigkeit machte.

Dieses Wahlbündnis ist nach einer heillosigen Schätzung in etwa 200 Gemeinden durchgeführt, darunter in acht Vororten Brüssels sowie in den meisten bedeutendsten Kommunen, z. B. des Centre, in Antwerpen, in Charleroi, Huy usw. Eine bedeutende Gemeinde fehlt allerdings in der Reihe der parteilichen: nämlich Brüssel selbst! Wenn das Kartell einen zwingenden politischen Sinn hat, dann hat es ihn naturgemäß und erst recht für die Hauptstadt des Landes. Von der gesamten bürgerlich-liberalen Presse wurde denn auch gerade auf das Zustandekommen des Brüsseler Kartells großer Wert gelegt. Auch unsere Partei und der „Peuple“ setzten sich für das Kartell ein; denn sein Zweck, die Gegner der Wahlreform aus den Kommunen zu werfen, hatte gerade für Brüssel eine sehr wirksame Basis: es galt, die vier ausschließlichen Merikalen zu eliminieren, was bei dem bestehenden Wahlgesetz nur möglich wäre, wenn Liberale und Sozialisten eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellen. Die Vereinigung der „Doctriën“-Liberalen hat jedoch lieber das Risiko, die drei oder vier Merikalen Vertreter wieder einzusetzen zu sehen, in den Kauf genommen, als die Minorität der Sozialisten — sie betrug 12 Mitglieder — um eine Stimme zu vermehren! Beim doktrinären Flügel des Liberalismus hat der Antimerikalismus und die Wahlreformfreundlichkeit eben seine Grenze an der — Sozialistenfurcht. . .

Parteilich genommen, war der Beschluß der doktrinären Liga, nachdem die ganze liberale Presse Feuer und Flamme für das Kartell gewesen, ja sogar die „Etoile“ ihre noble Zurückhaltung aufgegeben und nachdem die progressivste „Association libérale“ das Kartell debattellos angenommen hatte, eine Blamage für den ganzen Liberalismus. Die liberale Presse macht denn auch die komischsten Vorwürfe, um sich schließlich mit einem schönen — Leitartikel gegen den Merikalismus zu trösten.

Der Liberalismus spendet sich nun zwar ein bißchen arg viel Lob für seine Tätigkeit in den liberalen Kommunen. Aber jeder aller kleinste Schritt auf dem Wege der Volkshygiene, des Schulwesens, der kommunalen Sozialpolitik nimmt sich wie der Gipfel der Modernität und Großzügigkeit aus, blickt man auf die erbärmliche Wirtschaft in den Merikalischen Verwaltungen. Die Merikalen haben, wo sie nur konnten, die Kommunalsschulen unterdrückt, um die kongregationistischen zu erhalten. Volkreiche Gemeinden, z. B. Etterbeek mit einer Bevölkerung von 26 000 Einwohnern, besitzen eine Gemeindefschule, dagegen eine Reihe von den Merikalen subventionierter konfessioneller Schulen. — Während ferner in den Gemeinden, wo Liberale und Sozialisten die Mehrheit bilden, die Besoldung der Gemeindearbeiter — freilich vorzugsweise unter dem Antriebe der Sozialisten — eine menschenwürdige wurde, zahlt Etterbeek, die Merikale Vorstadtgemeinde Brüssels, ihren Arbeitern Löhne von 2,50 Fr. pro Tag! Dabei hatte ein liberaler Bürgermeister, Wuls, berechnet, daß ein Arbeiter, um leben zu können, ein Minimum von 6 Fr. pro Tag in den Brüsseler Vorstädten benötige!

Derselbe Geist herrscht auf allen Gebieten kommunaler Verwaltung, wo die Merikalen an der Macht sind. Was hilft's aber, daß ein belgischer Liberaler einmal empfahl, sich mit dem Teufel,

wenn nötig, zu verbinden, um die kirchliche Macht zu entwurzeln? — Du lieber Gott! Die Brüsseler Liberalen fürchten ja schon einen — Sozialisten!

Noch läßt sich der Gesamtcharakter des Wahlbildes vom Sonntag nicht überblicken. Von den Einzelheiten wäre einstweilen folgendes hervorzuheben: Das liberal-sozialistische Kartell hat glänzend gesiegt in Gilly, Saint Josse, Zette Saint Pierre, der Brüsseler Vorstadt Forest, Antwerpen, Soignies, Aih, Kinobe, Vise und Huy. — Die Liberalen erleiden sehr erhebliche Einbußen in Ribelles, Dieff, Wilvorde, Blankenberge, Dinant, Vovir und in zahlreichen kleinen Ortschaften der Provinzen Luxemburg und Namur. In der Brüsseler Vorstadt Laeken wird die liberale Kommunalverwaltung voraussichtlich gestürzt werden. Bei den Gemeinderatswahlen in Brüssel (Stadt) ist durch die Wahl von sieben Liberalen, vier Katholiken und vier Sozialisten der Status quo erhalten geblieben. Das von den Liberalen und Sozialisten geschlossene Kartell hat in allen industriellen Orten gesiegt und außerdem in Charleroi, Namur, Lobelinsart, Andrimont, Montigny sur Sambre, Marcinelle, La Louvière, Jumet usw. Das Kartell hat versagt in den Orten, wo die bürgerlichen Elemente die Oberhand haben, besonders in Schaerbeek, der Vorstadt von Brüssel, wo die Katholiken 7 Kandidaten, d. h. ebenso viel wie die Liberalen, durchbrachten.

Leichte Erfolge haben die Liberalen davongetragen in Renaix, Ostende, Erquennes u. a. Die Katholiken haben den Liberalen schwere Schläppen beigebracht in Dal, Anderlecht (Vorstadt von Brüssel), Uccle, Tournai, Chimay, Brügge, Louvain, Dieff usw. B. L. V. sucht das Wahlergebnis folgendermaßen zu resumieren: Erfolg des Kartells in den Orten, wo das Arbeiterelement das Übergewicht hat, zum Schaden der Katholiken, teilweiser Mißerfolg des Kartells in den bürgerlichen Orten, zum Vorteil der Katholiken, und schwere Schläppen der Liberalen zum Vorteil der Katholiken in zahlreichen Landorten. In der Brüsseler Vorstadt Laeken wird der Mißerfolg der Liberalen von diesen auf lokale Nebenbuhlerschaften zurückgeführt.

## Marokko.

Das Jdhl von Casablanca ist plötzlich gewaltfam zerstört worden. Auf zwei französische Kompagnien ist ein Angriff marokkanischer Streitkräfte erfolgt. Die Meldungen lauten: Paris, 20. Oktober. Nach einer Depesche des Generals Druide aus Casablanca unternahmen gestern zwei Kompagnien eine Rekognoszierung in der Richtung auf Taddert. Die Abteilung erhielt unterwegs von einer Anzahl Marokkaner Feuer und hatte einen Verlust von zwei Toten, darunter einen Hauptmann, und sechs schwer Verwundete.

Paris, 21. Oktober. Auf die Meldung von dem Angriff der Marokkaner eilte General Druide sofort mit zwei weiteren Bataillonen zur Unterstützung der bedrängten Franzosen herbei, doch ergriffen die Marokkaner bei dem Eintreffen der französischen Verstärkungen sofort die Flucht. General Druide ist hierauf nach Casablanca zurückgekehrt.

Paris, 21. Oktober. „Le Journal“ schreibt: „Die Lage ist jetzt klarer. Bisher konnten wir abwarten und im Verteidigungsstande bleiben, jetzt sind wir herausgefordert worden. Wir müssen unsere Toten rächen und den neuen Gegner unsere Stärke fühlen lassen; alles muß von neuem begonnen werden.“

Paris, 21. Oktober. Mehrere Blätter halten es für möglich, daß die Marokkaner, die am Sonnabend die zwei französischen Kompagnien bei Casablanca überfielen, zu den Vorposten der Mahalla Mulay Hafids gehören, die sich vor einigen Tagen 35 Kilometer südlich von Casablanca befanden.

Die letzte Meldung zeigt, daß Frankreich, nachdem es sich zur Unterstützung des Sultans Abdul-Aziz entschlossen hat, den neuen Angriff gern dem Gegenkandidat Mulay Hafid in die Schuhe schieben möchte. Dessen Aktien erscheinen im Lande, namentlich im Süden noch immer zu steigen. Bei den Sultänen findet er dafür, nachdem Frankreich sich für den Sultän erklärt hat, um so weniger Gegenliebe. Seinen Abgesandten ist in London, in Berlin und neuerdings in Rom von allen antlichen Stellen der Empfang verweigert worden. Im Lande gehen die Operationen Mulay Hafids weiter, wie die folgenden Meldungen zeigen:

Mogador, 20. Oktober. Mulay Hafid hat hier eine neue Finanzverwaltung ernannt. Er nahm eine Summe von 4000 Dollar an sich, die aus Zolleinkünften stammt.

Mogador, 20. Oktober. Es bestätigt sich, daß je eine Mahalla Mulay Hafids nach Mogador und nach Haha abgegangen ist. Die beiden Städte werden sofort besetzt werden, sobald die Gouverneure den Mahallas den Eingang verweigern.

Aus Tanger meldet der Londoner „Daily Telegraph“, daß wilde Stämme aus dem Innern von Marokko die Stadt Marrakesch überfielen und ein großes Massaker unter den Juden veranstalteten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober 1907.

### Ein neuer Raubzug.

Das „Berl. Tagebl.“ bringt in seiner heutigen Abendausgabe eine ungeheuerliche Meldung. Das Blatt schreibt:

„Wir hören aus bester Quelle, daß die Reichsregierung sich dahin entschieden hat, schon in der kommenden Session eine Branntweinmonopolvorlage dem Reichstage zu unterbreiten. Die Verhandlungen mit dem Spiritusyndikat sind so gut wie abgeschlossen. Die Hauptpunkte sind kurz folgende:

Die Reichsregierung verstaatlicht das Spiritusyndikat in seiner jetzigen Form und Gestalt.

Die großen Spiritusfabriken werden vom Reiche aufgekauft; die kleineren werden entsprechend abgefunden.

Die Reichsregierung bietet den Spiritusproduzenten die Gewähr, für den zu liefernden Rohspiritus derartig hohe Preise zu zahlen, daß sie den unter den jetzigen Verhältnissen erzielten Preisen zum mindesten gleichkommen, wenn nicht gar darüber hinausgehen.

Die Branntweinpreise werden entsprechend erhöht; die Mehrkosten sind also vom Konsumenten zu tragen.

Der Reinertrag des Branntweinmonopols wird für die nächsten Jahre auf circa 70 Millionen bemessen. Später soll die Einnahme aus dem Monopol gesteigert werden.

Das sind die Grundzüge des geplanten Branntweinmonopols; die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Interessentenvereinigung entziehen sich vorläufig noch der Öffentlichkeit. Doch sei erwähnt, daß die preussische Regierung an diesen Verhandlungen zum Teil ausschlaggebend mitgewirkt hat.“

Die Regierung hat unlängst durch den Abschluß der Kohlen- und Stahllieferungen auf drei Jahre zu Höchstpreisen den Industriellen eine nicht unbeträchtliche Summe zustecken lassen. Nun sollen die Agrarier ihren Teil und natürlich einen unvergleichlich größeren erhalten. Man weiß, daß die deutsche Steuergesetzgebung es ist, die ein Syndikat der Brennereien geradezu provoziert hat. Das Syndikat hat seine durch Hilfe der Gesetzgebung erlangte Macht natürlich dazu benützt, die Spirituspreise auf höchste hinaufzuschrauben. Die Rentabilität der Betriebe ist dadurch außerordentlich gewachsen. Nun sollen nach der Meldung des „Berl. Tagebl.“ diese künstlichen, geschraubten Preise zur Grundlage der Ablösung gemacht und die Monopolgewinne den Herren Brennereibesitzern auf ewige Zeiten garan-

tiert werden. Daß diese Gewinne nämlich immer so hoch sein werden, ist sehr ungewiß. Eine Neuregelung der Spiritussteuer und die Beseitigung der Liebesgabe ist eine alle Förderung, die von den Freisinnigen stets lebhaft vertreten wurde. Sie war übrigens auch eine von den liberalen Bloßhoffnungen. Spätestens 1912 hätte eine Neuregelung stattfinden müssen, und daß selbst die bisherigen Geschenke an die Junker ewig dauern sollten, war selbst diesen Leuten unvorstellbar. Nun soll das staatliche Monopol helfen. Der Staat hat zuerst das Monopol des Spiritusyndikats geschaffen. Jetzt soll es dieses Monopol zu wahnwitzigen Preisen ablösen. Aber die Steuerzahler sind nicht nur dazu außersehen, den Monopolgewinn zu kapitalisieren und das Kapital den Junkern zu schenken; der Vater Staat braucht ja auch für sich Geld und deshalb müssen die hohen Syndikatspreise weiter so gesteigert werden, daß noch 70 Millionen für den Fiskus abfallen. Das ist toll, das ist unmöglich! Jawohl, aber was ist in der Area der Bloßpolitik nicht möglich? —

### Liberales.

Ueber die geplante Komödie auf dem Frankfurter Einigungstag der Liberalen schweigt die liberale Presse mit einer Konsequenz, die bei Verletzung einer liberalen Forderung stets vermissen läßt. Nur die Berliner „Volkzeitung“ beipflichtet heute unsere Kritik und — bestätigt sie. Sie schreibt nämlich:

„Wenn aber jene Pläne bestehen, was wir leider nicht für ausgeschlossen halten können, so mißbilligen und verwerfen wir sie aufs allerentschiedenste.“

Im übrigen spricht sie sich entschieden für das gleiche Wahlrecht aus und nennt Barth's Vorschläge, ebenso wie wir, allzu bescheiden.

Wir konstatieren das um so lieber, als das Blatt mit Unrecht und vorwiegend, wir hätten es gleichfalls unter die liberalen Verräter gerechnet. Es ist dies ein Mißverständnis, das auf einem Druckfehler beruht. Der Druckfehler lautet nämlich aus der zum Totschweigekartell gehörenden „Vossischen Zeitung“ eine „Volkzeitung“ gemacht.

Uebrigens scheinen liberale Politiker Freude am dem Handwerkl des Verrats zu finden. Die rechtsliberale „Weser-Zeitung“ beruft sich zunächst auf eine Erklärung des Organs der Freisinnigen Volkspartei, das auf die Ausnahmebestimmungen im neuen Vereinsgesetz hingewiesen hat, ohne dazu ihrerseits irgend eine Bemerkung zu machen. Das Blatt findet dieses Stillschweigen bedenklich. Denn „wer schweigt, wo er reden konnte und mußte — scheint zuzustimmen“. Nach der Meinung dieses freisinnigen Blattes wäre also die Freisinnige Volkspartei bereit, zum Verrat in der Wahlrechtsfrage den Verrat in der Frage des Vereins- und Versammlungsrechts zu fügen. Das ist ja sehr pessimistisch. Aber das freisinnige Blatt muß doch seine Parteigenossen kennen. Wir halten allerdings jetzt bereits alles für möglich. —

### Die Einberufung des preussischen Landtages

soll nach einer Berliner Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ zum 3. Dezember erfolgen. Das ist reichlich spät. Die Regierung will dem Landtag offenbar nicht viel Zeit für andere Dinge als die Erledigung der Regierungsvorlagen lassen.

### Die Konkurrenz der Ehrenmitglieder

oder

### Der Kartoffelkrieg im katholischen Arbeiterverein.

Die katholischen Arbeitervereine haben neben ihren „gewöhnlichen“ Mitgliedern auch sogenannte Ehrenmitglieder. In dieser Würde kann, wie es im Normalstatut des Kölner Diözesanverbandes heißt, der Vorstand Männer ernennen, die sich um die Sache des Arbeitervereins verdient gemacht haben. Außerdem kann die Ehrenmitgliedschaft von solchen Personen erworben werden, die einen jährlichen Beitrag von 3 M. oder eine einmalige größere Gabe an die Vereinskasse entrichten.

Nun haben zwar die Ehrenmitglieder nur das Recht, den Versammlungen und Veranstaltungen des Vereins beizuwohnen, nicht aber an den Beratungen und Abstimmungen teilzunehmen, innerhin scheint sich das Institut der Ehrenmitgliedschaft zu lohnen. Zunächst für den Verein, der dadurch seiner Kasse und seinem Mitgliederbestande aufhülft, dann für die Unternehmer, die sich auf diese Weise Einfluß im Arbeitervereine verschaffen; endlich für jene spekulativen Köpfe, die als Krämer, Wirte und dergleichen vom Arbeiterverein auf Kundtschaft rechnen.

Von dieser letzten Art „Ehrenmitglieder“ berichtet eine Zuschrift in der letzten Nummer der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, worin es heißt: „In unserm Verein ist zurzeit die Frage des gemeinsamen Kartoffelbezuges brennend. Am gehören dem Verein mehrere Kartoffelhändler als Ehrenmitglieder an, von denen jeder erwartet, die Lieferungen zu erhalten. In den Vereinsversammlungen bilden sich unter den Mitgliedern Gruppen, von denen die eine sich für diesen, die andere sich für jenen Händler ausspricht. Das ist schon unerquidlich genug. Nun kommt aber ein weiterer Lieferant, der nicht Ehrenmitglied ist und bietet seine Kartoffeln billiger an, als die Ehrenmitglieder. Was tun? Meiner Meinung nach sind die Mitglieder in ihrem Veschluß hinsichtlich der Vergabung der Lieferung nicht an die Ehrenmitglieder gebunden. Wo ihnen das beste Angebot gemacht wird, da greifen sie einfach zu. Damit stoßen sie aber die Ehrenmitglieder vor den Kopf und — vielleicht — ziehen sich diese vom Verein ganz zurück. Meiner Meinung nach muß man solche Leute ruhig gehen lassen.“

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ sieht sich angesichts solcher Vorkommnisse zu der Frage veranlaßt, ob es da nicht besser sei, das System der Ehrenmitglieder überhaupt abzuschaffen, denn lieber gar keine Ehrenmitglieder als solch unerquidliche Kämpfe um die Kartoffellieferung!

Bekanntlich spielen die katholischen Arbeitervereine mit ihren mehr als 300 000 Mitgliedern eine bedeutende Rolle auf dem gegenwärtig tagenden „Deutschen Arbeiterkongreß“. Zur Kennzeichnung der Organisationen, die an diesem Unternehmen beteiligt sind, ist der lustige Kartoffelkrieg jedenfalls ein interessanter Beitrag. —

### „Die Tyrannei des gewissenlosen und unfähigen Demagogenums“

soll nach den Mitteilungen der „Westdeutschen Volkszeitung“ (Husangel) in der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Hagen-Schwelm herrschen. Alles, was in friedlicher Zusammenarbeit seit fünfzehn Jahren geschaffen sei, scheint in Frage gestellt. Ein großer Teil des katholischen Volkes tue nicht mehr mit und insbesondere die katholischen Arbeiterkreise sähen mit großem Bedauern, wie an Stelle der auf breiterster Grundlage aufgebauten Organisation die gehässige aller Tyranneien: die Tyrannei des krumpelosen und unfähigen Demagogenums getreten ist.“ Weiter heißt es:

„Eine den Parteistatuten entsprechende rechtmäßige Parteileitung ist nicht mehr vorhanden. Alles was ordnungsgemäß nach der letzten Wahl hätte geschehen müssen, um eine solche einzuleiten, ist unterlassen worden. . . Durch Einladungen von nicht zuständigen Seite ist eine Versammlung einberufen worden, die sich als Wahlkreis-komitee konstituiert hat, ohne dazu formell und materiell berechtigt zu sein. Dabei wird das katholische Volk, das weniger als je gehört wird und weniger als je zu sagen hat,



fortwährend mit der Parteiorganisation auf breiter Grundlage geübt.

Die Folgen, schreibt Fudangel weiter, zeigten sich in fühlbarer Weise. Während früher die größten Säle nicht ausreichten, um die Zentrumsversammlungen zu fassen, reichen jetzt ziemlich beschränkte Räume hin, um das zu beherbergen, was man höchstehend als Zentrumsversammlungen bezeichnet. Das sei geradezu bezeichnend, nicht so sehr für die Partei als für diejenigen, die so erfolgreich bemüht gewesen sind, durch ihre Ministerarbeit den inneren Zusammenhalt der Partei zu stützen.

Fudangels Klage erinnert an die Schilderung der Rheinischen Volkstimme von den Zuständen in den Eifelkreisen, wo die fossilen Überreste einer wilden Organisation aus der guten alten Zeit ihr Dasein fristen, wo kleine Eifel-Napoleone vor der letzten Vergewaltigung der Bevölkerung nicht zurückweichen. Dem Zentrum ist eben die Aufklärung und die Gleichberechtigung der Wähler Lebenssache; es behandelt die Massen nur als Stimmvieh.

### Der teure Schweinefleisch.

Ueber ein Vorkommnis in einem südwestafrikanischen Lazarett erzählt das „Verl. Tageblatt“:

Für unsere braven Jungen in Afrika hat es gewiß nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, während des Hererokrieges oft wochenlang ohne richtige Nahrung zu sein, noch weniger angenehm aber mag es für die armen Leute gewesen sein, denen man in den Lazarettbaracken wochenlang, ja monatelang Hammelfleisch und immer wieder Hammelfleisch vorsetzte. Die Kranken wußten schließlich das Hammelfleisch in jeder Saison an, soviel Mühe sich auch die Krankenschwester gab, Abwechslung in das ihr vom Fleischlieferanten gelieferte Einerlei zu bringen. Da gab es eines Tages in der Lazarettbaracke bei U. große Aufregung. Der Schwester war ein frischer Schweinefleisch zum Kauf angeboten worden und kurzerhand hatte sie zugreifen. Für die Lazarettinsassen wurde dieser schnelle Entschluß der Krankenschwester zwar ein Festtag, für sie selbst aber eine Quelle vielfacher Schereereien, die heute noch nicht verstiegen ist. Als nämlich in der nächsten Rechnung der Schinken mit etwas dicken Zahlen sich hervortat, beanstandete die zuständige Rechnungsstelle den hohen Posten und gab die Rechnung zur weiteren Verfügung an das Gouvernament. Von hier wurde das Altes still, denn ohne ein solches geht es nun mal nicht ab, nach dem Lazarett zurückgeschickt zur Vernehmung der Schwester, wie sie dazu komme, ohne vorherige Erlaubnis einen Schweinefleisch zu kaufen. Die Schwester wollte eigentlich erwidern, daß der Schinken aller Wahrscheinlichkeit nach längst verkauft gewesen wäre, wenn sie erst auf die Erlaubnis gewartet hätte; sie gab aber zu Protokoll, daß ein frischer, ungesalzener Schweinefleisch zu den Seltenheiten in Afrika zähle und daß sie geglaubt habe, recht zu handeln, wenn sie die für ihre Kranken sich endlich bietende und dringend erwünschte Abwechslung in der Ernährung wahrnahm. Das Altes still wanderte wieder ins Gouvernament, das Protokoll fand aber nicht Gnade vor den Augen des Dezerementen und mit den erforderlichen Fragen langte es nach einigen Monaten wieder an der Rechnungsstelle und von hier im Lazarett an. Abermaliges Verhör der Schwester und erneuter Transport der Altes ins Gouvernament. Hier aber konnte man sich immer noch nicht schlüssig werden, dem Eisenratten den ungesalzenen Schinken zu bezahlen, man schickte vielmehr die Altes nach Berlin ins Reichskolonialamt.

Von diesem Stande der Dinge hatte die aus dem Schweinefleischenvorfall viel protokollierte Schwester keine Ahnung, sonst hätte sie wahrscheinlich mit ihrer Rückreise nach Deutschland noch gewartet, um die abermalige Vernehmung über sich ergehen zu lassen, die das Reichskolonialamt für notwendig erachtete. Während sich also die Schwester auf der Heimreise befand, wanderte das Schweinefleischnastentück, das schon so umfangreich wie eine gute Speckseite war, wieder nach Afrika ins Gouvernament, weiter zur zuständigen Rechnungsstelle und schließlich ins Lazarett, um von hier mit dem Bemerkel: „Schwester X. ist nach Deutschland zurückgekehrt“, wieder auf den genannten Umwegen ins Reichskolonialamt zurückzulehren. Der Schwester wurde man hier natürlich habhaft, und vor einigen Tagen hatte sie das Vergnügen, hier vernommen zu werden. Man stellte ihr die wüßliche Aussicht, daß wahrscheinlich noch eine Vernehmung folgen werde.

### Treu, dreckig und dumm.

Der antisemitische „Reichsherald“, das neue Organ der Reformpartei, schreibt: Am 2. Oktober sollte die Verhandlung gegen den ehemaligen Redakteur der „Westfälischen Rundschau“ stattfinden, der in einem Artikel Herrn Liebermann v. Sonnenberg vorwarf, gesagt zu haben: Meine Schwälerer Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine. Warum die Verhandlung nicht stattfand, konnten wir nicht erfahren. Es sind nunmehr 14 Monate verstrichen, seit der Artikel erschienen ist. Wiederholt, zuletzt im April, berichteten die „Deutsches W.“, daß die Verhandlung gegen Wille in einigen Wochen in Kassel stattfinden würde. Trotzdem die Kasseler Reformen stets betonten, daß der Vorwurf gegen Herrn v. Liebermann gefügt werden müsse, falls der Redakteur Wille den angeklagten Wahrheitsbeweis nicht erbringen würde, erregt es bei uns nun doch Verwundern, daß von einer Erledigung der Angelegenheit nichts zu verspüren ist. Wir sind nun in der Lage, heute zu berichten, daß Herr Liebermann von Sonnenberg tatsächlich Aufzeichnungen getan hat, die nicht nur seine heftigen Äußerungen gegen den Bauernstand auf das schärfste bekräftigen. Herr v. Liebermann hat auf seinen Agitationstourneen nicht einmal, sondern wiederholt gedehert, daß die Bauern dumm seien. Wir übernehmen die Verantwortung für diese Behauptung und bitten Herrn v. Liebermann das Erforderliche zu veranlassen. Angesichts dieser neuen Beschuldigung gewinnt der Prozeß gegen den ehemaligen Redakteur der „Westfälischen Rundschau“ erhöhte Bedeutung.

Ob Herr Liebermann von Sonnenberg nunmehr „das Erforderliche veranlassen“ wird? —

### Frankreich.

#### „Kollektives“ Scherbengericht.

Paris, 20. Oktober. Hervé ist zum zweiten Male wegen antimilitärischer Propaganda vor den Ordnungsrat der Anwälte verwiesen worden. Der Ordnungsrat wird sich am nächsten Mittwoch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

### Italien.

#### Die Eisenbahner.

Nachdem der sozialdemokratische Parteivorstand den Beschluß gefaßt hatte, den Eisenbahnern vom Streik abzuraten, war es so gut wie sicher, daß der Ausstand nicht erneuert werden würde. (Der Ausbruch des Streiks auf der Station Neapel beruhte auf einem Mißverständnis — der Streik ward sofort wieder beigelegt.) Die Führer der Eisenbahner sind mit der Haltung des Parteivorstandes nun allerdings nicht einverstanden, wie aus folgender Privatdepesche vom Montag hervorgeht, die wir aus Rom erhalten: Das Zentralkomitee der Eisenbahner dotierte Sonntag nacht eine bittere Tagesordnung gegen den Parteivorstand und gegen die Konföderation, die es beide des — Mangels an Solidaritätsgefühl beschuldigt! Die Unterlassung des Generalstreiks allerdings wurde vom Zentralkomitee nicht-destoweniger beschlossen.

Auch sonst wird das Verhalten des Parteivorstandes zum Teil heftig kritisiert. Die Parteisektion Neapel z. B. fordert seine sofortige Absetzung. (!)

Die Bahnbverwaltung über sandte 16 Eisenbahnern ihre Entlassung. Trotzdem und trotz der starken Cürung in seinen Reihen unterwirft sich das Bahnpersonal in voller Disziplin dem Beschlusse seines Zentralkomitees. —

### Gegen die Lebensmittelvertenerung in Rom.

Rom, 15. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Preise der dem Massenkonsum dienenden Lebensmittel sind in Rom in den letzten Monaten derartig gestiegen, daß der königliche Kommissar, dem die Verwaltung der Stadt vorläufig untersteht, sich zur Anwendung einer Gewaltmaßregel entschlossen hat. Vor Ende dieses Monats soll der vom italienischen Gesetz autorisierte „Calmiere“ in Anwendung kommen, d. h. die behördliche Preisregelung der wichtigsten Lebensmittel. Eine Kommission setzt zunächst fest, für welche Nahrungsmittel die behördliche Preisregelung in Anwendung kommen soll. Dann bestimmt sie — von 14 Tagen zu 14 Tagen — den Detailpreis dieser auf Grund der Engrospreise der nächsten Märkte und der Preise der hauptfachlichen Produktionszentren.

Die Kommission, der diese schwierige Aufgabe zufällt, wird gebildet werden aus dem Provinzialarzt und einem anderen Provinzialbeamten, aus drei von der Stadtverwaltung (und in Ermangelung ihrer vom königlichen Kommissar) gewählten Mitgliedern, aus sechs Vertretern der Handelskammer, die unter den Produzenten, Händlern und Wiederverkäufern von Nahrungsmitteln zu wählen sind, und aus den Chefredakteuren aller Tageszeitungen Roms.

Es handelt sich um einen Eingriff in das berühmte „freie Spiel der Kräfte“, durch das sich im kapitalistischen Regime Produktion und Güterverteilung automatisch regeln sollen. Die Absicht ist gewiß gut, die Notlage groß und dringend — wird doch z. B. die Erhöhung des Milchpreises auf 50 Centesimi pro Liter angebrocht! —, wir fürchten aber, daß der Versuch einer systematischen Preisregelung an allerhand unkontrollierbaren Einflüssen scheitern wird. Jedenfalls wird es den Kaufleuten recht merkwürdig vorkommen, nach den vorgezeichneten Preisen verkaufen oder aber ihre Läden schließen zu müssen.

### Der Prozeß Scarfoglio, „Avanti“.

Rom, 16. Oktober. (Fig. Ver.)

Am 11. d. M. ist in Rom ein Prozeß gegen den „Avanti“ beendet worden, der zwar ohne Gerichtsurteil abschloß, aber dafür mit greifbarster Deutlichkeit den Beweis einer großen Schuld, eines unverkennbaren Verbrechens erbrachte. Freilich war der dieses Verbrechens Ueberführte nicht der Verräter — der „Avanti“! —, sondern der Bivisilager Scarfoglio, der Chefredakteur des Neapolitaner „Mattino“.

Scarfoglio, der frühere Gatte der berühmten Romanschriftstellerin Matilde Serao, ist in Italien als Revolverjournalist bekannt. Man hat ihn öffentlich der Erpressung und aller möglichen Gaunerereien beschuldigt, ohne daß er je geklagt hätte. Um so größer war die Verwunderung, daß Scarfoglio gegen den „Avanti“, der ihn beschuldigte, die für Calabrien gerammelten Gelder teilweise unterschlagen zu haben, Verleumdungsklage anstregte.

Der „Avanti“ hatte folgende Anlagen erhoben: 1. der „Mattino“ hat das für die Geschädigten in Calabrien gesammelte Geld — im ganzen über 80000 Lire — nicht, wie er veröffentlichte, bei dem Banco di Napoli deponiert, 2. Als die „Propaganda“, das sozialistische Wochenblatt von Neapel, nach dem Verbleib der Gelder fragte, befand sich die Summe nicht mehr in der Kasse, und Scarfoglio wandte sich, um einen Skandal zu vermeiden, an den damaligen Premierminister Fortis, der ihm die fehlenden 40000 Lire aus dem Neapolitanerfonds gab! 3. Diese 40000 Lire wurden einer geschädigten Ortschaft nur unter der Bedingung ausgehändigt, daß der Wiederaufbau einer Firma übertragen wurde, welcher Redakteure und Administrationsbeamte des „Mattino“ angehörten!

Was die erste Anschuldigung betrifft, so hatten die Advokaten Scarfoglios zuerst natürlich behauptet, daß die einlaufenden Summen regelmäßig bei dem Banco di Napoli deponiert worden seien. Als aber ein Gerichtsbeschuß die Register der Bank vorlegen lassen wollte, gaben die Herren Rechtsanwältel schleunigst Klein bei.

Was die zweite Anschuldigung betrifft, so wurde der damalige Ministerpräsident Fortis als Zeuge vernommen! Er drehte und wandte sich wie ein Wurm, um den verhänglichen Fragen des Gerichtspräsidenten und der Verteidiger des „Avanti“ auszuweichen. Er schützte „Amisgeheimnis“ vor, ohne jedoch verhindern zu können, daß man erfuhr, was zu erfahren nötig war. . . .

Ueber den dritten Hauptpunkt der Anklage des „Avanti“ wurde festgestellt, daß die berühmten 40000 Lire, die der „Mattino“ nach den Anzuspargen der „Propaganda“ endlich heranbrachte (40000 waren früher zur Verteilung gelangt), für den Wiederaufbau von Zimmern verwendet werden sollten. Dieser Bau wurde ohne den üblichen Wettbewerb einer Firma Jara-Papi übergeben. Jara ist der Onkel eines Redakteurs des „Mattino“, Papi der Bruder des Administrators! Ingenieur oder Bauunternehmer war keiner von beiden. Mehrere Redakteure erzielten 20 Proz. des Reinertrags! Ein Redakteur des „Mattino“, ein gewisser Meli, sprach folgende inhaltlichschweren Worte zu einem Zeugen: „In Calabrien regnet es Geld. Alle lassen's sich wohl sein, da wollen wir es auch tun.“ Und damals war ein Drittel Calabriens ein Trümmerhaufen, in dem frierende und hungernde Menschen ohne Obdach und ohne Brot umherirrten! Es ist klar, daß das Gericht nach dieser Beweisnahme den „Avanti“ nicht verurteilen konnte. So hat man denn das Urteil hingeschleppt — nach den üblichen Vertagungen —, bis die Verjährungsfrist abgelaufen war. Und schließlich verfügte das Gericht die — Einleitung des Verfahrens wegen Verjährung!

### Rußland.

#### Revolutionäre und — Banditen!

Warschau, 21. Oktober. (W. Z. B.) In der letzten Nacht sind in der hiesigen Stradelle sieben Revolutionäre und zwei Banditen gehängt worden.

### Serbien.

Belgrad, 20. Oktober. Die politische Lage verschärft sich trotz des offiziellen Dementis in bedenklicher Weise. Selbst dem Hofe wohlgesinnte Politiker erklären die Situation für unhaltbar. Es verlautet bereits, daß sich der König ernstlich mit der Abdankung befasse. (?)

Belgrad, 21. Oktober. Die Parteien der Opposition, Jungradikale, Nationalisten, Fortschrittler und der eine Sozialdemokrat, einigten sich dahin, ein gemeinsames Manifest an das Volk zu richten mit einem Protest gegen die Vertagung der Stupjagina und einer Darstellung der tristen Verhältnisse im Lande. Die gesamte Opposition soll sich zu einem Bloß zur Bekämpfung des Kabinetts Pafitsch zusammenschließen, und im Lande sollen überall gemeinsam Protestversammlungen abgehalten werden.

Belgrad, 21. Oktober. Bei den bevorstehenden Gemeindevahlen soll die Regierungspartei gemeinsam bekämpft werden. In der Regierungspartei sieht man aber voller Zuversicht der Zukunft entgegen. Charakteristisch ist die Aufmerksamkeit der Regierung gegenüber der Krone: Im Budget

für 1908 z. B. wird für den Kronprinzen Georg eine Anpanage von 360 000 Dinars (291 600 M.) festgesetzt. —

### Persien.

Erste Urakuten werden aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet. In Kerman entzündete sich der Groll gegen den Gouverneur, der auf das Volk schiessen ließ, wobei 7 Personen getötet und 15 verwundet wurden. Die persische Regierung nicht nur, sondern auch das russische und das englische Konsulat in Kerman sowie die betreffenden Gesandtschaften in Teheran sind um Hilfe bezug. Vermittelung gegen den unerfahrenen, rigorosen Beamten aufgerufen worden. Die Regierung hat die berühmte „Untersuchung“ zugefagt.

Nach einem Teheraner Telegramm vom Sonntag ist in Kerman die „Ordnung“ wiederhergestellt, dagegen sollen nunmehr in Schiraz wieder ernste Unruhen ausgebrochen sein.

Die Situation zwischen Ministerium und Parlament scheint aufs höchste gespannt. Der Premierminister ließ den Abgeordneten durch den Präsidenten des Parlaments mitteilen, daß er, der Kabinettschef, zurückzutreten beabsichtige, falls ihm nicht „binnen zwei Tagen“ Geldmittel zur Verfügung gestellt würden! Hierzu teilt ein Telegramm folgendes mit:

London, 21. Oktober. Nach einer Zeitungsmeldung aus Teheran vom gestrigen Tage hat das Parlament die Entlassung des Kabinetts gebieterisch verlangt.

Offenlich verpufft die Energie des jungen Parlaments nicht, sobald der Konflikt sich ernstlich zuspitzen sollte. —

### Soziales.

#### Der Junker Herrschaft.

Wie unter der liberal-konservativen Vlodpolitik die Rechte der Kinder auf Entwicklung ihrer geistigen Fähigkeiten mißhandelt und wie die Kinder infolge der Ablehnung eines Kindererziehungsgesetzes, das die landwirtschaftliche Kinderarbeit verbietet, junkerherrlich ausgebeutet werden, zeigt kraß folgender in der „Schulzeitung“ mitgeteilter Fall aus Westfalen:

In dem zum v. Leers'schen Fideikommiß gehörigen Gute Viellabbe bei Gadebusch ist es schon lange keine Seltenheit mehr, daß einzelne größere Schüler und Schülerinnen auf Befehl der Gutsobrigkeit fast den ganzen Sommer aus der Schule herausgenommen werden, sei es, um einen schledenen Streich zu erlegen, sei es, um das herrschaftliche Fehdvieh zu pflegen. Das bei besonderen Gelegenheiten — Treibjagden, Kartoffelpflanzungen usw. — alles, was Feine hat, abkommandiert wird, ist selbstverständlich, dem billigeren und willigeren Arbeitskräfte als Kinder gibt es nicht; und das irgendwo im deutschen Vaterlande sogenannte Gehele über Kindererziehung bestehen, davon weiß man in der medienburgischen Ritterschaft auch nichts. Ein Brief, den der Inspektor des Gutes an den dortigen Lehrer geschrieben hat, mag zeigen, welche obskuren Ansichten die maßgebenden Personen im Orte über ihre Machtbefugnisse den Schülern und der Schule gegenüber haben. Er lautet:

„Sehr geehrter Herr S.! Diejenigen Kinder, welche zum Kartoffelpflanzen gebraucht werden, sollen, wie ich Ihnen am Sonntag mittags, an den Pflanztagen von der Schule frei sein. Soeben erklärt Koops Frau, Ihre Tochter hätte gesagt, Sie könnten die Kinder nicht frei geben. Im Auftrage des Herrn v. Leers habe ich die Kinder frei gemacht und hat nach meiner Auffassung keiner mehr dazwischen zu reden. Mit bestem Gruß Ihr W. V. Viellabbe, den 6. V. 07.“

Nach diesem Muster wurde dann frisch weiter „frei gemacht“, bis endlich die Hundstage völlige Freiheit brachten. Diese wurden gleich auf das gesetzlich zulässige Höchstmaß von fünf Wochen festgelegt. Aber die Zeit verstrich, ohne daß die Ernte beendet war und weil unser Herrgott die medienburgischen Dorfkindeer nun einmal in erster Linie zu Raub und Plunder der Ritterschaft geschaffen hat, so blieb kraft ritterlicher Nachsprudens die Schule auf weitere vierzehn Tage geschlossen. Die Viellabber Schulkinder und die der eingeschulten Dorfer Frauenmarkt und Weibböden konnten sich weiterhin ganz ihrer landwirtschaftlichen Ausbildung widmen. Mit dem Essen kommt belamlich der Appetit. Gegen Ende der siebenten Ferienwoche traf der Ritter den Lehrer, und nach dem bekannten Rezept: „Es hat keiner dazwischen zu reden“, ließ er: „die Schule bleibt nochmals auf acht Tage geschlossen; sagen Sie das dem Pastor“ (Viellabbe ist Kirchdorfer). Unmöglich konnte dieser in seiner Eigenschaft als Schulinspektor in eine weitere Verlängerung der Ferien willigen. Er beauftragte den Lehrer, mit dem Montag der achten Woche den Unterricht zu beginnen, und ersuchte den Herrn v. L. brieflich, nicht verhindern zu wollen, daß wenigstens die Frauenmarkt und Weibböder Kinder zur Schule kämen. Dieser Brief des Pastors wurde vor den Augen des Lehrers zerrittert mit den Worten: „Das ist die Antwort darauf!“ Dem Lehrer wurde mit sofortiger Absetzung gedroht, falls er sich einsallen lassen sollte, Schule zu halten. Weil aber auch dies noch nicht sicher genug schien, mußte schließlich die Schulstube verschlossen und der Schlüssel abgeliefert werden. So kamen richtig acht Wochen Hundstagsferien heraus (20. Juli bis 21. September).

Ueber den weiteren Verlauf dieses „Stück Mittelalters“ können wir uns kurz fassen. Der Pastor hat die Angelegenheit dem Oberkirchenrat unterbreitet, der sie seinerseits dem Ministerium übermittelte hat. Gleichzeitig hat die Gutsobrigkeit den Lehrer wegen Ungehorsams und den Pastor wegen Anstiftung zum Ungehorsam gegen die vorgefetzte Behörde angezeigt.

Echte Vlodpolitik: Die Kinder ihres Rechts auf geistige Nahrung berauben, ihre Kräfte ausbeuten und selbst Lehrer und Pastor, die gegen diese schandbare Mißhandlung der Rechte der Kinder auch nur mühsen, zur Bestrafung anzeigen. „Deutschland in der Welt voran“ in der Ausbeutung von Schülern. Und doch gibt es Lehrer und Pastoren, die für diese Politik eingetreten sind.

### Fortschritte der Konsumgenossenschaftsbewegung in Groß-Berlin.

Die im Herbst vorigen Jahres aus Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften gewählte Propagandakommission für das Genossenschaftswesen sucht durch geeignete Vorträge und Flugblätter das Interesse der organisierten Arbeiterschaft in Berlin für die bestehenden Konsumvereine zu wecken.

Die Umzüge der zu Groß-Berlin gehörenden Vereine haben, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, im letzten Geschäftsjahre (vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907) eine Erhöhung von 694 260 Mark erfahren.

Dieselben betragen:	1905/06	1906/07	mehr
Aldershof . . . . .	92	92	92
Konsum-Gen. Berlin . . . . .	194 205	270 807	76 609
Berliner Konsumverein . . . . .	731 950	761 757	29 807
Bäcker-Genossenschaft . . . . .	647 491	855 712	208 221
Wäcker-Genossenschaft . . . . .	64 087	169 780	104 743
Wrig . . . . .	36 139	49 637	13 498
Charlottenburg . . . . .	187 912	209 900	21 988
Friedrichshagen . . . . .	103 324	113 129	9 805
Romawas . . . . .	170 991	180 517	9 526
Friedenau (6 Monate) . . . . .	13 784	22 672	8 888
Wottdam (Hoffnung) . . . . .	43 000	60 000	17 000
Spandau . . . . .	33 068	36 810	3 742
Zegel . . . . .	123 461	213 332	89 871
Zehlendorf . . . . .	34 677	30 179	—
	2 333 277	2 672 728	339 451



Die Monate Juli bis September 1907 brachten weitere erhebliche höhere Unfälle und steigerten damit die Leistungsfähigkeit der einzelnen Vereine. An der organisierten Arbeiterkraft Berlins liegt es, auf diesem Gebiet noch weitere Fortschritte zu machen. Das Eintrittsgeld zu den Konsumvereinen beträgt 50 Pf.

#### Unfälle in der Textilindustrie.

Nach dem soeben erschienenen Bericht der Leinen-Berufsgenossenschaft wurden im Jahre 1906 gemeldet 1001 Unfälle gegen 988 im Jahre 1905. Auf 1000 Beschäftigte entfallen somit 17,6 Unfälle gegen 17,4 im Jahre 1905. Entschädigungspflichtig wurden nur 279 Unfälle. Der technische Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft, welcher im Berichtsjahre 331 Betriebe revidiert hatte, bemerkt zu dieser Frage: „In den Webereien des Münsterlandes und auch in verschiedenen anderen Betrieben kann man sich trotz der häufigen Unfälle nur sehr schwer entschließen, die Aufwindmaschine mit einer momentan wirkenden Ausrüstung zu versehen und sich der Aufsichtsbeamte bei Durchführung dieser Vorschrift besonders häufig auf Widerstand.“ An einer Aufwindmaschine war die Ausrüstung vorhanden gewesen (!), aber wieder entfernt worden (!); hier brachen innerhalb weniger Monate drei Arbeiter den Arm! Anstatt die Genossenschaft um einen Vorschlag zu bitten, wartete man erst den Besuch des technischen Aufsichtsbeamten ab.“ Und diese faule Ausrede läßt man gelten?

Auch der Zustand der Transmission und der Treibriemen läßt immer zu wünschen übrig. In einer größeren Spinnerei waren die Riemenverbindungen so mangelhaft ausgeführt, daß nach Angabe des betreffenden Betriebsleiters an jedem Morgen bei dem Inganggehen der Spinnmaschinen sechs bis acht Antriebsriemen zu reißen pflegten! Als der technische Aufsichtsbeamte verlangte, daß die besonders schlechten Riemen durch neue ersetzt werden sollten, hieß es, daß man vor nächstem Quartal besten keine Neuanschaffungen mehr machen könne! Hat nun auch der Beamte Aufschub bis „nächsten Quartal“ gegeben? Jedenfalls! Auch eine weitere Bemerkung des Beamten ist interessant: „Durch die gelegentlich der Rentenempfänger-Kontrolle getanen Äußerungen einiger Arbeiter wurde der Aufsichtsbeamte veranlaßt, dem in den einzelnen Spinnereien eingeführten Prämienystem für Reister und Aufseher erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.“ Er wird zu ermitteln suchen, ob die Leute etwa von den an einer erhöhten Produktion interessierten Aufsehern indirekt veranlaßt werden, ihre Maschinen während des Ganges zu pugen!

Der Beamte wird natürlich dies nicht „ermitteln“ können! Wie eilig es die Unternehmer haben, die angeordneten Schutzvorrichtungen einzuführen, darüber gibt uns der Beamte ebenfalls Aufschluß. Er hatte angeordnet, daß eine fehlende Schutzvorrichtung bis zum 1. Dezember angebracht werden sollte. Am 14. Dezember wurde der Unternehmer gemahnt. Am 15. Dezember entschuldigte sich derselbe wegen der Verzögerung und versprach jezt die Ausführung. Am 17. Dezember lief die Anzeige ein, daß sich am 14. Dezember in dem Betriebe ein Unfall ereignet hatte, der auf das Fehlen der betreffenden Schutzvorrichtung zurückzuführen war!! Das Ganze nennt man „praktischen Unfallschutz“!!

Der Bericht bemerkt noch, nachdem verschiedene Schutzvorrichtungen im Wort und Bild vorgeführt worden sind: „Auch durch die vermehrte Verwendung ausländischer Arbeiter ist eine Erhöhung der Unfallgefahr herbeigeführt worden, weil mancher Unfall dadurch entsteht, daß sich die Arbeiter gegenseitig nicht genügend verständigen können.“ Unsere Unternehmer wollen aber gerade nicht haben, daß sich die Arbeiter „gegenseitig verständigen“!!

Der Bericht registriert auch den „Fleiß“ der Berufsgenossenschaft. Es wurden 344 Bescheide erlassen, welche die Rente herabsetzten und nur fünf, welche eine Erhöhung der Rente enthielten. 94 Berufungen wurden zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 23 zugunsten der Verletzten „erledigt“.

Wierzehn Rekurse der Verletzten wurden vom Reichsversicherungsamt abgewiesen und nur in einem Falle zugestimmt. Die Berufsgenossenschaft hatte dagegen mit ihren eigenen acht Fällen — acht Siege zu verzeichnen!! Mehr konnte sie wirklich nicht verlangen! Die „Unfalllosen“ betragen an Beiträgen 5,51 M. pro Vollarbeiter im Jahre 1906, gegen 5,20 M. im Jahre 1905. Die Leinenfabrikanten werden deshalb doch in das Gefährt einstimmen, daß sie so hohe Ausgaben für die — „soziale Gesetzgebung“ haben!

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Kätzung, Gewerkschaften!

Die Gewerkschaften Berlins werden dringend ersucht, alle Versammlungen und Konferenzen am Donnerstag, den 21. Oktober, soweit als es möglich ist, ausfallen zu lassen, damit sich die Mitglieder zahlreich an den an diesem Tage stattfindenden außerordentlichen Tagelaud beteiligen können. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

#### Die Frage der gewerkschaftlichen Einigung

Stand auf der Tagesordnung einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Freien Vereinigung der Maurer. Der Referent Gehl führte aus, die Geschäftsleitung der Freien Vereinigung der Maurer sowie der Vorstand und die Funktionäre des Berliner Ortsvereins stehen auf dem Standpunkte, daß die Einigung der gewerkschaftlichen Organisationen eine Notwendigkeit für die erfolgreiche Führung des wirtschaftlichen Kampfes ist. Es handele sich jezt um die Frage, ob die Vereinigung der Maurer, der Aufforderung des Parteivorstandes folgend, in Einigungsverhandlungen zum Zwecke der Verschmelzung mit dem Zentralverband eintreten will. Wenn man auch noch nicht wissen könne, unter welchen Bedingungen die Verschmelzung stattfinden und welche Konzessionen der Verband machen werde, so könne es doch nicht schaden, wenn die Freie Vereinigung in Verhandlungen eintrete. An einen bedingungslosen Uebertritt sei natürlich nicht zu denken. Das werde auch wohl vom Verbands nicht mehr verlangt werden. Vor allem werde von der Freien Vereinigung gefordert, daß ihre Mitglieder im Verbands das Recht haben müssen, sich im Sinne des Programms der Freien Vereinigung politisch zu betätigen, namentlich den General- und politischen Massenstreik zu propagieren. Wenn der Verband diese Bedingung erfüllt, dann werde die Streitfrage begraben. Andernfalls bleibe die Freie Vereinigung auf ihrem bisherigen Standpunkt. Der Referent empfahl die nachstehende Resolution, die bereits in verschiedenen Ortsvereinen angenommen ist:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem jeweiligen Stand der Einigungsversuche des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, die die Zusammenschließung der Gewerkschaften bezwecken, und erklärt analog den Beschlüssen des 6. Kongresses und der 13. Konferenz für eine Einigung der deutschen Maurer zu sein. Sie ist mit der vorläufigen Antwort der Geschäftsleitung, die dem Parteivorstand und der Gewerkschaftskommission gegeben wurde, einverstanden und erwartet von der Geschäftsleitung, falls es zu Verhandlungen kommen sollte, daß sie daran teilnimmt, dabei den wahren Charakter der Organisation zur Geltung zu bringen versucht und dahin wirkt, daß den verschiedenen örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird.

Die Geschäftsleitung ist jedoch nicht befugt, über die Mitglieder hinweg bindende Abmachungen mit dem Zentralverband zu treffen, sie hat vielmehr das Resultat etwaiger Einigungsverhandlungen den Ortsvereinen auf einer zu diesem Zweck einberufenen Konferenz zur Entscheidung vorzulegen. Diese Resolution hat nur dann für die gesamte Vereinigung Gültigkeit, wenn die Mehrzahl der Ortsvereine im selben Sinne beschließt. Nur in diesem Falle ist der Geschäftskommision und dem Parteivorstand mitzuteilen, daß die Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands zu Verhandlungen bereit sei.

Steht die Mehrzahl der Ortsvereine auf einem gegenteiligen Standpunkt, so sind die Verhandlungen zwecks Einigung der Gewerkschaften als endgültig erledigt zu erachten.

In der Diskussion sprach nur ein Redner, Ernst Witte, unbedingt gegen die Resolution sowie gegen die Einigung überhaupt. Er sagte, er und seine (anarchistischen) Gesinnungsgenossen würden nicht in den Verband eintreten, möge die Vereinigung beschließen, was sie wolle. — Kater sagte, er wolle die Resolution weder empfehlen noch gegen dieselbe sprechen. Dann brachte er aber verschiedene Bedenken gegen die Verschmelzung vor. In der Hauptsache wandte er ein, der Verband werde wohl versprechen, was der Referent als Bedingung des Uebertritts fordert, aber es gebe ja Mittel, die Agitation für die Grundsätze der Freien Vereinigung unmöglich zu machen. Andere Redner, insbesondere Jegglin und Regle, traten dem Standpunkt Katers entgegen. Es wurde herbeigehoben, daß ja jezt noch nicht über die Einigung Beschlüsse gefaßt werden solle, sondern nur über den Eintritt in Verhandlungen. Die Freie Vereinigung der Maurer habe seinerzeit dem Parteivorstand geantwortet, daß sie wegen der Lohnbewegung zu jener Zeit nicht in Verhandlungen eintreten könne. Dieser Grund bestche jezt nicht mehr, also müsse man nunmehr die Verhandlungen aufnehmen. Regle betonte, was schließlich in der Einigungsfrage selbst geschehe, müsse geschlossen geschehen. Entweder die Freie Vereinigung gehe geschlossen in den Verband oder sie bleibe geschlossen draußen. Eine Absonderung nach der einen oder der anderen Seite dürfe es nicht geben.

Die Resolution wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den „Industriefällen“ seine Generalversammlung ab. Unter Vereinsangelegenheiten beschäftigte die Versammlung sich ebenfalls mit der Einigungsfrage. Dabei teilte der Vorsitzende Juppenlay mit, daß die anherordentliche Konferenz zur Schaffung der einheitlichen Organisation im Zimmerergewerbe am 1. und 2. Dezember stattfinden wird. Die Konferenzdelegierten des Vereins sollen in einer Generalversammlung am 17. November gewählt, jedoch vorher in den Abend- oder Morgenstunden vorgeschlagen werden, die innerhalb der nächsten 14 Tage stattfinden sollen. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Darauf verlas der Kassierer Gump die Abrechnung vom dritten Quartal, die übrigens samt der vom zweiten Quartal und der von der Lohnbewegung in einer 29 Seiten starken Broschüre gedruckt vorlag. Die Einnahmen beliefen sich im dritten Quartal auf 25 536,60 M., wozu der 42 807,14 M. hohe Bestand vom zweiten Quartal hinzukommt; die Ausgaben betragen 14 816,07 M., so daß der Bestand auf 53 527,67 M. anwuchs. Die Lohnbewegung kostete im dritten Quartal 11 053,32 M.

Sodann gab Juppenlay einen Rückblick auf die diesjährige Lohnbewegung. Er führte u. a. aus, daß die mißliche Lage im Baugewerbe nicht eine Folge des Streiks, sondern von den Kräften hervorgerufen, die das Wirtschaftleben beherrschen. Diese keine Gruppe Kapitalisten halte den Jinsfuß auf der Höhe, besonders zum Schaden der kleinen Unternehmer, die meistens die Forderungen der Arbeiterschaft anerkannten und über auf sie einen Druck aus. Es sei jedoch richtig zu behaupten, daß die Lohnbewegung gänzlich verjumpt sei. Ein sehr großer Teil der Mitglieder arbeite noch zu den neuen Bedingungen, wenn auch einzelne Unternehmer ihre Bewilligungen zurückgezogen hätten. Der Redner gab diese Firmen bekannt, sowie auch diejenigen, die sich durch einmütiges Handeln der Zimmerer bereits genötigt haben, die Forderungen wieder anzuerkennen. Es frage sich nun, was geschehen solle, und die Antwort ist, daß man so jezt wie möglich mit dem Unternehmertum abrechnen müsse. Selbstverständlich werde man die Unternehmer, die ihre Verträge dauernd halten, nicht beschlagnahmen. Im übrigen sei jedoch ein rechtzeitiges Vorgehen um so besser möglich, als ja die Arbeitnehmer nun durch keinen Vertrag gebunden seien. Nun gelte es vor allem, die Reihen der Organisation wieder zu stärken. Zur Auslösung liege kein Grund vor. Man solle bedenken, daß der Kampf um den Reim-Studententag über sieben Jahre, von 1889 bis 1897, dauerte, und da könne man gewiß nicht erwarten, daß der Studententag ohne große und schwere Opfer errungen werde. Der Redner verlas schließlich die Abrechnung der Lohnbewegung. Im ganzen kostete sie dem Verein 75 005,65 M. für Streikunterstützung wurden 68 501,20 M. ausgegeben, für Mietsentwidmung 4457 M., für Reiseunterstützung 550,20 M., für Fernhaltung des Juzugs 844,05 M. — Der Verein hatte am Schlusse des dritten Quartals 1800 Mitglieder. — An diesen Punkt der Tagesordnung knüpfte sich eine längere Aussprache über tatsächliche Fragen der Lohnbewegung und des ferneren Vorgehens. Schließlich wurde folgende, von Theodor Fischer vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Die bisher als gesperrt geltenden Plätze und Arbeitsstätten werden vom Montag, den 21. Oktober ab freigegeben. Es gelten in Zukunft nur diejenigen Arbeitsstellen als gesperrt, die vom Vorstand ausdrücklich als solche bekannt gegeben werden.“

Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter hatte am Sonntag eine Doppelversammlung veranstaltet, um die Verhältnisse im Arbeitsnachweis zu besprechen. Am Vormittag versammelte sich Sektion II (Brauereiarbeiter) bei Voelker in der Weberstraße und nachmittags hielt Sektion I (Brauereiarbeiter) eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. In beiden Versammlungen referierte Eröger über das Thema: „Die Prozentfah-Einstellungen der Berliner Ring-Brauereien bei der jetzigen schlechten Konjunktur und wie stellen sich die Brauereiarbeiter dazu?“

Im Statut über den Arbeitsnachweis heißt es (§ 8, Abs. 2): „Jede Brauerei hat das Recht, im Laufe des Kalenderjahres ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises eine Anzahl von Arbeitnehmern einzustellen. Die Anzahl wird nach dem Personalbestande des unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres berechnet und . . .“ (eine genaue Aufstellung folgt). Die Arbeitnehmer vertreten nun die Ansicht, daß diese Bestimmung aufgehoben werden sollte, weil sie durch nichts mehr gerechtfertigt sei. Einige größere Brauereien machen davon überhaupt wenig Gebrauch, umso mehr aber eine ganze Reihe kleinerer Betriebe, die damit gegen die Organisation eine Feindschaft zeigen, die sehr unangenehm ausfällt. Die Arbeiter sehen darin das Bestreben, die Organisation immer mehr heranzudrängen und ihren Einfluß von den Betrieben fernzuhalten. Gerade gegenwärtig sind außerordentlich viel Arbeitslose unter den Brauereiarbeitern von Berlin, trotzdem steigen die sogenannten Prozentfah-Einstellungen mehr als jemals.

Der folgende Antrag wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen:

„Da durch die Prozentfah-Einstellungen die Arbeitslosigkeit der im Arbeitsnachweis Eingetragenen bedeutend verlängert wird, was bei der diesjährigen geringen Arbeitslosigkeit um so mehr hervortritt, da wieder eine Erhöhung des Prozentfahes eingetreten ist, beschließt die Versammlung, den Vorstand zu beauftragen, dem

Verein der Brauereiarbeiter einen Antrag auf Aufhebung des Prozentfahes zuzustellen.“

Kätzung, Schuhmacher! Bei der Firma Bival u. Rosenthal, Dresdenerstr. 8, sind Differenzen ausgebrochen.

Die Ortsverwaltung.

Verein deutscher Schuhmacher.

#### Deutsches Reich.

#### Streit der Maschinisten auf Fischdampfern.

Hamburg, 21. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Maschinisten der Hamburg-Altonaer Fischdampfer sind in den Streit eingetreten, weil die Reederei die von den Arbeitern gestellten Forderungen abgelehnt haben. Zuzug ist fernzuhalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, den 21. Oktober. (Privatdepesche unseres Korrespondenten.) Die markanteste Erscheinung der gestrigen Kommunalwahlen ist ein fast durchschlagender Sieg der liberalsozialistischen Kartellisten in einigen Vororten Brüssels, in Antwerpen, etlichen Gemeinden Lüttichs und vor allem im Hennegau. „Peuple“ schreibt, daß die bedeutendsten Niederlagen der Liberalen in Tournai und Raeken zu verzeichnen sind, wo die liberalen Majoritäten von Alerikalen gestürzt sind durch das mangelnde Kartell. In Brüssel, wo die Liberalen ohne Kartell auf absolute Majorität hofften, ist der Status quo 4 Sozialisten, 7 Liberale und 4 Alerikale, der einzige schmerzliche Verlust für die Partei ist die Einbuße aller Mandate in der Vorstadt Schaerbeeck. Unter den Unterlegenen befindet sich der hochverdiente Genosse Bertrand, der jedoch durch das Kartell ein Mandat erhält. In den Vororten Anderlecht und Rolobek sind die Sozialisten wieder gewählt, darunter Senator Ebers, Sekretär Bacl. In Langendonk, den Vororten Saint Josse und Saint Gilles siegte die Kartellliste mit Majoritäten von 2000 und 3000 Stimmen. Im Vorort Etterbeek verlierten die Alerikalen einen Sitz an die Liberalen. In Antwerpen siegte die Kartellliste mit 5300 Stimmen Majorität, wodurch 12 Katholiken ausgeschieden wurden. In Loewen hatten die Katholiken die Mehrheit, unterlegen sind 5 Liberale und 2 Sozialisten. In Seraing sind 12 Sozialisten, in Lüttich, Berwiers, Angleur, Jemeppe, Dijon, Rarchin, Hobimont, Forest, Flemaße und anderen Gemeinden Lüttichs die sozialistischen Kandidaten gewählt, ebenso in diversen Gemeinden des Hennegaus, wie Hornu mit sechs Sozialisten, Jemeppe mit vier, Henripont, Courcelles, Gilly, Frameries, Quaregnon. In Gent sind vier Sozialisten gewählt. In Brugge Sieg der Alerikalen über fünf Liberale, in Deyst katholische Majorität gestürzt, ebenso in Knode und Lafest. Die flandrischen katholischen Hochburgen sind ziemlich unberührt, doch werden endgültige Resultate erst ein vollständiges Bild geben. Fest steht, daß die vollständige Durchführung von Kartellen bei dem jetzigen Wahlsystem das einzige Mittel ist, Alerikale Schul- und Wahlreformfeinde zu werfen.

### Serbische „Hochverräter“.

Belgrad, 21. Oktober. (B. Z. V.) Die vereinigten Oppositionsparteien erließen ein Manifest an das serbische Volk, in welchem sie gegen die Verlegung der Stupschina protestieren, die als Verletzung der Verfassung bezeichnet wird. Das Manifest klagt die Regierung an, daß sie auf unkorrektem Wege zur Macht gelangt sei, fortgesetzt Verbrechen begehe und die Staatsgeschäfte erfolglos und fälschlich leite. Unter der gegenwärtigen Regierung sei Serbien in eine vereinsamte internationale Lage gebracht worden, die seine wichtigsten Lebensinteressen bedrohe. Die Verlegung der Stupschina bilde eine Gefahr für die normale Entwicklung der politischen Ereignisse in Serbien. Die Vollstrecker sämtlicher oppositioneller Parteien würden alle Mittel anwenden, um den Parlamentarismus und die bedrohte Verfassungsmäßigkeit zu retten.

### Verbotener Vortrag.

Zweue, 21. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Polizei verbot, nachdem sie die Anmeldebefehigung zuerst verweigert, in letzter Stunde einen Richtbildervortrag Grempe über Karikaturen, obwohl sie gegen Grempe wegen seines früher gehaltenen Vortrages über Rußlands Freiheitskämpfe nicht mal ein Strafverfahren versucht hatte.

### Unternehmerterrorismus.

Solingen, 21. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wie die „Köln. Jg.“ schreibt, haben die ausländischen Schreinererellen die übrigen Bauorganisationen aufgefordert, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, und den Einigungsversuch der Meister, allmählich den Reim-Studententag einzuführen, abgelehnt. Infolgedessen beschlossen die Bauunternehmer, Architekten und Holzhandwerker Gegenmaßnahmen. Den Schreinermeistern, die die Forderungen der Gesellen bewilligt und das Zugeständnis nicht zurückziehen, soll keine Arbeit mehr gegeben und kein Material mehr geliefert werden.

### Landtagswahl.

Bielefeld, 21. Oktober. (B. Z. V.) Bei der Landtagswahlwahl im Wahlkreis Bielefeld-Halle-Verford wurden im ganzen 803 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den konservativen Kandidaten Landwirt Rudolf in Heger 414 und auf den national-liberalen Kandidaten Rentner Kajsowski 389 Stimmen; ersterer ist somit gewählt.

### In der Trunkenheit.

Wien, 21. Oktober. (B. Z. V.) In der Ortschaft Aland bei Baden kam nachts der Holzhändler Neuhauser betrunken nach Hause und verwundete seine Frau, welche ihm Vorwürfe machte, tödlich. Bei dem Streite stürzte eine Petroleumlampe um, wodurch das Haus in Brand geriet. Neuhauser mit vier Kindern kam hierbei ums Leben, während die Frau in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht wurde.

### Ein Niesenbrand.

Warschau, 21. Oktober. (B. Z. V.) In dem Orte Worska sind bei einem von gestern bis heute dauernden Brande 250 Häuser mit Nebengebäuden und Getreide- und Futtermitteln niedergebrannt. Das Gemeindehaus, das Pfarrhaus, die Kirche, die Apotheke und das Postamt sind vernichtet.

### Wenigernde Aufr.

Johannesburg, 21. Oktober. (B. Z. V.) Auf der Kettmollerfonteinengrube meuterten gestern Abend chinesische Kulis. Sie verbarricadeten sich auf dem Grundstück und zerstörten die Geschäftsräume der Grubengesellschaft. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Steinwürfen empfangen und war außerstande, den Haupteingang zu erzwingen, daher versuchte sie durch die Küchen einzudringen, wurde aber hier durch Kulis überfallen und genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Endlich gelang es der Polizei, den Eingang zu erobern, wobei sie wiederum auf die Kulis feuerte, die schließlich in ihre Wohnungen zurückgedrängt wurden. Neunzehn Chinesen sind verwundet, einer getötet, 24 sind verhaftet worden. Die Meuterei ist durch Agitatoren hervorgerufen worden, die den Chinesen meldeten, sie bräuchten am Sonntage nicht zu arbeiten.



### Ein nationalliberaler Abgeordneter.

Der Reichstagsabgeordnete für den 6. hannoverschen Wahlkreis Verden-Heha, Rentier Held, einer der größten Sozialistenfeindler und ein gut nationaler Mann hat am Sonnabend vor dem Schöffengericht zu Hannover eine schwere Einbuße seines moralischen Ansehens erlitten, die ihn zwingen wird, auf seine politischen Ehrenämter als Abgeordneter zu verzichten. Schon seit Jahren wurden allenthalben Verächte über unfaire Geschäftsmanipulationen über diesen Herrn verbreitet. Die „Bremer Bürgerzeitung“, der „Volkswille“ in Hannover und einige welfische Zeitungen beschuldigten ihn anrüchlicher Geschäftsmanipulationen mit dem Erzgauner Terlingen. Einer Klage gegen diese Blätter ist der Nationalliberale Held aus dem Wege gegangen. Als nun aber im letzten Wahlkampfe von den Welfen gegen ihn der Vorwurf betrügerischen Zusammenwirkens mit dem Schwindler Terlingen, der Erpressung und des Wuchers erhoben wurde, erhob er gegen die Urheber der Beleidigungen die Beleidigungsklage, die am Freitag und Sonnabend verhandelt wurde.

Angelagt im Wege der Privatklage — der Staatsanwalt hatte ein Einsprechen wegen Mangels öffentlichen Interesses abgelehnt — waren:

1. Der Reichsfinanzminister Fiedemann, weil er gesagt hatte, er sei von Held um 1000 Mark betrogen worden.
2. der Kaufmann Pommer in Hannover, weil er den Held der Erpressung gegen sich beschuldigt habe.
3. der Kaufmann Dr. Krüger, weil er als Verfasser eines Artikels in der welfischen Zeitschrift „Das Recht“ beleidigende Äußerungen gebraucht, Held ein verbrecherisches Verbrechen vorgeworfen und in einem Briefe an Wasserfall ihn dadurch beleidigt habe, daß er schrieb: Held habe auch später die Ehre stark beschmähende Angriffe über sich ergehen lassen, ohne etwas dagegen zu tun, er habe es ertragen, daß die Kreise, in denen er hier verkehre und denen er seine Auffassung als Reichstagskandidat verdanke, sich ihm verschlossen hätten.
4. der Redakteur Langwost in Hannover, weil er in der genannten Zeitschrift den Krügerschen Artikel veröffentlicht hat und
5. der Rechtsanwalt Dr. Dienhold, weil er in einer welfischen Wählerversammlung gesagt haben soll, der Kaufmann Pommer zeihe Held der Erpressung.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die nationalliberale Partei eine eingehende Untersuchung des Falles Held vorgenommen habe, an der sich auch Juristen beteiligt haben und da ist festgestellt worden, daß dem Held kein Vorwurf zu machen sei. Also ein nationalliberal abgestempelter Ehrenmann! Und wie sieht nun dieser Held aus?

Die Verhandlung ergab, daß Herr Held von dem Reichsfinanzminister Fiedemann sich einen Wechsel über 4000 M. hat unterschreiben lassen, ihm aber nur 3000 M. dafür geliehen hat! Das nannte H. Wucher. Held kannte die verarmte Lage des H., er will aber die 1000 M. für einen Werdelauf in Anrechnung gebracht haben. Das Gericht verurteilte zwar den Fiedemann zu 30 M. Geldstrafe, sagte jedoch auch, daß die Sache durchaus nicht als aufgeklärt gelten könne. Jedenfalls habe Held auf Fiedemann wegen der Unterschreibung des Wechsels einen Druck ausgeübt. Non liquet — Beleidigung trotzdem strafbar.

Die Klage gegen Pommer zog Herr Held zurück, weil der Beweis nicht zu erbringen war. Ebenso die Klage gegen Dr. Dienhold, weil der die Behauptung nur gutgläubig aufgestellt hatte.

Mit der Erpressung liegt es so: Held suchte nach Verkauf seiner Metallwarenfabrik in Menden neue Geschäfte. Mit einem Kaufmann Reuhaus gründete er in Hamburg ein Kohlegeschäft, wobei er 20 000 M. verlor. Die Kaufleute Flemming und Pommer besaßen den Kohlenhandel und sie hatte er um Ausland für Reuhaus und die Rentabilität des Kohlenhandels befragt. Nachdem er das Geld verloren, schrieb er an Flemming, er verlange die 20 000 Mark ersetzt, bekomme er das Geld nicht, dann werde er dem Kohlenhändler anzeigen, daß Flemming entgegen der Verträge zur Gründung der Geschäfte beigetragen habe. Wenn er (Held) das dem Kohlenhändler mitteile, dann löse Flemming aus dem Schuldhaft heraus. Der Abgeordnete Hilka trage sich mit dem Gedanken, sein Mandat niederzulegen und dann werde er der parlamentarische Vertreter des Syndikats sein. Flemming hat aus Furcht vor seiner Exzessivvernichtung dem Held 14 000 M. gegeben, hat aber jetzt Klage wegen Herausgabe des Geldes angestrengt. Darin sah das Gericht den Beweis der versuchten Erpressung. Denn wenn Held die 20 000 M. von Flemming und Pommer rechtmäßig zu verlangen hätte, würde er nicht gedroht, sondern gegen den verdingelten H. Klage angestrengt haben. Und daß er 6000 M. schwinden ließ, sei ein weiterer Beweis für die Unrechtmäßigkeit seines Handelns. Wegen des Vorwurfs der Erpressung erfolgte deshalb Freisprechung des Angeklagten Pommer. Selbst der Vertreter des Herrn Held nannte die Drohung mit dem Kohlenhändler ein „un schönes Verhalten“!

Mit Terlingen ist Held durch ein Inserat, in dem Terlingen Verbindungen zum Diskont von Wechseln suchte, bekannt geworden. Der Wechselverkehr ist von Held noch fortgesetzt worden, als ihn Terlingen den unsauberen Vorschlag gemacht hatte, daß es wünschenswert sei, wenn Waren bezogen würden. Herr Held bemerkte, daß er diesen Vorschlag, statt Wechsel Waren zu notieren, um den Banken nachzuweisen, daß die Wechsel für Warenlieferungen gegeben seien, nicht beachtet habe. Die Wechsel waren nämlich keine Warenwechsel, sondern sogenannte Gefälligkeitswechsel. Vor Gericht erschien zu seinem großen Schrecken jedoch der Nachfolger Helms, Fabrikant Dieke und legte alle Geschäftsbücher von Held vor, die Held vergessen hatte mitzunehmen. In diesen Büchern befanden sich Fälschungen im Konto Terlingen. Geld selbst hatte statt Wechsel nachträglich eingetragen: „Fakturen“, und damit den Plan des braven Terlingen besorgt! Auch die Zahlen waren gefälscht. Die Fakturen ergaben eine Summe von 1660 Mark, und diese Summe war gefälscht in 21 660 Mark. Wer diese Fälschung begangen, ist nicht festgestellt. Charakteristisch ist aber, daß der damalige Kompagnon Helms, sein Schwager Häbner, ohne Entschuldigung als Zeuge fehlte. Ein Sachverständiger erklärte, daß die Wechsel Held-Terlingen ein Bankhaus, das etwas auf sich hatte, nie diskontieren konnte. Wegen der Vorwürfe der unlauteren Geschäftsmanipulationen mit Terlingen erfolgte schließlich ebenfalls Freisprechung der Angeklagten. Auch der Verteidiger bzw. Vertreter Helms bezeichnete Helms Verhalten als „nicht w o h l a n s t ä n d i g“, betrügerische Manipulationen. Wäre man aber nicht los?

Doch tollste ist nun aber, daß Held an den Vater des Zeugen Dieke im Juni d. J. einen Brief geschrieben hatte, in dem er sich

darüber beschwert, daß der Zeuge Dieke Helfershelfer der politischen Feinde Helms sei. Wenn er nicht aufhöre, gegen Held zu arbeiten, dann müsse er (Held) auch gegen ihn vorgehen. Nur dem Umstand, daß Dieke damals noch nicht als Zeuge geladen war, hatte Held es zu danken, daß diese Drohung nicht als Zeugenbeeinflussung anzusehen ist! Das Gericht sagte zur Begründung der Freisprechung:

Das Gericht sei davon ausgegangen, daß die gegen Held erhobenen Vorwürfe im wesentlichen als erwiesen anzusehen seien. Im Falle Terlingen sei es zweifellos, daß zwischen den Parteien ein Verkehr stattgefunden habe, den man als Wechselverkehr bezeichnen und daß Held diesen Verkehr noch drei Jahre fortgesetzt habe, als die Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden. Ob man streng juristisch von Betrug hierbei reden könne, möge dahingestellt bleiben; im gewöhnlichen Leben bezeichnet man solche Handlungen aber als betrügerische Manipulationen. Daß der Privatkläger sich dieser Schuld bewußt war, habe sein Benehmen gezeigt, daß er nicht gegen die Angriffe vorgegangen sei und daß er, als der Zeuge Dieke Beweise aufgefunden hatte, gegen diesen mit Drohungen vorging. Das ganze Verfahren Helms stelle sich als Wechselverkehr, verbunden mit betrügerischen Manipulationen, dar.

Nachdem der Rentier Held, der wichtig mit einer Mappe erschien, die die metallenen Buchstaben M. d. R. trug, mit seiner Klage so furchtbar hereingefallen war und statt eine Reinigung eine bedenkliche Kamponierung seiner Ehre erreicht hatte, gelang noch ein Abriß. Die von ihm Angeklagten hatten Widerklage erhoben. Der saubere und reine Herr Held hatte nämlich den Angeklagten Langwost einen „gemeinen Verleumdung“ und den Krüger einen „notorischen Ehrabschneider“ genannt. Er hat diese beiden ferner in Wahlversammlungen beleidigt und dafür erhielt Herr Held eine Gesamtstrafe von 300 M. eventuell 30 Tage Gefängnis. Die Strafe ist deshalb so hoch geworden, weil die Beleidigung gegen Langwost als eine verleumdung bezeichnet wurde. Held habe ganz genau gewußt, daß die Angaben des Langwost richtig waren und darum habe Held nur wider besseres Wissen sagen können, Langwost sei ein Verleumder.

So sieht Herr Held aus! Der Mann, der der Zigaretten-Feuer seinen Namen verlieh!

Verteilen wir noch einen Augenblick bei der nationalliberalen Partei. Der nunmehr gerichtlich als Wechselkreiter entlarvte, der versuchten Erpressung und der verleumdung Beleidigung überführte Reichstagsabgeordnete Held ist erst vor wenigen Wochen noch als Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Verden-Rotenburg gewählt worden. Mit welcher erstaunlicher Kühnheit er seine Sache verfocht, bezeugt die Äußerung, daß er 1000 M. in die welfische Parteikasse zahlte, wenn man ihm eine unehrenhafte Handlung nachweise!

Die Nationalliberalen in Hannover hatten die Sache Held untersucht und Held das Ehrenwort darüber abgenommen, daß er sich nichts vorzutun habe. Die Ansichten waren aber geteilt, der Abg. Jänede hielt die Sache „nicht ganz hafenrein“. Dann hat sich die Fraktion damit beschäftigt und diese hat nach „eingehender Prüfung“ den Fall Terlingen zugunsten Helms entschieden! Herr Held hatte der Fraktion die Bücher vorgelegt! Hat er damit die Fraktion getäuscht? Oder hat die Fraktion Herrn Held nicht fallen lassen wollen?

Endlich kommt der nationalliberale Parteivorstand. Herr Held sagt, dieser habe ihn von einer Selbstanzelge im Falle Terlingen abgeraten! Sind die Anforderungen an die persönliche Ehre so gering bei den Nationalliberalen?!

### Christlichnationales Volk.

Wenn die für Sonntagmorgen nach dem großen Saale des Arbeitervereinshauses in der Chausseestraße mit vielem Tam-Tam zusammengetretene „Volk“-Versammlung für irgend etwas Zeugnis ablegt, dann jedenfalls für den geringen Anhang, den die christlich-nationale Arbeiterbewegung hier in Berlin hat. Eine Versammlung, zu der mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Reklame eingeladen wird, kann keineswegs als Massenversammlung bezeichnet werden, wenn zwar der Saal regulär besetzt ist, die Galerien aber auch nicht einen einzigen Besucher aufzuweisen haben. Es spricht lediglich für das Fortschreiten der Arbeiterbewegung an sich, daß auch die Christlichnationalen eine Zunahme ihrer Anhänger, die allerdings nicht so groß ist, wie man sie anzugeben beliebt, zu verzeichnen haben. Das Paradoxieren mit großen Zahlen soll da jedenfalls hinwegwischen über die wichtige Tatsache, daß die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen meist nur dort wirtschaftliche Erfolge von einiger Bedeutung erzielen konnten, wo die freien Gewerkschaften Weisheit legten und ihnen die Kasernen aus dem Feuer holten. Forcierte nicht das Interesse an der historischen Wahrheit einen Widerspruch heraus, dann könnte man die großen Zahlen, wie sie Herr Landtagsabgeordneter Oswald Wischenberg der Versammlung mit erschütterndem Wohlbehagen vorzutragen, unbeschert hinnehmen, denn für uns steht fest, daß das, was die Christlichnationalen heute so schön „Standesarbeit“ nennen, am letzten Ende doch zum Massenlampf wird.

Was von den Paradedahlen dieser Organisationen zu halten ist, hat der „Vorwärts“ in seiner Sonntagnummer bereits gewürdigt. Herr Oswald als erster Versammlungsredner versuchte es zwar nicht, den „Vorwärts“ anzugreifen, eine sachliche Widerlegung aber schenkte er sich. Die sonstigen Ausführungen des genannten Redners waren nicht von besonderem Belang.

Die Christlichnationalen erwarten, daß künftig ihren berechtigten Wünschen und Wollen an „höherer Stelle“ mehr Berücksichtigung entgegengebracht wird. „Mit allem Nachdruck“ wollen sie „der Hoffnung Ausdruck geben“, auf die Erfüllung dieser Wünsche nicht warten zu müssen, bis ein nächster Kongress einberufen wird. Und dann rief Herr Oswald Regierung und Unternehmern zu, die christlich-nationalen Arbeiter wollten christlichen Frieden, aber nicht den Frieden des Kirchhofes. Den Organisationspflichtkriterien in den eigenen Reihen, die ihre Arbeit unter dem Deckmantel der Nationalität betreiben, sei zu sagen, daß ihr Treiben zu einer Schwächung der Bewegung führen müsse. Die Einigkeit erscheint umso notwendiger — so führte der Redner sinngemäß weiter aus — als der Kampf zwischen den beiden Weltanschauungen noch ein großer werden wird. Da komme es darauf an, daß die eigenen Freunde die Bewegung nicht im Stiche lassen. Das Organisationsgebiet liegt bei den 11 Millionen bisher nicht organisierter Arbeiter, was nicht die christliche Weltanschauung teile, sei bereits organisiert.

Die christlich-nationalen Arbeiter erwarten ein reichsgesetzliches Vereinsgesetz, Arbeiterkammern und die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung gegen den Terror der Unternehmer. In seinen Schlussworten zog Herr Oswald selbstredend noch gehörig über den Terrorismus der freien Gewerkschaften her. „Gibt und die Leute heraus, die zu uns gehören und wir werden sehen, welche Richtung die stärkere ist“. Das Hong etwas kläglich; aber der Herr Landtagsabgeordnete fand sich sofort wieder, indem er seine Rede mit dem Appell schloß, zu kämpfen, um seine in die freien Gewerkschaften verlaufenen Schäflein von dem „bodenlosen Terrorismus“ zu befreien.

Fraulein Marg. Behm-Berlin beschäftigte sich in ihrem Vortrage mit den Fortschritten der christlich-nationalen Arbeit-

erinnenbewegung, die ebenfalls Fortschritte gemacht habe. Bemerkenswert ist, daß es gelungen sein soll, circa 8000 Heimwerkerinnen zu organisieren. Inzugesamt gab die Rednerin die Zahl der weiblichen Mitglieder aller Vereine mit 23 500 an, gegen nur 5883, die im Jahre 1903 gezählt wurden. Der wesentlichste Erfolg der Organisationsarbeit sei, daß in mehreren Städten die Krankenversicherungspflicht für die Heimwerkerinnen erreicht wurde, auf die vom Grafen Posaadowsky seinerzeit versprochene reichsgesetzliche Regelung dieser Materie aber wartete man vergeblich. Fraulein Behm will ja nicht für das politische Wohlrecht sprechen, sondern meint nur bescheiden, es würde doch manchmal besser sein, die Frauen könnten auch mitreden. Die Arbeiterinnen, Mütter sollten ihre Kinder im christlichen Glauben und zur Liebe und Treue zum Vaterland erziehen, das wird helfen.

Herr Alfred Roth-Hamburg vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband hat sich zur Aufgabe gemacht, seinen Verband als das Non plus ultra einer Standesorganisation vorzuführen. Alles, was für die Handlungsgehilfen bisher in Deutschland auf sozial-politischem Gebiete geschah, ist natürlich auf das Konto des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu setzen, eine maßlose Liebertreibung, die wir Herrn Roths Organisationsweise zugute rechnen wollen.

Die seine Vorträge, wendet sich auch Herr Roth in vernichtenden Ausführungen gegen seine sozialdemokratisch denkender Berufsgeossen. Die deutschnationalen Handlungsgehilfen legen größten Wert auf die Pflege des Standesbewußtseins. Wir gebet da Herrn Roth recht: Leute, denen man den Standesdünkel sozusagen schon anmerkt, bevor sie um die Straßenecke biegen, gehören der Organisation der freien Handlungsgehilfen, die andere Aufgaben zu erfüllen hat, nicht an. Es war eine Wohltat, nach drei solcher Reden wieder an die frische Luft zu kommen.

### Aus der Partei.

Die Angelegenheit Kolb-Frank.

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Parteikonferenz statt, an der 10 Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie und die Vertreter der badischen Parteipresse teilnahmen.

Nach längerer Beratung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz erkennt an, daß die Genossen Dr. Frank und Kolb bei der Beteiligung an den Beiseigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Großherzog von Baden in dem guten Glauben handelten, damit der Partei einen Dienst zu erweisen. Die Konferenz mißbilligt es aber, daß die beiden Genossen Dr. Frank und Kolb über das Empfinden der Parteigenossen hinweg, im Gegenlatz zu ihrer republikanischen Bestimmung trotz der bisherigen Gepflogenheit in der sozialdemokratischen Partei, sich an den Beiseigungsfeierlichkeiten beteiligt haben und erwartet, daß die Vertreter der Partei sich in Zukunft von allen Veranstaltungen rein monarchischen Charakters fernhalten. Die Konferenz bekundet ausdrücklich, daß die Abgeordneten Dr. Frank und Kolb nach wie vor das Vertrauen der Parteigenossen des Landes besitzen und erwartet, daß die Diskussion des Falles in den Organisationen und in der Presse nun zugunsten der praktischen Arbeit geschlossen werde.“

Eine Stimme war für eine schärfere Form der Resolution.

Die Partei wird sich mit dieser Resolution zufrieden geben können. Wir erachten die leidige Angelegenheit damit für abgeschlossen und verfolgen es uns daher, auf eine neuerliche Erklärung des Genossen Dr. Frank einzugehen und zwei sehr scharfe Resolutionen, die von den sozialdemokratischen Ortsvereinen zu Rehl und Kirchheim bei Heidelberg gefaßt wurden, im Wortlaut mitzuteilen.

Zur Meldung bürgerlicher Blätter über die Beteiligung der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Konstanz an der Ueberführung der Leiche des Großherzogs schreibt Genosse Krohn-Konstanz dem Karlsruher „Volkstfreund“ im Namen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion von Konstanz:

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat über Beteiligung der Nichtbeteiligten an den Feierlichkeiten keine Beratungen gepflogen. Dem unterzeichneten Fraktionsvorsitzenden ist bis jetzt auch offiziell nichts davon bekannt geworden, daß irgend ein Fraktionsmitglied sich an den Feierlichkeiten beteiligt hat. Solange der „Bad. Beobachter“ keine Namen nennt, erklären wir seine — Beobachtung als aus der Luft gegriffen.

Vom Fortschritt der Presse. Unsere Parteipresse wird vom 26. Oktober ab um eine Tageszeitung bereichert. In Essen erscheint von diesem Tage ab als Tageszeitung die „Arbeiter-Zeitung“, sozialdemokratisches Organ für den Stadt- und Landkreis Essen. Der Druck der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ Duisburg, die zuerst in Dortmund hergestellt wird, erfolgt demnach durch dieses neue Essener Prekunternehmen. Es ist eine offene Handelsgesellschaft, begründet unter der Firma Franz Gemoll u. Co., Essen (Ruhr), Grabenstr. 67, Fernruf 1773. Als Prokurist der Firma ist der Genosse Wilhelm Derichs, der früher in gleicher Eigenschaft in Viefeld an der „Volkswacht“ tätig war, bereits am 1. September eingetreten. In die Redaktion treten die Genossen Limbeck und Ostkamp, beide bisher in Essen tätig. Sobald die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ in Essen gedruckt wird, tritt der Genosse Thielhorn-Duisburg noch mit in die gemeinsame politische Redaktion ein.

Wünschen wir der neuen Streiterin im Ruhrgebiet die besten Erfolge.

750 neue Leser hat die Nordhäuser „Volkzeitung“ durch eine Agitationstour gewonnen, welche kurz vor dem 1. Oktober veranfaßt wurde.

Ein neuer Kämpfer ist entstanden in der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“, einem Monatsblatt für die ländliche Bevölkerung, das von der Agitationskommission für Schleswig-Holstein zu Altona herausgegeben wird.

In Bremen geben die Genossen vom 1. Oktober ab eine monatlich erscheinende Agitationschrift „Der Sozialdemokrat“ heraus, die eine bessere, systematische Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze und Ziele ermöglichen soll. Die Schrift wird jeden ersten Sonntag im Monat in 30 000 Exemplaren gratis an die proletarische Bevölkerung verbreitet. Bekanntlich ging in Bremen bei der letzten Reichstagswahl das Mandat verloren. Aus einer aufgemachten Statistik über die soziale Gliederung der bremischen Wähler ging hervor, daß auch ein erheblicher Teil (2500) der Arbeiterwähler für den Gegner gestimmt hatten. Dieser nur auf Unkenntnis über die Bestrebungen der Sozialdemokratie zurückzuführende Erscheinung entgegenzuwirken, soll Aufgabe des „Sozialdemokrat“ sein.

Das Volksblatt für Göttingen hat eine Auflage von 8500 Exemplaren erreicht.

Bildungsarbeit. Der Bildungsausschuß zu Nürnberg leitete am Donnerstag sein Winterprogramm mit einem Vortrage des Genossen Dr. M. Raurenbrecher über: „Ferdinand Lassalle“ ein.

Die nächste Veranstaltung — ein Vortrag von Dr. Hirschberg über das deutsche Volkstied mit gefanglichen Vorführungen — wird im November stattfinden.

Ein Sozialdemokrat als Geschworer. In Sachsen-Meinungen sind seit einigen Jahren an verschiedenen Amtsgerichten auch Arbeiter



als Schöffen zugezogen worden. Jetzt ist als erster Geschworener der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Grifflmacher Karl Weigelt aus Steinach vorgeschlagen und gewählt worden.

**Unsere Toten.** In Ludwigshafen starb der Genosse Joh. Phil. Schreiner, einer der ältesten Parteigenossen am Orte. Schreiner war während der Zeit des Sozialistengesetzes agitatorisch und organisatorisch tätig und war damals für die Bewegung eine unschätzbare Kraft.

**Gegen den Terror.** Das Zentralkomitee der Sozialdemokratie Rußlands hat in einer seiner letzten Sitzungen zu der Frage, in welcher Weise der ökonomische Terror am besten zu bekämpfen sei, folgenden Beschluß gefaßt:

Gemäß der Entscheidung des Londoner Parteitagess ist zwischen den Arbeitern eine energische Agitation gegen diese Formen des Kampfes zu führen und ein Flugblatt an die Arbeiter zu veröffentlichen, um ihnen die Nachteile und die Desorganisation, welche diese Formen des Kampfes in ihre Reihen tragen, zu erklären, wie auch auf die ernste Schädigung der allgemeinen Sache der Befreiung des Volkes hinzuweisen.

**Pölszliches, Berichtliches usw.**

Zu 500 M. Geldstrafe wurde Genosse Leopold vom Halle'schen „Volkssblatt“ nach einem Beschluß der Zivilkammer Halle verurteilt. Er soll an einem gegen ihn erlassenen sogenannten einstweiligen Verfügung in einer Postkassengelegenheit eine Bemerkung geflüstert haben, in der man erneut eine Postkassentüchtigkeit erblickt.

**Spät kam er, aber er kam.** Aus Halle a. S. berichtet man uns unter dem 21. Oktober: Der übliche Raifeierprozeß, und zwar die erste Serie, kam heute vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren zunächst 13 Genossen, die am Morgen des 1. Mai gelegentlich des Spazierganges von dem Lokale Wellesius nach dem Volkspark von der Polizei nach der Polizeiwache festgehalten worden waren. Sie sollten das preussische Vereinsgesetz von 1850 übertreten und an einem unerlaubten Aufzuge teilgenommen haben. Das Charakteristikum des Aufzuges erblickte man in roten Schleißen, roten Blumen, Tragen von Festkleidern usw. Ein Mann, der sich einen Jahn ziehen lassen wollte und einen Bürger, dessen Frau sich in Armbanden befand, hatte man im Gebirge auch mit auf die Wache genommen. Die Angeklagten wurden dem Strafmandat gemäß zu je 6 M. Geldstrafe verurteilt.

**Dem gleichen Maß.** Dieser Tage stand der Genosse Wolf von der Breslauer „Volkswacht“ unter der Anklage vor dem Schöffengericht, eine Anklageschrift vor Abschluß des Verfahrens veröffentlicht zu haben. Er wandte ein, daß der Wortlaut der Anklageschrift der „Frankfurter Zeitung“ entnommen sei. Diese habe nicht ein Wort davon gebracht, daß die Sache noch in der Revisionsinstanz schwebte. Die Redaktion der „Volkswacht“ habe sich daher in der berechtigten Meinung befunden, daß es sich um ein abgeschlossenes Verfahren handle, der Abdruck also erlaubt sei. Diefelbe Beweisführung des Redakteurs der bürgerlichen „Breslauer Morgenzeitung“ hatte wenige Tage vorher dazu geführt, daß damals der Staatsanwalt Dr. Hensel selbst die Freisprechung beantragte und daß sie auch erfolgte, weil ein subjektives Verschulden nicht nachgewiesen werden könne; gegen die „Volkswacht“ aber, obgleich sie dieselben Gründe für sich hatte, beantragte der Kollege des Herrn Hensel, der Staatsanwalt Dr. Engelmann 50 M. Geldstrafe! Das Gericht erkannte auf 5 M. Geldstrafe.

**Strafstoß der Presse.** Die „fränkische Tagespost“ in Nürnberg hatte vor einiger Zeit gemeldet, daß in dem oberpfälzischen Industrieort Zirchgenreuth einem Hensfabrikarbeiter vom Unternehmer mit Entlassung gedroht worden sei, wenn er das in den nächsten Tagen zu erwartende Kind, im Gegensatz zu den zwei schon vorhandenen Kindern nicht katholisch taufen lasse. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Unternehmer an der Sache unschuldig war, nicht er, sondern die katholische Geistlichkeit hatte dem Arbeiter Veranlassung gegeben, sein drittes Kind nicht wie die zwei anderen protestantisch, sondern katholisch taufen zu lassen, da der Arbeiter sonst von der katholischen Kirche als ausgeschlossen gelte. Die Mutter des katholisch getauften Kindes hatte sich geniert, den wahren Grund des Religionswechsels in ihrer Familie zu sagen. Genosse Schlegel als Verantwortlicher wurde deshalb zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. In der Verhandlung wurde ferner festgestellt, daß ein katholischer Geistlicher einem Hausbesitzer erklärte, es bringe seinem Hause kein Glück, wenn darin der Führer der Zirchgenreuther Arbeiterbewegung wohne, der nicht kirchlich getraut sei.

**Aus Industrie und Handel.**

**Profitmacherei.**

Im Geschäftsbericht des Schweißer Bergwerksvereins wird über Vereinträchtigung der finanziellen Ergebnisse durch Arbeitermangel und Lohnsteigerung geklagt. Leider finden wir noch keine Angaben über die fabelhaften Lohnsteigerungen, die den Aktionären so sehr das Leben verbittern. Dafür beweisen die übrigen Angaben, daß trotz der die Profitmacherei störenden Momente, die Ueberflusssrate pro Arbeiter immer noch anständig hoch ist. Es wird ein Ueberfluß ausgewiesen von 7 687 453 M. Davon erhalten Aktionäre und Lantienempfinger 5 981 040 M. Die Abschreibungen belaufen sich auf 2 000 000 M. Da insgesamt 9268 Arbeiter beschäftigt wurden, entfällt auf den Kopf der Arbeiter

Ueberfluß	Abschreibungen	Dividende und Lantien
M. 7 687 453	M. 2 000 000	M. 645

Wenn bei solchen Ergebnissen immer noch Klagen über hohe Löhne vorgebracht werden, wo ist dann die Grenze der Begehrlichkeit der — Dividendenklünder? Sind die Aktionäre mit solchen Gewinnquoten noch nicht zufrieden, dann haben die Arbeiter erst recht Anlaß, sehr unzufrieden zu sein!

**Deutscher Außenhandel.**

Der auswärtige Handel Deutschlands erlebte in den ersten neun Monaten dieses Jahres in der Einfuhr rund 6565 Millionen Mark, in der Ausfuhr 5184,9 Millionen Mark. Auf den Edelmetallverkehr entfallen hier von in der Einfuhr 164,4 Millionen, in der Ausfuhr 64,7 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr nahm die Einfuhr um 453,2 Millionen, die Ausfuhr um 620,6 Millionen Mark zu.

**Gewinnsteigerung.** Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft steigerte ihren Ueberfluß von 5 329 243 M. für das Geschäftsjahr 1906/07 auf 8 039 072 M. pro 1907/08. Die Zunahme stellt sich auf 51 Proz.

**Eisenbahneinnahmen.** Auf den deutschen Eisenbahnen wurden im September 1907 vereinnahmt aus dem Güterverkehr 133 761 011 M. (+ 5 665 093 M. gegen den September 1906) und aus dem Personenverkehr 62 311 000 M. (+ 3 095 708 M.). Die Gesamtverkehrseinnahmen betragen im September 198 072 101 M. (+ 8 690 801 M.). Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 4033 M. pro Kilometer (+ 129 M.). Auf den Bahnen mit dem Rechnungsjahre April-März betragen die Einnahmen bis Ende September aus dem Güterverkehr 718 102 423 M. (+ 45 789 583 M.), aus dem Personenverkehr 394 882 540 M. (+ 3 592 745 M.) und auf den Bahnen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, aus dem Güterverkehr 180 710 057 M. (+ 10 155 418 M.), aus dem Personenverkehr 70 255 981 M. (+ 1 110 890 M.).

**Kohleerzeugung in Deutschland.** Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Kohleerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats September 1907 insgesamt 1 091 020 Tonnen gegen 1 038 753 Tonnen im September 1906 und 1 117 545 Tonnen im August dieses Jahres.

Die Gesamterzeugung im Jahre 1907 betrug bisher 9 688 484 Tonnen gegen 9 272 983 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

**Nachgang des Stahlverbandes.** Der Verband des Stahlwerkverbandes in Produkten A betrug im September 1907: 419 623 Tonnen (Rohstahlgewicht) gegen 521 469 Tonnen im August d. J. und 444 429 Tonnen im September 1906.

An Halbzeug wurden im September verfertigt: 125 291 Tonnen gegen 139 645 Tonnen im August d. J. und 138 260 Tonnen im September 1906; an Eisenbahnmateriale 178 978 Tonnen gegen 195 718 Tonnen im August d. J. und 149 480 Tonnen im September 1906 und an Formeisen 117 350 Tonnen gegen 130 106 Tonnen im August d. J. und 156 889 Tonnen im September 1906.

Der Septemberverband in Halbzeug ist somit um 14 354 Tonnen, der von Eisenbahnmateriale um 18 745 Tonnen und der von Formeisen um 38 747 Tonnen niedriger als im Vormonate. Gegenüber dem gleichen Monate des Vorjahres wurden an Eisenbahnmateriale 27 493 Tonnen mehr verfertigt, an Formeisen 89 310 Tonnen und an Halbzeug 12 689 Tonnen weniger.

**Vermindertes Ziegelabfaß.** Das Rheinisch-westfälische Ziegelabfaß hat im September 31 213 000 Stück abgefertigt gegen 30 700 000 Stück im Monat August d. J. und 46 200 000 Stück im September v. J. In den drei ersten Quartalen wurden im ganzen 818 900 000 Stück abgefertigt. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug der Abfaß 378 400 000 Stück.

**Neue Getreidekurse.** Nachdem in den letzten Tagen an den amerikanischen Getreidebörsen die Preise etwas abgeflaut waren, setzte am Sonnabend eine neue Aufwärtsbewegung ein. In Chicago ging Mai-Weizen von 100 1/2 Cent am Tage vorher auf 109 1/4 Cent hinauf. In New York stieg Mai-Weizen von 113 Cent auf 115 1/2 Cent. Auch für Weizen zogen die Preise an.

**Bewegung der Metallpreise.** Eine offensichtliche Erschütterung des Preisniveaus zeigt der Metallmarkt im laufenden Jahre. Abgesehen von Blei, dessen Preisstand noch ausnehmend günstig ist, sind die Preise der anderen Metalle schon stark gefallen. Nachstehende Zusammenstellung veranschaulicht die Preisbewegung der wichtigsten Metalle:

Kupfer	Blei	Zinn	Zinn	Aluminium	Silber
Preis einer Tonne in Pfund Sterling	Preis einer Tonne in Pfund Sterling	Preis für 1 Allogr. in Frankfurt	Preis für 1 Allogr. in Venedig	Preis für 1 Allogr. in Venedig	Preis für 1 Allogr. in Venedig
1895 42 3/4	10 1/2	14 1/2	68 1/2	8,70	29 1/2
1900 78 3/4	17 1/2	20 1/4	133 1/2	2,40	28 1/2
1902 52 1/2	11 1/4	18	120 1/4	2,90	24 1/2
1903 58 1/2	11 1/4	21	127 1/4	2,90	24 1/2
1904 59	12	22 1/2	126 1/4	2,90	26 1/2
1905 60 3/4	13 1/2	25 1/2	143 1/4	4,35	27 1/2
1906 57 1/2	17 1/2	27	188	4,35	30 1/2
Jetziger Preis 56 1/4	10 1/2	29	187 1/2	2,50	28

Wie aus dieser Uebersicht hervorgeht, setzte 1903 eine Aufwärtsbewegung ein, die zu einer noch kaum dagewesenen Höhe anstieg. Das Jahr 1906 brachte Steigerungen, die gegenüber 1895 bei Zinn beinahe eine Verdoppelung, bei Kupfer eine reichliche Verdoppelung, bei Zinn beinahe eine Verdoppelung, bei Blei eine Zunahme des Preises um annähernd 70 Proz. ausmachten. Daß diese fast trampfaste Hausse nicht allzulange anhalten konnte, war vorauszusehen. Die erste Abschwächung des tatsächlichen Verbrauchs mußte das Preisniveau auf eine erträglichere Höhe zurückdrängen. Noch immer stehen die Metallpreise durchschnitlich über dem Stande des Jahres 1904.

Die hamburgischen Gewerkschaftsgesellschaften haben im Jahre 1906 ihren Geschäftserfolg wesentlich begünstigt. Es ist eine neue Gesellschaft hinzugegetreten, so daß deren jetzt 11 bestehen. Die bei ihnen versicherten Summen stiegen von 6,7 Milliarden Mark im Jahre 1905 auf 6,9 im Jahre 1907 (gegen 5,9 Milliarden Mark im Jahre 1904). Die eingegangenen Prämien betragen 41,4 Millionen gegen 41,4 im Vorjahre und 38,8 im Jahre 1904. Die Durchschnittsprämie betrug also 0,64 M. gegen 0,62 bzw. 0,66 M. in den Vorjahren. Die Steigerung wurde aber mehr als ausgeglichen durch eine Vergrößerung der bezahlten Schäden von 33,3 auf 38,2 und der Kosten von 4,7 auf rund 5 Millionen Mark. Die Ausgaben betragen also 0,62 Proz. gegen 0,60 im Vorjahre. Der Gewinn der Gesellschaften betrug 1 229 000 M. gegen 1 335 000 und 1 136 000 Mark in den beiden Vorjahren.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Es wächst heran ein neues Geschlecht!**

Seit sich das erwachende Proletariat der Erziehung und Gewinnung der Jugend zuwandte, werden während der Reaktionen von der „entschiedenen“ Linken bis hinüber zur sozialkonservativen Junckerpartei. Wo soll jetzt der Junger seine billigen, willigen Knechte, Mägde, Tagelöhner und Hütejungen, der Fabrikant und Schleifbaron seine zufriedenen, anspruchslosen Arbeitssklaven, der Militarismus seine Opfer, sein Kanonensulzer hernehmen, wenn dem gefährlichen Kreiben der Aufklärung nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird? Deshalb ist man Kindergärten auf, in denen die Kleinsten den körperlichen und sittlichen Gefahren entzogen, in liebevoller Obhut und Pflege wären. Deshalb spricht man sozialistischen Turnlehrern die sittliche Qualifikation zur Ausübung des Turnunterrichts ab, sie könnten ja die Jugend staatsgefährliche Alimuzüge lehren. Deshalb geht man rücksichtslos vor gegen die freien Jugendorganisationen, in denen die jungen Leute die Läden ihres Wissens ausfüllen und sich zu freien, kraftvollen, harmonisch gebildeten Charakteren entwickeln und dem Bereich der Indianer- und Buffalo-Hilfskräfte entziehen könnten. Die Reaktion arbeitet mit den brutalsten, schärfsten Mitteln, um in ihrer Kurzsichtigkeit, ihrem Egoismus, die gesellschaftliche Mission des Proletariats zu verhindern, oder doch zu hemmen. Besonders unflämern sie das Hirn des Kindes, vom Tag der erwachenden Denkfähigkeit an, wie die Spinne ihr Opfer und saugen ihm jeden gesunden Saft aus. Daraus ergibt sich nun notwendigerweise, daß die Arbeiter, und besonders die Frauen auf der Hut sind, um die verdummende, mordspatriotische und biblische Diktatur im Herzen des Kindes beizeiten austrotten und an deren Stelle den Samen der sozialistischen Weltanschauung hineinspreuen. Ihr Proletariatsmutter! Mit Flamenschrift in Blutbuchstaben sollt Ihr es in eure Seele prägen, daß es eure heiligste Pflicht ist, eure Kinder zu Rebellen gegen die heutige, kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu wackeren Kämpfern für eine neue Zukunft, zu Soldaten der Freiheit zu erziehen! Eure Jugend soll den Sozialismus schon mit der Muttermilch einsaugen, er muß vom ersten Tage an in Fleisch und Blut übergehen. Eure Kinder sind es, die dem Kapitalismus ihre Kraft, ihre Gesundheit, ihr Glück und ihr Leben opfern müssen. Eure Kinder, die Ihr in schlaflosen Nächten, mit brennenden, müden Augen, gewiegt und gepflegt, die Ihr unter Wind und Entbehrungen großgezogen habt, werden auf Jahre hinaus in die Fesseln des Militarismus geschlagen. Und für sie gilt als oberster Grundfaß, daß sie in gegebenem Falle aus Vater, Mutter und Geschwister zu schießen haben. Darum vorwärts, Proletariatsmutter! Sammelt Wissen als Waffe, um eure Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen und den Feind erfolgreich zu bekämpfen, eingedenk des Dichtertworts:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,  
Mich reut die Stunde, die nicht Lunden schlug,  
Mich reut, ich sag es mit zerknirschtem Sinn,  
Daß ich nicht dreifach lähn gewesen bin!

**Weibliche Arbeitskräfte im Bergbau.**

Beziehen geniet unter anderem auch den Vorzug weibliche Arbeitskräfte im Bergbau zu beschäftigen — und sehr schlecht zu

bezahlen. Es stellt sich der reine Lohn pro Schicht für eine weibliche Arbeitskraft in Mark:

	Jahresmittel 1906	II. Quartal 1907
Steinkohlenbergbau		
Oberhiesfeld	1,17	1,23
Niederhiesfeld	1,56	1,58
Braunkohlenbergbau		
Oberbergamtsbezirk Halle a. S.	1,75	1,98
Salzbergbau		
Oberbergamtsbezirk Halle a. S.	1,96	1,61
Klausthal	2,23	1,85
Erzbergbau		
Siegen	1,61	1,69
Roslau und Wehlar	1,24	1,20
Sonstiger rechtehrheinischer	1,37	1,44
Lintheimer	1,53	1,68

In einzelnen Revieren ist der Lohn im II. Quartal dieses Jahres gegen den Durchschnitt des Vorjahres noch zurückgegangen. Ansehnlich waren die Löhne zu hoch. Da die Lebensmittelpreise rapid stiegen, konnten die Löhne gedrückt werden. Das ist ausgleichende Gerechtigkeit!

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

**Tempelhof.** Dienstag, 22. Oktober, 8 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berlinerstr. 9, öffentliche Versammlung. Vortrag: „Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe“. Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsbereichs.

**Tegele-Vorkriegswoche.** Mittwoch, 23. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Kube, Vorkriegswoche. Vortrag: Frau Lungwitz: „Frauenpflichten und Frauenrechte“.

**Santow.** Donnerstag, 24. Oktober, bei Großkurz, Berlinerstr. 27, öffentliche Versammlung. Vortrag: Frau Jeeße: „Kultur-aufgaben der modernen Arbeiterbewegung“.

**Gerichts-Zeitung.**

**Ein Glas Wein für den recherchierenden Schuhmann.**

Die Einformigkeit der Beweisführung im Prozeß Schneid, der nun bereits drei Tage währt und noch nicht beendet ist, wurde am Montag durch einen bemerkenswerten Zwischenfall unterbrochen. Die Kriminalassistenten Lühde, Bachmann und Rumpf, die der Angeklagte beleidigt haben soll, treten auch als Hauptzeugen gegen ihn auf. Sie hatten bisher alles, was ihnen der Angeklagte in seiner Zeitung zum Vorwurf gemacht hat, auf das entscheidende in Abrede gestellt und behauptet, daß sie sich in jeder Beziehung korrekt benommen hätten. Die Verteidigung hat an diese Zeugen wiederholt die Frage gerichtet, ob sie als Beamte jemals Gratifikationen von Privatpersonen angenommen oder sich in Anleihen haben freihalten lassen? — Auch das haben die Beamten unter ihrem Zeugeneid auf das bestimmteste bestritten. In der gestrigen Sitzung wurden nun einige von der Verteidigung geladene Zeugen vernommen, welche nach dieser Richtung hin die Aussage der Kriminalassistenten erschüttern sollten. Nachdem drei Zeugen vernommen waren, die nichts für die Schuhleute Belastendes sagen konnten, erklärte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kalpert, im Einverständnis mit dem Angeklagten: Obwohl er sich noch auf etwa 20 Zeugen berufen könne, welche in der angegebenen Richtung gegen die Schuhleute auszusagen könnten, so verzichte er auf weitere Beweisführung in dieser Richtung, um die Beamten nicht in ihrer Existenz zu schädigen. — Hierauf sagte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Speltzshöfer: Da die Verteidigung auf Beweisführung unter dieser Begründung verzichtet, werde das Gericht in der Beweisführung fortfahren. — Es wurde nun ein Zeuge vernommen, der Zeiger einer War in der Friedrichstraße ist. Er sagte aus: der Kriminalassistent Bachmann hatte wegen eines Antrages auf Ausdehnung der Polizeistunde nach 2 Uhr nachts eine Recherche in seinem Lokal vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit habe der Schuhmann Bachmann ein Glas Wein, natürlich ohne Bezahlung, erhalten. — Bachmann, dem Zeugen gegenübergestellt, gab das zu. — Nun hielt der Angeklagte und der Verteidiger dem Kriminalassistenten Bachmann vor, daß ihm im Laufe der Verhandlung wiederholt und eindringlich die Frage vorgelegt wurde, ob er Zuwendungen irgendwelcher Art erhalten oder mit Getränken freigehalten worden sei, er habe diese Frage aber immer ganz bestimmt verneint. — Bachmann antwortete, er könne es nicht als eine Zuwendung oder Gratifikation ansehen, wenn ihm jemand gelegentlich ein Glas Wein, ein Glas Bier, ein paar Zigarren gebe. Solche Kleinigkeiten nehme wohl jeder Berliner Schuhmann an, ohne sich dabei etwas zu denken. Auch er, Bachmann, habe dergleichen öfter angenommen. Im vorliegenden Falle habe er das Glas Wein nur deshalb angenommen, um den Lokalinshaber durch eine Ablehnung nicht vor dem Kopf zu stoßen. — Der Angeklagte Schneid sagte mit etwas erregter Stimme zu dem Zeugen Bachmann, er habe die Frage nach der Annahme von Getränken usw. sowohl in vorigen, als auch in diesem Prozeß bestimmt verneint, er habe also zweimal einen Meineid geschworen. — Hierauf erhob sich der Staatsanwalt und beantragte, den Angeklagten wegen Ungebühr vor Gericht in eine Strafe von 100 Mark zu nehmen. — Der Angeklagte und sein Verteidiger wandten gegen den Antrag ein, von einer Ungebühr dem Gericht gegenüber könne keine Rede sein, denn die Beugung des Angeklagten sei doch zum Zeugen Bachmann gemacht worden. Der Angeklagte habe diese Bemerkung in unmittelbarer Ausübung berechtigter Interessen gemacht. Die Staatsanwaltschaft nehme doch für sich das Recht in Anspruch, beschworene Zeugenaussagen als falsch zu charakterisieren. Dies Recht müsse auch dem Angeklagten und der Verteidigung zustehen. — Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts ab mit der Begründung: Das Verhalten des Angeklagten sei zwar ungebührlich gewesen, aber es sei als eine durch momentane Erregung verursachte Entgleisung zu betrachten und deshalb von einer Strafe abzusehen. — Die Ablehnung des Antrages insbesondere bei der Motivierung demnach die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß schon die Möglichkeit des Antrages auf Angeklagter eine außerordentliche Gefahr für die Möglichkeit der Wahrheitsermittlung und für den Angeklagten in sich schließt. Der Angeklagte hat nach der Strafprozeßordnung das Recht, nach jeder Zeugenaussage Ausführungen zu machen. Er ist also auch berechtigt, von der Aussage des Zeugen zu behaupten, daß sie im Widerspruch mit seiner früheren Aussage stehe. Der Zeuge habe also das Gegenteil der Wahrheit unter Eid ausgesagt. Die frühere Aussage des Kriminalassistenten Bachmann enthält alle objektiven Tatbestandsmerkmale eines fahrlässigen oder wissentlichen Meineids. Daraus, daß der Angeklagte etwas andere Worte wählte und sie direkt an den Zeugen richtete, eine Ungebühr ableiten, heißt der Ansicht Raum geben, als verbiete die Strafprozeßordnung dem Angeklagten, seiner Ueberzeugung vor Gericht Ausdruck zu geben. So tief steht unsere Gesetzgebung nicht. Es zeigt aber auch dieser Vorfall, wie notwendig ein geschickter Schutz der Angeklagten und die Unterstellung des Staatsanwalts unter die Disziplin des Gerichts ist.

**Ein Magistratsassistent vor Gericht.**

Vor dem Schwurgericht des Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebele begann gestern die Verhandlung einer umfangreichen Anklage wegen Amtsunterdrückung gegen den Magistratsassistenten Emil Hardt. Der Angeklagte war als Bureauassistent in der Eingekerkelungsabteilung der früheren Hauptkassette der städtischen Werke — jetzigen Werkabteilung der Stadthauptkasse — als Buchhalter beschäftigt. Jede der Buchhalterei untersteht ein Quittungsbüro, einem Quittungsbuchhalter für die Gasverwaltung, einem Abrechnungsbuchhalter für die Wasser- und Kanalverwaltung und einem Journalführer. Der Angeklagte war Abrechnungsbuchhalter für die Gasverwaltung bei Abteilung II. Als solcher empfing er vom Quittungsbüro, nachdem dieser die Rechnungen entnommen und als Quittung an den Geldheber zur







# 3. und 4. Wahlkreis.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c:

## Kommunalwähler-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Unsere kommunalen Forderungen. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. 2. Freie Disziplin. Zahlreichen Besuch erwartet. [241/19\*] Der Einberufer.

## Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Wähler-Versammlung

für den 45. Kommunal-Wahlbezirk

im „Moabiter Kasino“, Wilsnackerstraße 63.

Stadtv. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht spricht über die Aufgaben der Stadtverwaltung. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

## Achtung! Fliesenleger u. Hilfsarbeiter Berlins! Achtung!

Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:

## Oeffentl. Versammlung

im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstraße 72.

Tages-Ordnung:

Das Ultimatum der Fliesengeschäfte bezüglich der Anerkennung ihrer uns präferierten Lohn- und Arbeitsbedingungen, und welche Antwort geben die Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins darauf?

Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung Mann für Mann, denn sie hat zu entscheiden, welche Schritte gegen das jetzige Vorgehen der Unternehmer unsererseits zu tun sind.

Die Tarifkommission. F. A.: Herm. Püttlich.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Zwei Vorversammlungen

zu den am 3. November stattfindenden

## Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse

für das Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter.

Für die Stadt der Spree (im Südosten, Süden, Südwesten und Westen) beschäftigten Mitglieder im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.

Für die rechts der Spree (Osten, Nordosten, Norden und Nordwesten) beschäftigten Mitglieder in den Andreasfestsälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Aufstellung der Delegiertenliste. 2. Sonstige Krankenassen- und Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreichem Besuch wird ersucht. Die Kollegen, welche als Delegierte aufgestellt werden sollen, müssen sämtlich erscheinen.

Ohne Verbandsmitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

## Luxusmöbel-Branche!

Mittwoch, den 23. Oktober, 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15:

## Branchen-Versammlung

aller in Luxusmöbel-Betrieben beschäft. Tischler, Polierer, Drechsler, Maschinenarbeiter usw.

Tages-Ordnung:

1. Welche Vorteile hat und unsere Bewegung bisher gebracht und wie werden wir in der Zukunft? 2. Diskussion. 3. Bericht über Lohnbewegungen. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Erscheint alle in der Versammlung, um den Beweis zu erbringen, daß ihr auch wirklich gewillt seid, eure Lage zu verbessern. Die Mitglieder des Gewerbevereins der Tischler ersuchen wir, auch in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Kommission. F. A.: H. Püttlich.

## Achtung! Kammacher! Achtung!

Mittwoch, den 23. Oktober 1907, abends präzis 8 1/2 Uhr, in „Docters Festsälen“, Wederstr. 17:

## Branchen-Versammlung

der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Berichtangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

## Jalousiearbeiter.

Mittwoch, 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7:

## Branchen-Versammlung.

Die Branchenkommission.

## Modell- und Fabrik-tischler, sowie Modelldrechsler.

Donnerstag, den 24. Oktober, bei Schmidt, Gartenstr. 6:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Nitschke über: „Genossenschaftswesen und Arbeiterbewegung.“ 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Branchenkommission.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Schöneberg!

Heute Dienstag, den 22. Oktober 1907, abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 112:

## Volksversammlung

Tages-Ordnung:

### 1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **August Bebel.**

### 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Achtung! Arbeiterinnen der Metall-Industrie! Achtung!

Mittwoch, den 23. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

## Drei große öffentliche Versammlungen

aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen

in folgenden Lokalen:

Andreas-Festsäle, Andreas-Straße Nr. 21, Bernhard Rose-Theater, Bad-Straße Nr. 58, Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47-49.

Tagesordnung:

## Der Internationale Arbeiterkongress und die Organisation der Arbeiterinnen.

Referenten sind die Genossinnen: Fräulein Ida Altmann, Frau Emma Ihrer, Frau Lily Braun. Kollegen und Kolleginnen! Sorgt für starken Besuch dieser Versammlungen. Der Einberufer: Adolf Cohen.

## Öffentliche Frauen-Versammlung

Dienstag, den 22. Oktober, abends 1/2 9 Uhr, in Schmidts Festsälen, Gartenstr. 6.

Tages-Ordnung:

### 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Georg Ledebour über:

## Die Frau in Staat und Gesellschaft.

### 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Einberuferin.

## Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Welschhorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 24. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in „Dräsel's Festsälen“, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Der Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände für das Malergewerbe Deutschlands in Hannover. Referent: Kollege Jakobkeit. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Delegierten der Gewerkschaftskommission. 4. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 5. Verbandsangelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir, daß jeder Kollege erscheint. Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Bauhandwerker! Achtung!

## und Parteigenossen!

Die Töpfer Berlins befinden sich im

## Generalstreik, im Abwehrkampf.

Jeder beim Arbeiten angetroffene Töpfer ist als Streikbrecher zu betrachten.

Wir bitten die Genossen, wenn sie wissen, wo Töpfer arbeiten, uns dies bekannt zu geben.

Die Streikleitung. Zentralbureau: Gewerkschaftshaus. Amt 4, Nr. 9897.



An die Wahlvereinsmitglieder Groß-Berlins!

Parteigenossen! Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission, welcher einstimmig beschlossen hat, die Firma A. Jandorf u. Co. in Berlin zu boykottieren, ist mit dem Ersuchen an uns herantreten, diesem Beschlusse gleichfalls zuzustimmen...

Extra-Zahlabend

Zur endgültigen Beschlussfassung zu unterbreiten und die Annahme des Boykotts zu empfehlen.

Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit berufen wir die Zusammenkünfte für Groß-Berlin auf

Donnerstag, den 24. Oktober

abends zu den üblichen Stunden hiermit ein. Informierendes Material wird seitens des Verbandsbüros am Mittwoch versandt und ist von Mittwochabend an auf den Stellen in Empfang zu nehmen...

Wir ersuchen die Leiter der Zahlabende, dafür Sorge zu tragen, daß die Lokale, in welchen der regelmäßige Zahlabend sonst abgehalten wird, am 24. Oktober zur Verfügung stehen...

Berlin, den 21. Oktober 1907.

Mit Parteigrüß: Der Zentral-Vorstand.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung (1. September 1905 bis 30. September 1907).

III. Das Schulwesen.

Während wir auf dem Gebiet des Mittelschul- und auch des Fach- und Fortbildungsschulwesens mit den übrigen Parteien in dieser Berichtsperiode im allgemeinen gemeinschaftlich vorgehen konnten, haben wir auf dem Gebiete des Gemeindeforschulwesens nach wie vor namentlich gegen die übertriebene Sparpolitik der Mehrheit anzukämpfen gehabt...

Sie (die Sozialdemokratie) sieht nach ihren programmatischen Grundgedanken in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Aufgaben der preussischen Volksschule (wie sie der reaktionäre Minister versteht)...

Da wir nicht in der Schuldeputation vertreten sind, müssen wir jede sich irgendwie darbietende Gelegenheit benutzen, um unseren Einfluss auf Schulangelegenheiten auszuüben. Eine solche regelmäßig wiederkehrende Gelegenheit bietet neben den Staatsberatungen die Vorlage über die Frequenz in unseren Gemeindeforschulen...

Auch an allgemeinen Anregungen lassen es unsere Vertreter nicht fehlen. So regten sie in dieser Berichtsperiode wiederholt an, die Einführung des gemeinschaftlichen Unterrichts von Knaben und Mädchen in die Wege zu leiten...

Daß wir bei jeder Staatsberatung unseren Antrag auf unentgeltliche Lieferung der Lernmittel der Gemeindeforschüler erneuerten, ist selbstverständlich; vergebens wiesen wir auf neue Berichte über die glänzenden Erfolge mit dieser Einrichtung namentlich in der Schweiz hin...

Rur sehr langsame Fortschritte macht die Anstellung von Schulärzten, deren Einführung der unermüdlichen Arbeit unserer Vertreter zu danken ist. Die anfängliche Zahl von zwölf Schulärzten wurde 1908 auf dreizehn vermehrt; unser letzter Bericht stellte 36 fest...

Im vorigen Bericht teilten wir mit, daß unser Antrag, das Grundgehalt der Lehrkräfte an den Gemeindeforschulen zu erhöhen, abgelehnt worden war; statt dessen war ein Antrag angenommen worden, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen...

zulage von 300 M. nur auf 150 M. herabgesetzt werden. Die Versammlung nimmt das Grundgehalt an, will aber die erste Alterszulage nur auf 200 M. ermäßigen...

Nur kurz wollen wir hier eine Anregung erwähnen, die schließlich zu einer mehr in das Gebiet der Gesundheitspflege fallenden Maßnahme führte. Wir beantragten im Herbst 1905 die Errichtung von Waldschulen nach dem Muster von Charlottenburg...

Auf unsere Anregung hin sind auch die Ferienspielplätze ins Leben gerufen worden. Welchem großen Bedürfnis diese Einrichtung Rechnung trägt geht daraus hervor, daß die Dichtigkeit der Bevölkerung im vergangenen Jahre 800, in diesem Jahre nahezu fünftausend Kinder betrug...

Von den Freisinnigen ist heute, wo sie den „Blod“ am Bein schleppen, noch weniger als damals zu erwarten, daß sie sich aus ihrer Halbheit aufrufen. Wer wirklich die Volksschule fördern und damit wirkliche Kulturarbeit tun will...

Zur Kommunalwahlbewegung.

Der „Sozialpolitiker“ Fißched bei der praktischen Arbeit.

Herr Fißched ist ein vielseitiger Mann. Er sitzt im Reichstag, er ist Landtagsabgeordneter und gehört dem Vorstand der Freisinnigen Volkspartei an. Herr Fißched hält auch Reden. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit führt er das Bedürfnis, sein Licht leuchten zu lassen...

Herr Fißched steht unter anderem vor der Verwaltungsstelle des Magistrats, die sich mit der Gewährung von Ruhegeld an Arbeiter auf Grund des Gemeindeforschulgesetzes vom 9. Mai 1901 zu beschäftigen hat...

Bei den städtischen Gastwerken wird nach schweißtreibender Arbeit ein Arbeiter entlassen, der als Schmied 27 Jahre im Betriebe tätig war, weil er arbeitsunfähig geworden sei. Infolge seines Antrages, ihm ein Ruhegeld auf Grund des oben erwähnten Gemeindeforschulgesetzes zu gewähren...



guten Teil aufgehoben. Wer nicht über eigene Mittel verfügt oder von Verwandten Hilfe bekommt, fällt der Armenverwaltung in die Hände und verliert auch noch seine bürgerlichen Ehrenrechte.

Nach seiner Entlassung aus dem städtischen Betriebe wurde von dem Arbeiter, ob aus eigenem Antriebe oder auf Veranlassung der Verwaltung soll dahingestellt bleiben, bei der Landesversicherungsanstalt der Antrag gestellt, ihm eine Invalidenrente zuzubilligen. Diese lehnte das Gesetz ab, obwohl ihr Vertrauensarzt feststellte, daß außer den oben erwähnten Gebrechen noch eine Gefäßverkrümmung und eine Herabsetzung der Sehschärfe des rechten Auges hinzukäme. Dieser ablehnenden Haltung trat auch das angesehene Schiedsgericht bei, denn der Arzt habe entschieden, daß der Antragsteller noch zu einem Drittel erwerbsfähig sei. Ob diese Entscheidung vor dem Reichsversicherungsamt standhalten wird, erscheint zweifelhaft, denn der § 5 Absatz 4 des Invalidenversicherungsgesetzes von 1899 sagt: „daß die Erwerbsfähigkeit dauernd um weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, wenn der Versicherte nicht mehr imstande ist, durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit verdienen können.“

Wie gesagt, wir halten das für zweifelhaft, Herr Fischbed aber benutzt diese Entscheidung, um in seiner Vorlage zu folgenden Ausführungen zu kommen: Mit Rücksicht auf seine 72jährige Beschäftigung bei den städtischen Gaswerken wollen wir insofern dem Mann eine Unterstützung bewilligen, die im Hinblick darauf, daß er noch zu einem Drittel erwerbsfähig ist, etwa zwei Drittel desjenigen Betrages entspricht, welchen er als Ruhegeld erhalten könnte, wenn er gänzlich arbeitsunfähig wäre.

In der Ruhegeldordnung steht nur, daß der zu Unterstützung dauernd erwerbsunfähig sein muß, kein Wort davon, daß diese Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes zu verstehen ist, nirgends ist von einer Drittelung oder sonstigen Teilung die Rede, sondern nur von einer dauernden Erwerbsunfähigkeit, also erwerbsunfähig für den städtischen Betrieb. Diese ist aber festgestellt, sonst hätte man übrigens den Arbeiter nicht schon nach sechswochentlicher Krankheit entlassen, sondern ihm wenigstens eine leichte Arbeit gegeben, wenn er sie zu leisten imstande gewesen wäre.

Die Anschaffung, einem im städtischen Dienst arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter einen Teil seines ihm zustehenden Ruhegehalts zu gewähren, widerspricht erstens dem Sinn und Geist der Ruhegeldordnung und zweitens ist sie ein prächtiges Charakteristikum für den sozialpolitischen Geist, mit dem Herr Fischbed vorgibt erfüllt zu sein. Es ist der Stadt unwürdig, einem Arbeiter, der 27 Jahre lang für sie tätig war, zu sagen: Für und bist Du arbeitsunfähig, wir können Dich nicht mehr auf Deinem Posten lassen, Du erhältst jedoch nur zwei Drittel Deines Ruhegeldes, da Du angeblich noch leichte Arbeit verrichten kannst. Nun geh hinaus und suche Dir solche Arbeit!

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich allerdings dem Fischbedschen Standpunkt nicht angeschlossen, vielmehr nach dem „Gemeindeblatt“ den Beschluß gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, das volle Ruhegeld an den betreffenden Arbeiter auszusahlen. Dieser Beschluß wurde herbeigeführt durch einen dahingehenden Antrag unserer Genossen. Herr Fischbed aber wird sich weiter als Sozialpolitiker preisen und unsere Genossen als Gegner der praktischen Arbeit hinstellen.

### Dem Freisinn ins Stammbuch.

#### Erläuterung.

„Die Gemeinde ist der Sitz des innersten Volkslebens, die Werkstätte, in der die edelsten Volkstugenden zur Entwicklung gelangen sollen. Es darf deshalb kein unbefehlterter mündiger, männlicher Staatsgenosse von dem Gemeinderat ausgeschlossen bleiben, daher dieses Recht durch keinen Zusatz beschränkt werden.“

„Es ist die Festhaltung dieses Grundgesetzes — des gleichen Wahlrechts — um so unerläßlicher, als den Gemeinden eine autonome Gewalt zu verleihen ist, sie von der Bevormundung durch den Staat zu befreien sind.“

„... die Arbeiter und Diensthöten ein Gemeinderat überhaupt noch nicht ausgeübt haben, ihnen durch diese Bestimmung demnach ein neues und sehr wichtiges Recht verliehen wird.“

Graf v. Arnim. L. v. Bethmann-Hollweg.  
Graf zu Dohna. Graf v. Ipenflitz.

Unsere Leser werden sich verwundert fragen: Wie kommen denn die konservativen Namen unter eine solche Erklärung? Mancher wird denken, wir erlauben uns einen Scherz, um die schimpfenden Freisinnshelden zu ärgern. Mit solchen Gedanken ist man auf dem Irrwege. Die vorstehenden Sätze stehen wirklich in einer programmatischen Erklärung, die von den Konservativen, Bethmann-Hollweg, v. Arnim und noch eine Reihe anderer Junker unterzeichnet ist. Allerdings das Dokument ist jetzt 59 Jahre alt. Aber durch sein Alter hat es nichts an kritischem Wert eingebüßt, durch welchen die schöne Haltung des Freisinns die rechte Beleuchtung erfährt. Vor 60 Jahren waren die Konservativen fortschrittlicher auf kommunalpolitischem Gebiete als heute die Freisinnigen! Diese beschämende Tatsache kann nicht abgeschwächt werden durch das aus den Niederungen der „Freisinnigen Zeitung“ laut werdende Geschimpfe gegen die Sozialdemokratie. Wir vernutzen übrigens, daß die Freisinnspresse mit ihrem Loben, Schreien, Volkern und Gekesse gegen uns nur die sie anklagende und mahnende Stimme des eigenen Gewissens überönen will, denn sie ist gesonnen, die Volksinteressen auch weiterhin zu verraten.

## Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 17. November er. veranstalteten der Gesangsverein „Deutsche Treue“ und der Lotterieverein „Hoffnung“ gemeinsam in den Räumen der „Ddb.-Fellow-Logo“, Alte Jakobstr. 128, ein Vergnügen, zu welchem man versucht, Willets in Arbeiterkreisen abzufragen. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht. Da der Verein „Hoffnung“ zum größten Teil aus Linoleniumlegern besteht, so machen wir diejenigen, welche einer modernen Arbeiterorganisation angehören, auf die eventuellen Folgen eines Boykotts aufmerksam.

Für Rosen sind folgende Wanderungen eingetreten. Gesperri: Jämde, Bahnhofstraße, Ecke Reuendorfer Chaussee. G. Müller, „Weißer Schwan“, Bahnhofstraße. Dähne, „Deutsches Wirtshaus“, Marktplatz. Hansche, Restauration „Zur Deutschen Eiche“, Weinberge. Alle anderen Lokale sind frei. Verkehrs- und Versammlungsort: A. Schimke, Vorurtheilstr. 10. Die Lokalkommission.

Wieder Wahlkreis. Der wissenschaftliche Vortrag am 23. bei Voeler, Weberstr. 17, muß umständehalber auf den darauffolgenden Mittwoch verlegt werden.

Am 17. November findet in den Lokalen Gewerkschaftshaus, Keller (Zuh. Freyer), Köppenstr. 29, Voeler, Weberstr. 17 und im Klitzum, Landsberger Allee, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Außerdem hat der Wahlverein zwei Urania-Vorstellungen zum 24. November, nachmittags 1 Uhr und 4 Uhr veranstaltet. Willets à 65 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

Schöneberg. Genossen und Genossinnen! Heute Dienstag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, findet in der Schloßbrauerei eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Aufgaben der Sozialdemokratie. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse August Wedel. Erscheint zahlreich und rechtzeitig!

Am Mittwochabend um 7 1/2 Uhr findet in den Bezirken 1, 2, 5, 6, 8 und 10 eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen aus den übrigen Bezirken werden ersucht, sich daran zu beteiligen. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Reichenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Midley, Potsdamerstraße 25, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Eduard Zuch. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Treptow-Baumshulweg. Parteigenossen! Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Speers Festsälen die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Essener Parteitag, 2. Diskussion, 3. Bericht des Vorstandes und Kassierers, 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Bezirks, 5. Wichtige Mitteilungen des Vorstandes. Pflicht eines jeden Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr ordentliche Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiserallee 85. Tagesordnung: Preußentag. Generalversammlung des Verbandes. Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung des Vereins. Anträge und Verschiedenes. Um äußerst zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Schwarzer Adler“ (Zuhaber: Gebr. Arnhold), Frankfurter Chaussee 5, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Kommunalverwaltung und politische Parteien. Referent: Gen. Grauer. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten. Parteigenossen! Angehört der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird erwartet, daß jeder Parteigenosse zur Stelle ist. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von R. Kaul, Bismarckstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Rosen. Die Wahlvereinsversammlung am Mittwoch fällt aus, dafür findet Freitagabend 8 Uhr im Lokale von Schimke Zahlabend statt. Das Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Reinickendorf-West. Am Sonnabend, den 26. d. M., veranstaltet der sozialdemokratische Wahlverein in den „Eichbornsälen“ einen Kunstabend, bestehend aus Rezitation, Konzert und Vorträgen des Arbeitergesangsvereins. Billets à 25 Pf. bei allen Bezirksführern. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Vorsigwalde. Am heutigen Dienstag, abends 9 Uhr, findet in unserem Vereinslokale von Reuter Diskutierabend statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Genossen Viebel über: „Der Hochverratsprozess gegen Genossen Dr. Karl Liebknecht“. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Unsere Werbetruppen bei der Arbeit.

Es ist ein schöner Anblick und ringt jedem Beobachtenden Verwunderung ab, wenn sich die Scharen der Arbeiter, ihre karglichen Abend- und Sonntagsstunden opfernd, in treuer Pflichterfüllung den nötigen Agitationsarbeiten unterziehen. Ist schon das Austragen der Flugblätter eine gar nicht so gering anzuschlagende Tätigkeit, so kann man sie doch im Vergleich zu dem am Sonntag stattgefundenen Abkommen sammeln, als die leichtere bezeichnen. Bei der letzteren kommt neben dem Treppensteinigen hauptsächlich die Werbekraft des betreffenden Genossen in Betracht. Er muß reden wie ein Weirreisender und argumentieren wie ein „Rechtskonsulent“. Allen Einwänden muß er logisch und schlagfertig entgegen, ohne dabei die Geduld zu verlieren oder mißmutig zu werden. Man sehe nur mal zu, mit welchem Feuereifer, Ernst und Nachdruck diese einfachen Arbeiter ihre Sache vertreten und in schlichten Worten ihre Weltanschauung zum Ausdruck bringen. Treppauf, treppab, unverdrossen liegen sie ihrer Pflicht ob. Von der Bedeutung der Sache förmlich durchdrungen, wenden sie sich von Tür zu Tür, ohne sich durch ein gelegentliches unmutiges Gesicht oder ein schroffes Wort abschrecken zu lassen. Noch einmal gesagt, es ist nicht leicht, das Werden neuer Abkommen, aber gerade die Schwierigkeit erhöht den Reiz.

Und was bekommt man zuweilen nicht für Antworten: Eine Frau sagt: „Mein Mann bewirbt sich um „bessere“ Stellungen, darum geht es nicht.“

Ein alter Mann gesteht uns mit Stolz, daß er stets rot wähle, aber den „Vorwärts“ dürfe er nicht abonnieren, sonst würden sie ihm die paar Pfennige, die er erhält, nehmen.

„Wir würden das Blatt gern bestellen, aber wir haben ja manchen Tag kein Stück Brot im Hause!“ klagt uns eine Frau. Ein Blick auf die armselige Wirtschaft läßt ihre Angaben wahr erscheinen.

Ein Hauswirt erklärt uns kurz und bestimmt, daß er jeden Mieter, der den „Vorwärts“ läse, sofort kündigen würde. Dieser Pajsha scheint sich als Herr über Leben und Tod seiner Hausbewohner zu fühlen. Vielleicht müssen sie ihn sonst noch bei höchst „dringlichen“ Angelegenheiten um Erlaubnis fragen.

„Der „Vorwärts“ bringt zu wenig Annoncen!“ hält uns ein Mann entgegen. Unserer Frage, welche Annoncen er denn eigentlich meine, weicht er aus.

„In der Zeitung stehen keine „Reinigkeiten“ und auch keine so „schönen Geschichten“, meinte eine Frau.“ Und so weiter.

Gegen all diese Einwände muß man, soweit dies möglich ist, versuchen anzukämpfen, um sie zu entkräften. Die „routinierten“ Genossen sind ja hierauf schon gewappnet und so ist der Anlauf in zahlreichen Fällen von Erfolg gekrönt. Und gelingt es nicht gleich, so trösten sie sich aufs nächste Mal. Auf einen Dieb fällt kein Baum. Der Geschmach des Lesepublikums ist nun einmal total verwildert durch die feile, gleichförmige Lokal- und Sensationspresse, die mit blutrünstigen Schauergerichten, mit Hof- und Familienklatsch, mit Iden Plaudereien aus der „oberen Gesellschaft“, mit widerwärtiger Ausschachtung pikanter Angelegenheiten aus dem Privatleben einzelner Personen die Volksseele vergiftet und von großen Kulturfragen ablenkt.

Der sozialistischen Presse bleibt es vorbehalten, hierin Wandel zu schaffen. Haben doch selbst hestige Gegner zugegeben, daß sich unsere Zeitungen durch ihre Reinlichkeit vorteilhaft von den bürgerlichen abheben. An den Genossen und Genossinnen liegt es, zu wirken von Mund zu Mund, wo und wann es nur sei, bis die Klatschpresse mit Schwung auch aus dem letzten Arbeiterheim hinausbefördert ist.

Verlegung des Stadtrings 1. Der Stadtring 1 der Großen Berliner Straßenbahn muß wegen Bauarbeiten teilweise bei Nacht umgelegt werden. Infolge einer Erneuerung der Kreuzungsanlage an der Ecke der Köpenicker- und der Reanderstraße ist es notwendig, die Linie in den Nächten vom 21. zum 22. und vom 23. zum 24. Oktober von 1 Uhr nachts an umzulegen. Die Wagen fahren dann von der Andreasstraße nicht über die Schillingbrücke, das Engelauer- und die Köpenickerstraße, sondern durch die Dresdener-, Dolgmarkt-, Bräuden- und Reanderstraße sowie umgekehrt.

Die Arbeiterfreundschaft des Freisinns wurde in der letzten Sitzung des Vieh- und Schlachthof-Arbeitervereins wieder in heftige Beleuchtung gerückt. Es handelte sich um die vom Arbeiterausschuß gestellten Forderungen wegen Erhöhung der Löhne. Wie wir von vornehmlich bemerkten wollen, wurde eine Forderung nach der andern gegen die eine Stimme des sozialdemokratischen Mitgliedes abgelehnt. Nur eine einzige Bewilligung wurde akzeptiert; diese war aber schon im Vorjahre einstimmig angenommen worden, nämlich die, eine weitere Lohnklasse für die Arbeiter einzurichten, die länger als neun Jahre beschäftigt sind. Diesen Arbeitern soll der Tagelohn von 4,25 Mark auf 4,50 Mark erhöht werden. Im Vorjahre hatte der Magistrat selbst dieser beschiedenen Forderung seine Genehmigung verweigert, im Etat war aber — wie es heißt, aus Versehen — dieser Posten eingesetzt worden. Das hatte zur Folge, daß die Arbeiter, die neun Jahre und länger im Dienst standen, bis 4,50 M. bezahlet verlangten, aber abgewiesen wurden. Uebrigens eine hübsche Statistikk!

Bei der Bezahlung der Nachtarbeit zeigte sich die Arbeiterfreundschaft im hellsten Lichte. Der bisher höchst bezahlte Arbeiter erhält an Bezahlung für Nachtarbeit 20 Pfennige weniger als für Tagarbeit. Die Arbeiter verlangen 50 Proz. Zuschlag. Dieses berechnete Verlangen fand keine Gnade; ganze 5 Pfennige pro Stunde sollen zugelegt werden. Die Direktion erklärte, sie beläme genug Arbeiter, im übrigen sei die Arbeit so leicht, daß sie damit reichlich bezahlt wäre. Schwerere Arbeiten, wie Kanalarbeiterarbeit, solche bei Hochdruck usw. soll bei Nacht mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden, aber nur darum, weil diese Arbeiter nicht billiger zu haben sind. Die Erhöhung der Abfordröhne wurde abgelehnt. Wie man von freisinniger Seite Lohnerböhrungen, wenn man solche überhaupt vornimmt, ausführt, dafür ein geradezu klassisches Beispiel: Im vorigen Jahre beschloß man, den in seiner bedeutenden Stellung sich befindenden Arbeitern der Dungsverladung den Anfangslohn von 3,75 M. auf 4,10 M. pro Tag zu erhöhen und eine Lohnstaffelung bis zu neun Jahren einzuführen. Daraus ergab sich nun folgendes Exempel: Bis hier erhielten die Arbeiter nach drei Monaten 4,25 M., jetzt gibt es die erste Zulage erst nach drei Jahren, was zur Folge hat, daß der Arbeiter die ersten drei Monate zwar ein Mehr von 27 M. 30 Pf. erhält, aber in den folgenden Jahren ein dreierlei Mal weniger von 128 M. 70 Pf. bekommt, so daß die famose „Lohnerböhrung“ der freisinnigen Mehrheit den Arbeitern, falls sie bei dieser appetitlichen Arbeit überhaupt drei Jahre aushalten, eine Verschlechterung von Einhundert und Eine Mark 40 Pf. bringt. Und das nennt man „Arbeiterfreundschaft“!

Stadtrat Fischbed gab wohl das Exempel als zureichend an, meinte aber, daß doch nach Jahren durch die Staffolung der Löhne der Schaden reichlich gut gemacht würde, was ihm von sozialdemokratischer Seite durch den Hinweis widerlegt wurde, daß kein Arbeiter die in Betracht kommende Zeit ausbiete. Der älteste Arbeiter dieser Kategorie ist 11 Monate beschäftigt; der beste Beweis, daß die ganze Staffolung eine fata Morgana ist. Die Bodenarbeiter sollen nach neun Jahren eine Zulage von 1 M. pro Woche erhalten, aber die nicht zu knapp bemessenen Ueberstunden will man ihnen nicht bezahlen. Den mit der Reinigung der Eisenbahn-Transportwagen beschäftigten Arbeitern will man auf ihre Verlangen probeweise Schulbildung liefern. Die übrigen Arbeiterkategorien gingen gänzlich leer aus. Es soll nicht vergessen werden zu erwähnen, daß der Dezerent des Schlacht- und Viehhofes niemand anders als der Stadtrat Fischbed ist, der sich auf seine praktischen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik so viel zugute tut. Er denkt aber auch: „Nichtet Euch nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten!“

Die im Königl. Amtsgericht. Eine überraschende Entdeckung im Königl. Amtsgericht Wedding gemacht worden. Man stellte fest, daß in fast allen Warteräumen dreiste Diebstahlsübungen die verschiedensten Gegenstände gestohlen hatten. Es wurden nicht weniger als 12 Garberobensalter und 22 Messinghähne an den Toiletten vermischt. Selbst Thermometer fanden den Gefallen der Diebe. Welchen Tätern handelt es sich jedenfalls um Leute, die sich als „Zuhörer“ auf den Korridoren herumgetrieben und günstige Gelegenheiten wahrgenommen haben. Wie dreist die Diebstahlsübungen zu Werke gegangen sind, geht daraus hervor, daß sie sogar die Pfänder von den Gasflammen fortgestohlen haben. Die Polizei hat bereits eine bestimmte Spur der Täter ermittelt.

Die Direktion der Berliner Omnibusgesellschaft hat zum 14. November eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der zu dem Beschluß der Verkehrsdeputation die Tariffage betreffend Stellung genommen werden soll. Die Direktion scheint auf ihrem Standpunkt beharren zu wollen, indem sie für die fünf-pfennigstrecken unter allen Umständen 7 1/2 Pf. erheben will und bekundet auch nicht den ernstlichen Willen, mit dem von der Verkehrsdeputation gemachten Vorschlag, 6 Pf. erheben zu dürfen, auch nur erst einen Versuch zu machen. In einem von der Gesellschaft ausgehenden Schreiben heißt es, daß erzwungen werde, bereits vor der Beschlußfassung der Generalversammlung die Einstellung des Verkehrs auf einzelnen besonders unrentablen Strecken in die Wege zu leiten. Wenn die Gesellschaft glaubt, damit irgend eine PreSSION ausüben zu können, so ist sie sehr auf dem Holzwege.

Die Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker schreibt uns: Unsere Heilstätte Müllrofe (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.) ist fertiggestellt und es sind gestern die ersten Kranken dort aufgenommen worden. Das Anstaltsterrain im Stadtfors Müllrofe gelegen, umfaßt etwas über 14 1/2 Hektar. Männerflügel, Hauptgebäude und Frauenflügel bilden eine Gruppe von über 100 Meter Länge; hinter dem Hauptgebäude schließen sich Wirtschafts-, Maschinen- und Maschinengebäude an; seitwärts befinden sich das Arzthaus, der Bierkeller, Eisguckpöden, und im Hintergrunde der Schweinestall. Die Anstalt hält 58 Betten für Männer und 42 Betten für Frauen, hat eigene Ent- und Wasserversorgungsanlage, elektrisches Licht, Dampf- und Wasserküche, Entstaubungsanlage, reichlich ausgestattete Baderäume und Wasserdunstabheizung (System Käußer). Die Gesamtanlage ist unter Berücksichtigung der neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete des Heilstättenbaues ausgerüstet und ist die erste, welche von einer Ortskrankenkasse für Lungenkranke neubaut wurde.

Mit dem Dreirad unter einem Auto-Omnibus geraten. Ein aufregender Strahmensfall hat sich am Sonnabend spät abends in der Charlottenstraße zugetragen. Der 19 Jahre alte Ausrüger August Gabel, Lessingstr. 18 wohnhaft, war auf einem Dreirade durch die Charlottenstraße gefahren. An der Ecke der Schillingstraße fuhr das Dreirad mit einem entgegenkommenden Automobil-Omnibus der Linie A der Großen Berliner Motoromnibus-Gesellschaft zusammen. Mitamt dem Rade wurde der junge Mann unter den Kraftwagen gerissen und eine längere Strecke mitgeschleift. Der Verunglückte erlitt schwere Ober- und Unterschenkelverletzungen sowie innere Verletzungen. In bedenklichem Zustand wurde er in das Krankenhaus Moabit eingeliefert.

Eine Spielergesellschaft wurde in der Nacht von Sonntag zu Montag in dem Restaurant von Krause, Wankstr. 11a von der Polizei überfallen und eine Anzahl Spieler festgesetzt.

Durch abfälligen Dachsturz erschlagen. Ein trauriger Unglücksfall, der zu Bedenken Anlaß gibt, hat sich in der vergangenen Nacht in der Paulstraße zugetragen. Die Schwiegermutter des in der Paulstr. 11 wohnhaften Barbiers Wä, die Ehefrau Matilde Albertins, hatte ihre Tochter, bei der sie wohnte, nach der Straßenbahnhaltestelle begleitet. Als sie auf dem Rückwege an dem Hause Paulstr. 10 vorüberging, löste sich oben vom Dach ein großer Stuckblock und stürzte in die Tiefe. Die harte Masse fiel der Frau direkt auf den Kopf. Die Gewalt des niederfallenden Stücks war eine so starke, daß Frau W. zu Boden geschlagen wurde. Der Schädel war der Unglücklichen vollständig zertrümmert worden. Hausbewohner trugen die Leiche nach der Wohnung des Barbiers. Man holte einen Arzt herbei, der aber nur den Tod feststellen konnte. Die Getroffene war auf der Stelle erschlagen worden. Die Leiche ist von der Behörde beschlagnahmt worden. Ueber die Ursache des verhängnisvollen



Unfall ist durch die Polizei eine Untersuchung eingeleitet worden. Vermutlich ist der Tod im Laufe der Jahre durch die Einwirkung des Regens bedingt geworden und dadurch löste er sich allmählich vom Dachgiebel los.

**Ein falsches Mordgericht.** Im Südosten Berlins war Sonntagabend das falsche Gerücht von einem Raubmordverbrechen verbreitet. Den Anlaß hierzu gab ein die Schattenseiten des Großstadtlebens beleuchtender Vorfall, der sich in dem Hause Brikerstraße 16 abspielte. Die unter Sittenkontrolle stehende 40jährige Arbeiterfrau Marie Wenzel, die seit sechs Jahren von ihrem Manne getrennt lebt, hatte es verstanden, den 17jährigen Mechanikerlehrling Erich Hermann aus der Wilhelmstraße an sich zu locken. Das ungleiche Paar vertrieb sich die Zeit mit Kartenspiel und im Eifer des Spiels verbot sich Frau Wenzel Härlichkeiten des jungen Mannes. Ein Wort gab das andere und bald entstand ein Handgemenge. Hermann schlug seine Gegnerin ins Gesicht und packte sie an der Kehle. Auf das Hillegeschrei der Frau eilten Hausbewohner hinzu. Der Lehrling ergriff ängstlich die Flucht und lief zum Hohenstaufenplatz, wo er von einem Schuttmann gepackt wurde. Im Laufe der Nacht wurde der angebliche „Raubmörder“ nach dem Polizeipräsidium gebracht. Da aber festgestellt ist, daß von einem Raubmordverbrechen gar keine Rede sein kann, dürfte der junge Mann bald wieder entlassen werden. Frau Wenzel ist nur ganz unerheblich verletzt.

**Ein tödlicher Unglücksfall** hat sich gestern nachmittag in der Chausseestraße zugetragen. Der Autscher August Romandis, Nagaretskirchstr. 36 wohnhaft, der in dem Engrosgefaß von Edekmann beschäftigt war, wollte nach dem Keller hinuntergehen, um Waren herauszuholen. Auf der Treppe blieb er mit den Füßen hängen und stürzte infolgedessen kopfüber ab. Er schlug mit dem Kopf so heftig unten auf die Steinfliesen auf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Auch erhebliche innere Verletzungen zog sich E. beim verhängnisvollen Sturz zu. In hoffnungslosem Zustand wurde er in das Victoria-Krankenhaus eingeliefert.

**Das Theater an der Spree** brachte am Sonnabend zum ersten Male den Schwank: „Telephongeheimnisse“ von Hermann Hausleiter und Max Reimann zur Aufführung. Uns ist nicht recht klar geworden, inwiefern der Titel des Schwanks mit dem Inhalt in Beziehung steht, es sei denn, daß sich in präclärer Situation befindliche Personen in der Telephonzelle verhielten. Der Hauptinhalt des Stückes besteht eigentlich in einer Anzahl Verwickelungen, die oft komische Situationen herausbeschwören und das Publikum in eine recht heitere Stimmung versetzen. Diese Stimmung wurde erhöht, daß einige recht hübsche Gesangsnummern eingeschoben waren, von denen die von Wanda komponierte: „Wie man im Dunkeln liest“ und ein „Polypour“ beifällig aufgenommen wurden. Der Erfolg bestand darin, daß sich nicht weniger denn drei Liebespaare trugen. Die Darsteller gaben sich Mühe, aus dem Stück etwas zu machen, leicht mag es ihnen nicht geworden sein.

**Radrennen zu Treptow, 20. Oktober.** Die vom schönsten Wetter begünstigten Rennen boten bei einwandfreiem Verlauf spannende Kämpfe. Das 50 Kilometerfahren mit Motorführung (200, 200, 100 Meter) gewann Fr. Haberer in 44 Min. 20 Sek.; Moriz 1840 Meter, W. Huber 3235 Meter zurück. Huber hatte bis zum 17 Kilometer die Führung, dicht gefolgt von Haberer, der von da an die Spitze nahm und seinen Vorsprung ständig vergrößerte. Huber blieb immer weiter zurück, so daß Moriz, der anfangs drei Runden eingebüßt hatte, vom 32. Kilometer an den zweiten Platz belegte.

Das Hauptfahren über 1500 Meter (30, 20, 15, 10 und 5 R.) gewann Stabe vor Rabe, Hoffmann, Pawle und Hansen. In den Vorläufen endeten 17 Fahrer unplatziert.

Im Prämiensfahren über 5 Kilometer (30, 20 und 10 R.) siegte Rabe vor Pawle und Teich. Kundenprämien von 5 R. (zwei), Keil, Pawle und Rabe je eine. 22 Fahrer bestreiten das Rennen.

Das Motorrennen über 5 Kilometer (50, 30, 20 und 10 R.) wurde von Liese in 3 Min. 49 Sek. gewonnen; Alcedna 100 Meter, Suger 210 Meter und Ebert 325 Meter zurück. — Die Rennen verliefen ohne jeden Unfall.

**Sportpark Steglitz.** Der „Große Herbstpreis“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer in zwei Läufen zu 40 und 60 Kilometer und mit 4000, 2800, 1800 und 1000 R. ausgestattet, sah am Start die zurzeit besten Dauerfahrer: Guignard, Robl, Verbiß und Walsbour. Diese Befestigung in Verbindung mit dem prächtigen Herbstwetter sicherten der Rennbahn ein volles Haus. Der Sieger in beiden Läufen war Verbiß. Im ersten Laufe gab es schöne herrliche Kämpfe. Guignard, der die Führung hatte, wurde hart bedrängt von Verbiß und diesem sah der Wädhener auf den Fersen. Nach mehreren abgeschlagenen Angriffen ging Verbiß in der 48. Runde siegreich vor den Franzosen und nahm dann später auch Robl eine Runde. Im zweiten Laufe hatte Verbiß vom Beginn ab die Spitze und bis zum 30. Kilometer waren alle drei Fahrer, mit Ausnahme von Walsbour, der noch unter den Folgen seines letzten Sturzes zu leiden hat und darum heute keine Rolle spielte, in Abständen von circa 150 Meter von einander. Jetzt ging Robl zum Angriff auf Guignard über und zog in scharfem Zuge an ihm vorbei. Der Franzose „schwimmt“ und büßt viel Boden ein. Inzwischen nähert sich Verbiß dem Wädhener und passiert ihn in der 78. Runde. Auch Robl kommt von seiner Führung ab und Guignard holt auf, während Verbiß beide überhundet. Das Gesamtergebnis ist: 1. Verbiß (Antwerpen) 100 Kilometer in 1 Stunde 14 Minuten 14 Sekunden. 2. Robl 97,700 Kilometer. 3. W. Guignard 65,960 Kilometer. 4. W. Walsbour 91,800 Kilometer. — Die Fliegerrennen vereinigten starke Felder und sahen Scherermann, Kurzmeier, Lechner, Conrad u. a. als Sieger.

**Feuerwehrbericht.** Am Sonntagabend wurde die Berliner Feuerwehr sechs Mal alarmiert. Es brannten Küchen in der Carmen Schloßstraße 5 und Alten Jakobstraße 88 sowie Lauben in der Kolonie, Landsberger Allee 104, und eine Wohnung in der Gubenerstraße 49. In der Reuenburgerstraße 28 war ein Wasserleitungsrohr geplatzt und Schönhauser Allee 185/188 waren Gardinen in Brand geraten. Der 16. Zug hatte längere Zeit in der Koloniestraße 21 zu tun, wo ein Stall in Flammen stand. Es gelang, die Pferde in Sicherheit zu bringen und den Brand mit zwei Hähnen zu löschen. Ein ähnlicher Brand beschäftigte den 7. Zug in der Blumenstraße 50a, wo ein Heuboden über einem Kuhstall brannte. Die Flammen hatten reiche Nahrung gefunden und konnten erst nach längerer Vöscharbeit aus dem Stall befreit werden. Aus der Raunynstraße 19, Lüneburgerstraße 29 und anderen Stellen wurden Küchenbrände gemeldet. Stroh und Alfen brannten in der Reuen Friedrichstraße 69 und in einer Werkzeugfabrik in der Gubenerstraße 38. Außerdem hatte die Wehr in der Gerichtstraße 15, Turmstraße 58, Langestraße 7, Stalinerstraße 19 und an anderen Orten zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen nahm die Schöneberger Gewerkschaftsversammlung Stellung. Nach einem Referat des Genossen Käter, der außerordentlich in den Stadtverordnetenwahlkampf mit allen Kräften einzutreten, wurde beschlossen, ein Flugblatt zu verbreiten, in welchem auf die Wichtigkeit der Wahlen hingewiesen werden soll. Den Bericht vom städtischen Arbeitsnachweis gab Genosse Dexter; er teilte mit, daß die Deputation beschlossen hat, für Vermittlung von Dienstboten eine Gebühr von 3 R. zu erheben. Ferner sei beschlossen, in der Provinzpresse zu inserieren, weil das Angebot von Stellen die Nachfrage übersteige. Beide Beschlüsse wurden einer eingehenden Kritik unterzogen und betont, daß die Vertreter für volle Gebührensicherheit einzutreten hätten; ebenso sei das Inserieren in der Provinzpresse zu belassen. Einem vom Arbeiterinnerverein gestelltes Gesuch um pekuniäre Unterstellungen wurde nicht entsprochen, jedoch beschloß die Kommission, in den

Gewerkschaften für den Verein einzutreten. Der Obmann fordert die Vertreter auf, in den Gewerkschaften zu den in nächster Zeit stattfindenden Gewerkschaftswahlen Stellung zu nehmen. Ferner macht derselbe auf die täglich geöffnete Bibliothek des Wahlvereins aufmerksam, welche auch den Gewerkschaftsmitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht.

### Zehlendorf.

Die letzte Gemeindevorstellung stimmte der Verbreiterung der Prinz-Friedrich-Karlstraße zwischen der Alsen- und Fürstenstraße von 15 auf 21 Meter zu. Desgleichen wurde die Abänderung über die Bestimmungen für die Befolgung der Gemeindevorstellungen angenommen. Die nächsten beiden Punkte betreffen die Schaffung einer neuen Oberlehrer- und einer Vorhülfelehrerstelle am Gymnasium, sowie die Gründung einer zweiten Oberlehrerstelle an der höheren Mädchenschule. Nachdem man so in ausdehnendem Maße für die Schulen der Reichen vorgesorgt hatte, mußte man auch für die Volksschule etwas tun, und man schwang sich dazu auf, auch hier zwei neue Lehrstellen zu schaffen.

Nummer kam der Claus des Abends zur Verhandlung, und man muß sagen, der Haus- und Grundbesitzerverein hatte nichts unversucht gelassen, um seinen Sonderwünschen die Annahme durch die Vertretung zu sichern. Daß es anders kam, liegt nicht an den Gemeindevorstellern, die immer das allgemeine Interesse im Auge führten, aber stets das Sonderinteresse des Grundbesitzes und der Terrainbesitzer wahrnahmen.

Es handelt sich, da im nächsten Frühjahr der Bau der Kanalisation begonnen werden soll, um die Wahl der Betriebskraft für die Pumpstation und den ersten Ausbau der Kanalisation. Diese Fragen fanden nun die sonst meistens sehr einige Gemeindevorstellung in zwei feindliche Lager geteilt. Der Gemeinde-Baurat empfahl die Dampfkraft als diejenige Betriebskraft, welche am rentabelsten sei. Das rief den unermüdlichen Herrn Hammer auf den Plan, welcher ein und eine halbe Stunde dazu brauchte, um den elektrischen Betrieb zu empfehlen. Vorher wollte er nur die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation entschieden wissen, und versuchte offenbar damit, die ganze Angelegenheit zu verschleppen. Er meinte, die Anlage von 10 bis 12 kleinen Pumpstationen mit elektrischem Betrieb arbeitete viel schneller und sauberer als eine große Hauptstation. Die Vorlage sei eine Belastung des Grundbesitzes, und da Herr Hammer selbst Grundbesitzer ist, darf man ihm glauben, daß das seine feste Überzeugung ist. Weiter führte er aus, die Lasten der Kanalisation den Haus- und Grundbesitzern aufzuerlegen sei ungerecht, sei eine Vergewaltigung derselben. Dem Gemeindevorstand war es leicht, die Ausführungen Hammers zu entkräften.

Gemeindevorsteher Riemer machte im Verlauf der Debatte den Vorschlag, die Beschlußfassung über die Frage, ob Zentralisation oder Dezentralisation der Pumpstation, auszugeben, bis die Frage der Betriebskraft gelöst sei. Hiermit war die Versammlung einverstanden. Man schritt nun zur Entscheidung der Frage, ob Dampf oder Elektrizität als Betriebskraft gewählt werden solle. Hierbei wurde es auch klar, welche Motive die Herren leiteten, als sie gegen Anwendung der Dampfkraft redeten. Bei dem Dampftrieb braucht man nämlich eine Kesselanlage, und durch den hohen Schornstein und den Rauch, der notwendigerweise dazu gehört, würden die Grundstücke entwertet und die Anwohner belästigt. Der Gemeindevorstand gestrichelt aber alle Bedenken dieser Art und sprach aus, daß bei der geringsten Störung im elektrischen Betrieb es vollkommen kann, daß die Abwässer in die Wohnungen zurücktreten, weil der Ort nicht wegen der Höhe des Grundwasserspiegels wie andere Gemeinden einen Notauslaß herrichten könne. Auch der Bürgermeister, Dr. Köster, trat noch in Funktion und erklärte sich für die Dampfkraft.

Bei der Abstimmung in erster Lesung ergab sich, daß die Vorlagen des Bauamtes Annahme gefunden hätten. Es werden also eine Hauptpumpstation und nach Bedarf 6-7 Unterstationen angelegt. Damit war die öffentliche Sitzung geschlossen und es folgte eine nicht öffentliche.

### Adlershof.

„Achtung! Der Staat ist in Gefahr!“ — nämlich, wenn in einer öffentlichen Versammlung über Jugendorganisation gesprochen wird. — Diesen Eindruck mußte jeder mit nach Hause nehmen, der Zeuge der vorletzten Versammlungsausschließung war. Am letzten Dienstag tagte bei Wöllstein eine zweite, stark besuchte Protokollversammlung. Genosse Groger als Referent zeichnete in anschaulicher Weise ein Bild zu obigem Thema. Wie die Politik der Radelstiche gegenüber der organisierten Arbeiterschaft von den unteren Behörden ausgeübt wird, dafür bot Adlershof von jeher ein typisches Beispiel. Heute, im Zeichen der Wiedergeburt des Liberalismus hat dieser Kampf mehr als lokale Bedeutung. Die Art und Weise der Bekämpfung der Jugendorganisation, die Verleumdungskampagne des Reichslügenverbandes, die mit der letzten Reichstagswahl einsehliche, die Ausweisungsbekämpfung gegen die Genossen Hilferding und Pannofel sowie die oft drakonischen Urteile usw., am prägnantesten jedoch der Leipziger Hochverratsprozeß lassen uns deutlich das Ziel erkennen, wohin der Kurs geht. Redner schloß seine Ausführungen mit einem anfeuernden Appell an die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß gegen die Mächte der Reaktion Sturm gelaufen werde.

In der Diskussion ergänzte Genosse Rasche die Ausführungen des Referenten in längerer zutreffender Darlegung. Auch seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung an die Anwesenden, ihr Bestes zu tun und mitzubauen zu helfen an der freien Jugendorganisation.

Die Bestätigung der im Referat geschilderten polizeilichen Bevormundung wurde sofort praktisch demonstriert. Der Versammlung schien es durchaus nicht einleuchtend zu wollen, daß sie nun gerade um 10 Uhr nach Hause gehen sollte, weshalb prompt die Auflösung erfolgte.

### Zossen.

Ueber die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen referierte am Freitagabend in einer öffentlichen Versammlung im Lokal von Schilke Genosse Käter-Schöneberg. Redner verstand es, in trefflicher Weise den Versammelten klar zu machen, wie notwendig es ist, daß auch die Sozialdemokratie im Stadtparlament vertreten ist. Die Versammlung nahm eine Resolution an, nach welcher sie sich verpflichtet, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen mit aller Entschiedenheit für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.

Als Kandidaten für die III. Wählerklasse wurden die Genossen Bauhilfsarbeiter Bernhard Schulze und Schlosser Adolf Bogt ausgestellt.

### Weihensee.

Einen schrecklichen Tod hat der Fabrikarbeiter Albert Krause gefunden. R. war in der Deutschen Gummiwarenfabrik von W. u. von der Halben in der Gustav-Adolfstraße 114 beschäftigt gewesen. Als er mit einer großen Kanne Benzin, die er im Keller geholt hatte, die Treppe hinaufstieg, glitt er aus und stürzte zu Boden. Die Kanne entfiel seinen Händen und der Inhalt ergoß sich jetzt über den Körper des Vermissten. Es entwickelten sich hierauf starke Benzindämpfe, durch die R. völlig betäubt wurde. Als man später nachforschen wollte, wo R. mit dem Benzin bleibe, fand man ihn leblos auf der Reisterampe auf. Es wurden sofort mehrere Kräfte zu Rate gezogen, doch hatten ihre Bemühungen keinen Erfolg mehr, R. war bereits an den Gasen erstickt.

### Pantow.

Wom eigenen Fuhrwerk tsogefahren wurde der 45 Jahre alte Autscher Adolf Groth aus der Gottschalkstr. 7. Am Sonntagabend fuhr G. mit einem hochbeladenen Lastwagen durch die Grinerdörferstraße. Während der Fahrt stürzte er vom Vorderrad und fiel unglücklichweise unter das Gefährt. Die Räder gingen ihm über den rechten Arm hinweg und trennten ihn vollständig vom Körper. Kurz darauf starb der bedauernswerte Mann.

### Reinickendorf.

Die mangelhaft oft Polizeibeamte über das Vereins- und Versammlungsrecht unterrichtet sind, zeigte sich, als Genosse B. vor einigen Tagen auf dem hiesigen Polizeibureau eine Versammlung anmelden wollte. Bei seinem Eintreten traf Genosse B. fünf Beamte an, von denen einer ihm den Rat gab, sein Anliegen schriftlich zu bewerkstelligen. Als dies der Genosse jedoch persönlich zu tun den Wunsch äußerte, wurde er von dem Beamten gefragt, was es für eine Versammlung sein solle, von welchem Verein die Versammlung ausgehe und ob sie eine sozialdemokratische sei. Der Genosse entgegnete hierauf, daß er das anzugeben nicht verpflichtet sei, worauf ihm der Beamte mitteilte, daß er dann keine Bescheinigung ausstellen könne. Hierauf lud man den Genossen B. ein, etwas Platz zu nehmen. Nach längerer Zeit erschien der Beamte mit einem jungen Mann, seines Aussehens ein Bureaubeamter, der nunmehr mit einem Fragebogen an B. begann. Da auch er keine weitere Auskunft über die anzumeldende Versammlung erhielt, verschwand er wieder in das Zimmer, aus welchem er gekommen. Genosse B. wandte sich nun an den Kommissar, der denn auch nach einigen Hin und Her das Verlangen des B. zu Papier brachte. Eine Anmeldebeseinigung wurde B. aber noch nicht ausgehändigt; er entfernte sich, des Wartens müde, mit der Bitte, ihm eine solche kostenlos zuzuschicken. Der Genosse gibt in seinem an uns gerichteten Schreiben denn auch der Hoffnung Ausdruck, daß dies geschehen wird, da ja Reinickendorf in letzter Zeit eine Verstärkung von Polizeibeamten erhalten hat.

Ueber die Entwicklung der Arbeiterbewegung referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Freiwaldt. Dem gemeinverständlichen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der namentlich der bereits vom Referenten berührte Prozeß des Genossen Liebkecht besprochen wurde. Ueberrastete Genosse Gold den Bericht von der Kreisversammlung. Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf den am 28. Oktober stattfindenden Rezipitationsabend verwiesen. Des weiteren wurde zur Sprache gebracht, daß bei Gemeindevorarbeiten eine große Anzahl ausländischer Arbeiter beschäftigt werden und die Steuerzahler am Orte wenig berücksichtigt würden. Dem Genossen Gemeindevorsteher Schilling wurde aufgegeben, die Angelegenheit in der Gemeindevorstellung zur Sprache zu bringen.

### Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung machte der Bürgermeister Abraham die Mitteilung, daß die Große Berliner Straßenbahn um Verlängerung der Linie 49 nach Nieder-Schönhausen (Kirche) vom 1. November ab die Genehmigung beim Polizeipräsidenten nachgesucht habe. Die Linie 57 soll später nach der Schillerstraße durchgeführt werden. Das Wasser des hiesigen Wasserwerkes ist vom Geheimrat Dr. Proslauer untersucht und für einwandfrei erklärt worden. Betreffs der Verbreiterung der Beuthstraße lag ein Angebot des Bauamtes vor. Derselbe ist bereit, das Straßenland kostenfrei abzutreten, das Zurückgehen der Räume muß auf Kosten der Gemeinde geschehen. Das Angebot wurde angenommen. Mit dem gegenüberliegenden Besitzer in derselben Angelegenheit werden noch Unterhandlungen gepflogen. Die Abänderung der Paragraphen 8 und 9 der Grundwertsteuerordnung wurde genehmigt. Es handelt sich um die Haftung für die Steuerzahlung bei etwaigem Grundstückswechsel. Eine längere Debatte entstand über den Punkt: Ueberrahme der Reinigung der Straßen durch die Gemeinde und Erlass eines Ortstatuts betreffs Heranziehung der Anlieger zur Reinigung der Bürgersteige. — Das Ortstatut wurde verlesen und nach einigen Abänderungen angenommen; es bestimmt, daß die Hausbesitzer wöchentlich einmal und zwar freitags die Bürgersteige zu reinigen haben. Zur Reinigung gehört auch die Beseitigung von Schnee und Eis. Der alte Hausbesitzerverein hat den Antrag gestellt, die Minimalrate bei der Wassercenahme fallen zu lassen; es soll von den Hausbesitzern nur so viel bezahlt werden, als der Wassermeßer anzeigt. Nach dem Ortstatut sind als Mindestgebühr sechs Mark zu zahlen. Die Gemeinde hätte durch die Beseitigung der Minimalrate einen Ausfall von 1400 R. Um diesen Ausfall zu decken, wurde ein Vorschlag des Bürgermeisters, einen Zuschlag zur Wassermessermiete in Höhe des weniger als 20 Kubikmeter verbrauchten Wassers zu erheben, angenommen.

### Potsdam.

In der außerordentlichen Wahlvereinsversammlung referierte Genosse Staab über „Stadtverordnetenwahlen und deren Bedeutung für die Arbeiterklasse.“ Redner wies in seinem Referat nach, wie notwendig es ist, daß die Sozialdemokratie auch im Potsdamer Stadtparlament vertreten ist. Es sei deshalb jedes Genossen Pflicht, im Wahlkampf seine Schuldigkeit zu tun. Als Kandidaten wurden folgende Genossen vorgeschlagen: Staab, Ziemann, Waldt, Förster, Jwan Ladentzin, Wellin und Siebold. Genosse Ziemann machte die Genossen noch auf den neuen Kurs der Arbeiterbildungsschule aufmerksam und ersuchte, sich regen daran zu beteiligen. Dem verstorbenen Genossen Kotteler widmete Genosse Staab warme Worte der Anerkennung für seine Dienste in der Partei; die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

## Vermischtes.

**Erdbebenmeldungen.** Der Seismograph des astro-physikalischen Instituts auf dem Königstuhl bei Heidelberg registrierte gestern früh das stärkste Erdbeben, das bisher von ihm verzeichnet wurde. Das Vorbeben setzte um 5,30 Uhr ein, das Hauptbeben begann 5,38 Min. Ebenso registrierte die Erdbebenwarte in Hohenheim bei Stuttgart gestern früh ein starkes, langanhaltendes Erdbeben.

Aus Taschkent wird gemeldet: In Samarland und Urajtube verspürte man gestern früh 9 Uhr ein zwei Minuten dauerndes Erdbeben. Um dieselbe Zeit wurde auch in Kaland eine anhaltende wellenförmige Bodenbewegung bemerkt. Neuere Meldungen zufolge dauerte das wellenförmige Erdbeben in Samarland gestern früh von 8 Uhr 47 Minuten bis 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Viele Gebäude erlitten Risse. An einer Moschee ist das Gewölbe, an einer anderen das Minarett eingestürzt.

Nach einer Meldung aus Petersburg wurde in Kattakurgan gestern früh zwischen 9 und 10 Uhr ein starkes allmählich schwächer werdendes Erdbeben verspürt.

Im Streit erschlagen. Wie die „Pfälzische Presse“ in Kaiserslautern meldet, erschlug in Diedenhofen bei Speyer der Adorer Josef Jäder seinen 23jährigen Bruder im Streit.

Fabrikereinsur. Nach einer Meldung aus Hannover ist in Rieburg das Hauptmauerwerk der Zementfabrik „Germania“ eingestürzt, als der Fabrikbetrieb im vollen Gange war. Es wurden sechs Personen verschüttet, die jedoch sofort gerettet werden konnten. Fünf von ihnen lamen mit leichten Verletzungen davon, während einer schwer verletzt wurde. Der Einsturz wird auf Ueberlastung des Gebäudes mit Zement zurückgeführt. Die Mauern sind zuerst geborsten und dann mit Gestein eingestürzt.

Sturm in England. Ein Telegramm aus London besagt: Aus allen Teilen der englischen Küste laufen Berichte ein über Unfälle, die durch den gestrigen starken Sturm verursacht worden sind. Zahlreiche Boote sind gekentert, andere sind überfällig, doch hofft man, daß sie in Sicherheit gefunden werden.

Eine Feuerbrunst in Manchester. Nach einer Meldung aus London brach gestern in Manchester eine Feuerbrunst aus, die einen großen Häuserkomplex zerstörte, in dem sich auch die Lokalfilialen einer Schiffahrtsgesellschaft befanden. Der Schaden wird auf über 2 Millionen Mark geschätzt.

Ein Luftballon-Nelord. Wie aus New York gemeldet wird, langte ein Luftballon des Bundesgenalkorps in Westvirginia an, nachdem er 475 englische Meilen in 21 Stunden 20 Minuten zurückgelegt hatte.







13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Fünfter Verhandlungstag. Die Debatte über die Anträge zum Statut wird fortgesetzt. Für die Revisions- und Beschwerdekommission erstattet Bericht Mepp-Ottensen; die von ihm vorgelegenen Fälle werden nach den Entscheidungen der Kommission erledigt.

wecheln, eine Beihilfe zum Umzug zu gewähren, sofern die Entfernung bis zum neuen Wohnort nicht als 12 Kilometer beträgt. Diese Umzugsunterstützung inkl. Fahrgehalt beträgt für Mitglieder nach einer 3-jährigen Mitgliedschaft bis zu 20 M., einer 4-jährigen Mitgliedschaft bis zu 30 M., einer 5-jährigen Mitgliedschaft bis zu 40 M.

Obertag-Mitglied beantragt, daß Gauleiter sich als Delegierte nicht wählen lassen dürfen. Die Gauleiter müssen sowieso in der Generalversammlung anwesend sein. Der Antrag wird angenommen.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 22. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Madame Butterfly. Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Lortzing-Theater.

Abends 8 Uhr: Der Waffenschmied. Mittwoch: Hans Heiling.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Sperlingsnest.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Ganz der Papa. Schwank in 3 Akten von Mars und Desoblières.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Carmen. Vorher: „Er muß taub sein.“

Theater an der Spree.

7 1/2 Köpenickerstraße 68. 7 1/2 Abends 8 Uhr: Telephon-Gheimnisse.

Bernhard Rose Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132. Spree-Athener von Schwab-Riesing.

Metropol-Theater.

Anfang präzise 8 Uhr. Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund.

G. Thielscher a. D., F. Massary.

B. Darmanda, D. E. Whithney a. D. Bender, Giampietro, Josephi. Rauchen überall gestattet.

Theater des Zentrums.

Sophien-Platz, Sophienstraße 17/18. Bis früh um Fünfe v. Stern u. Appich, Kunst v. B. Linde.

Sanssouci.

Dr. Wilhelm Reimer. Heute Dienstag wegen gr. Versammlung geschlossen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Rosmersholm.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 22. d. Mt.: Extra-Gala-Vorstellung und nur kurzes Gastspiel.

The great Lafayette.

aus New York 2. ersten Europa. Male in 4 Bildern. Ferner: Die phänom. Luft-Vollgouren.

Ein Fest auf dem Neckar.

Die diesjährige gr. Wasserpantomime: Apollo Theater. Das kolossale Programm.

Sylvester Schäffer jr.

der weltberühmte Universal-Künstler. WINTERGARTEN. Anfang 8 Uhr.

Ruth St. Denis.

Glänzendes Programm. Walhalla-Variété-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.

Die drei Grazien.

Boffe mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepont. Füllerkopp. . . . . Arthur Winter.

Die wilde Jagd.

Duopiel in 4 Akten v. Ludwig Goldt. Am 31. Oktober zum erstenmal: Biederleute.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr. Danny Gürtler. der König der Bobboms und des kolossale Oktober-Programms.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

XIII. Saison. Zirkus Busch.

Große Vorstellung. U. a.: Vermette Garpatitruppe. Geschw. Amato, Leiterakrobaten.

Rixdorfer Theater.

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Mittwoch, den 23. Oktober 1907: Zum 2. Male: Die Geschwister.

Gebr. Herrfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anfang 8 Uhr. Vorderausg. 11-2. Die erfolgreichsten Les- u. Komödien.

Madame Wig-Wag.

Operetten-Burleske, Lust von L. Ital. & lebe das Nachtleben! Separat-Büro in 2 Akten.

Fröbel's Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148. Dienstag, den 22. Oktober 1907: Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.

Kasino-Theater.

Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr: Nur noch bis 30. Oktober. Die wilde Jagd.

Reichshallen-Theater.

Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Kute im Familienbad.

Palast-Theater.

Burgstraße 24. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der brillante Oktober-Spielplan. U. a.: Paula Duvals Die 5 Rammoneurs.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Trammstr. 10. Der Lumpensammler von Paris. Charaktergemälde aus dem Volksleben.

Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Zum 31. Male: Geteilte Liebe.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Im Moment! Hamlet. Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.

Buggenhagen.

Moritzplatz. Täglich Vorstellung Das neue Oktober-Programm.

Militär-Konzert.

Bedor, Pragwarski, Görsch, Neumann, Eshens und Kästlich. Stolas, Kollers, Krawatten, Muffen.

Stolas, Kollers, Krawatten, Muffen.

schick garnierte Damenhüte, Barett, Horren-Mützen und Pelzkragen, Knaben- und Mädchen-Garnituren.

F. Kalman.

Kommandantenstraße 15 I. (gegenüber Bouthstraße). Verkauf auch Sonntags.

Erklärung.

Hiermit erkläre ich, daß die Differenzen zwischen dem Verband der Bäcker und Berufsgenossen und mir geregt sind. Karl Prus, Bäckereimeister, Zwilnmerstraße 80.

Internationaler Sozialisten-Kongress.

Stuttgart 1907 vom 18. bis 24. August. Preis 50 Pf. In besserer Ausstattung 1,20 M. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Dr. Simmel.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische.

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. Empfehlung. A. Prof. grad. u. H. Vager, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Spezial-Möbel-Halle.

Harry Goldschmidt. 59 Moritzplatz 59. Ecke Stallschreiberstraße. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften.

Hygienische.

Bedarfsartikel, Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empl. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 60-70. Off. verlang.

Bruch-Pollmann.

empfehlen ein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

H. Pfau.

C., Klosterstraße 30 (A. L. 6347). Bruchbänder und Bandagen, Geradehalter, Leibbinden, orthopädische Apparate.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Spezialität: Nordhäuser Kautabak. stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 127L\* Amt 4, 3014.



# Freie Volksbühne

Die nächsten Abendvorstellungen

**Freitag, 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, Freitag:**  
**Lortzing-Theater** | **Luisen-Theater**  
**1 Opernvorstellung:** | **Bartel Turaser.**  
**Undine.** | **22. (II.) Abendabteilung.**

Zu den beiden Abendvorstellungen haben die Mitglieder sämtlicher Nachmittagsabteilungen Zutritt gegen Zahlung des Beitrages von **1 Mark.**

Mitgliedskarten sind in allen Zahlstellen zu haben.

## Die Zahlstellen des Vereins sind:

N.: Ernst Beyer, Veteranenstr. 13. H. Roloff, Wörtherstraße 31. A. Charlet, Ackerstr. 154. Paul Mazanke, Pankstraße 13. R. Vogel I, Lortzingstr. 37. K. Opitz, Lynarstr. 2. K. Wiesenhal, Ackerstr. 123. A. Tietz, Invalidenstr. 124 (Stettiner Bahnhof). Kriedemann, Storgarderstraße 74. — NO.: Franz Niemeyer, Weberstr. 19. J. Roul, Barnimstr. 42. — O.: P. Horsch I, Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). G. Vogt II, Koppenstr. 83. P. Gummich, Frankl. Alle 90. W. Henze, Petersburgerstr. 34. — SO.: A. Böttger I, Skatitzerstr. 107. Friedrich, Mariannenstr. 5. L. Tolksdorf, Görlitzerstr. 58. Karl Scholz, Wrangelstr. 110. — S.: Paul Haase, Kottbuser Damm 4. Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a. W. Börner, Ritterstr. 15. F. Meyer, Dresdenstr. 128/129. — SW.: Wilhelm Krüger, Belle-Alliancestr. 74a. Muderbach, Lindenstr. 59. F. Ohnesorge, Markgrafenstr. 192. A. Böttger II, Zossenerstr. 90. — W.: Wiemers, Bülowstr. 59. G. Moldenhauer, Barbarossastr. 64. — NW. (Moabit): Paul Horsch II, Charitéstr. 3. Lamprecht, Putlitzstr. 10. — C.: H. Ramm, Stralauerstr. 3-6. Alb. Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18. Clasen, Gipsstr. 27. G. Weimacht, Grünstr. 21. — Rixdorf: F. Henning, Zietenstr. 69. — Charlottenburg: F. Schmidt, Wilmersdorferstr. 130. — Wilmersdorf: E. Meyer, Uhlandstr. 97. — Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42. — Ober-Schöneeweide: H. Knappe, Reuleauxstr. 22. — Vogel: Johann Lauer, Berlinerstr. 92. 230/9

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Sonntag, den 3. November, 1/8 Uhr:

## Kunst-Abend.

Leitung: Margarete Walkotte.

Mitwirkende:

**Emil Richard**, königl. württemberg. Hofchauspieler, bedeutendster Dialekt-Humorist der Jetztzeit.  
**Kun Arpad**, der 12jähr. Violinvirtuose. **Frl. Dübbern**, Konzertsängerin. **Marg. Walkotte**, Flügel: Herr **Bernh. Nitzsch**.  
 Entree 60 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engel-Ufer 15. **Abendkasse 75 Pf.** 298b

# Haben Sie schon

die **Deutschen Konzerthallen,**  
 An der Spandauerbrücke 3, besucht???

## Orts-Krankenkasse der Posamentiere, Seiler, Seidenknops- und Bandmacher zu Berlin.

Das in der außerordentlichen Generalversammlung vom 18. Juli 1907 beschlossene provisorische Statut nebst Anhang betreffend Wohnungsfragen für rüchständige Beiträge und Verhaltungsregeln in Krankheitsfällen hat unter dem 1. Oktober 1907 die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten.  
**Der Vorstand:** 276/20  
 A. B.: Bernhard Herzog, Vorsitzender

## Graue Haare,

Kopf u. Bart, erhalten ihre natürliche Farbe in kurzer Zeit wäscht sich nur wieder durch den ärztlich empfohlenen

**Haar-Regenerator,** fett-, giftfrei und unschädlich. Aug. Schweingruber, Berlin N. 322, Chorinerstraße 81. (Gegr. 1882.)  
 a. Packung 30 Pf. u. Paketsporto.  
 Nach Einsendung von M. 1.— mit Postanweisung sende ich sofort ein Muster gratis frei Haus!

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Man kauft sämtl. Bettartikel, namentlich

## Oderbrucher Bettfedern,

überaus vorzüglich im großen, 1904 im Export nachgegründeten Bettfedern-Spezialgeschäft von Otto Krohn (seit 1905, Brunnenstr. 171, gegenüber der Synagoge) Tel. 1134-4223, ausschließlich auch in eigen. Bettfedern-Fabrikation u. elektr. Betrieb durch zwei erprobte Spezialmaschinen alle, zusammengeknäute Betten tabulat aufgearbeitet werden, so daß sie nach der Reinigung wieder leicht und voll sind.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vordrucks-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Achtung! Mechaniker. Achtung!

Am Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8, eine Besprechung sämtlicher Delegierten der Orts-Krankenkasse der Mechaniker statt, wozu auch die Bechauernde der betreffenden Betriebe eingeladen sind. — Mitgliedsbuch legitimiert. 154/13\* Der Einberufer: M. Gutsch.

MARKE

# SALAMANDER



Einheitspreis Für Damen und Herren Mk. 12 50 Luxusausführung Mk. 16 50

Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie

SALAMANDER Schuh-Ges. m. b. H.

Central W. Friedl.-Str. 182 C. König-Str. 47 SW. Friedrich-Str. 221

Fordern Sie Musterbuch.

## Cognac selbst zu bereiten!

(Methode der Charente, Frankreich.)  
**Cognac mit französischem Geschmack und Aroma** kann niemals mit künstlichen Esenzen, sondern nur aus französischen Grundstoffen nach altbewährter Grundlage des streng französischen Verfahrens erzeugt werden.  
**Reichel's Cognac-Extrakt Marke „Lichterz“** ist ein echtes Naturprodukt, ein Destillat edler französischer Weine höchst konzentriert (Eau de Vie de Charente).  
**In Deutschland unerreicht, größter Import aus Frankreich!**  
 Niemals lose, nur in Originalfl. a 75 Pf., fino Champagne +++ 1,25 M. für 2 1/4 Ltr. Cognac. — Bei 6 Flaschen die 7te gratis.  
 Man überzeuge sich selbst durch einen Versuch von der überraschenden Feinheit und bedenke die enorme Ersparnis.  
**„Die Destillation im Haushalt“** Wertvolles, illustriertes Rezeptbuch zur Selbstbereitung sämtlicher Liköre usw. **Gratis!**  
**Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.**  
 Man nehme aber nur Reichel's Cognac-Extrakt mit dem Lichterz und nichts anderes. Es gibt keinen Ersatz.  
 Niederlagen in durch meine Schilder kenntlichen Drogerien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.  
**Reichel-Spiritus, Feinster Weingeist 96 Vol.-%, Ltr. 1,50 M.** von höchster Reinheit nur in Originalabfüllungen mit unversehrtem Verschlussstreifen.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
 Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.  
**Achtung!**  
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den größten Vorständen, Komitees und Anstaltsverwaltungen unteren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.** Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.



# Haemacolade!

Jeden Tag solche Ladung! Schmeckt aber auch gut!

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin. **Sektion Putzer.**  
 Den Kollegen, sowie dem Gesangsverein der Putzer zur Nachricht, daß unser Mitglied **135/2 Karl Grieben** am 20. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter **Helene Walther** nach langer Krankheit sanft entschlafen ist. 4292 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmausfriedhofes aus statt. **Hugo Walther und Kinder.** Forsterstraße 33.

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter **Charlotte Sander** geb. **Grau** an einem Nierenleiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Friedhofes, Nordend, aus statt. Dies zeigen mit der Bitte um stillen Beileid an Die tiefbetrübt hinterbliebenen **Louis Sander und Kinder.** Gräberstr. 2. 7936

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Vaters, des **Hauptwirts Wilhelm Säwert** sagen wir allen Stammgästen, Bekannten und Verwandten sowie dem Vorstand der Gast- und Schankwirtschaft unseren innigsten Dank. 8006 **Luise Säwert** nebst Kindern.

**Bekanntmachung.**  
 Gewerbeamt zu Berlin. J. Nr. 728. Gew. Ger. 07.  
 Nach erfolglosen Verhandlungen in der Schlichtungskommission wegen Nichtschlusses eines neuen Tarifvertrages haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Gewerbebranche das Einigungsamt angerufen. Dieses hat in der Sitzung vom 10. Oktober 1907 über die zwischen den Parteien noch freitragenden Punkte nachstehenden **Schiedsspruch** gefällt:  
 1. Die Arbeitszeit sämtlicher in den Berliner Gewerbebetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge beträgt täglich 9 Stunden, Sonnabends jedoch nur 8 Stunden.  
 2. Gelehrte Einarbeiter erhalten vom Tage der Vertragsvollziehung ab bis zum 30. September 1908 einen Mindest-Stundenlohn von 52 Pfennig, vom 1. Oktober 1908 ab einen solchen von 53 Pfennig und vom 1. Oktober 1909 ab von 54 Pfennig.  
 Arbeiter, die bisher in einem der Gewerbebetriebe verwandtliche Dienste, wie Buchbinderei, Druckpapier-, Kartonnagen-, Galanterie- oder Porzellan-Industrie, tätig waren, werden im ersten Jahre ihrer Tätigkeit in der Gewerbebranche nach Vereinbarung entlohnt und erhalten nach dem die Mindest-Lohngröße der Einarbeiter. Arbeiter, deren Vordienstleistungen durch die Schlichtungskommission festgestellt ist, werden nach Vereinbarung entlohnt, jedoch nicht unter 45 Pfennig Stundenlohn. Einrichtler und Geschäftsführer erhalten bis 30. September 1908 einen Mindestlohn von 55 Pfennig, vom 1. Oktober 1908 ab einen solchen von 56 Pfennig und vom 1. Oktober 1909 ab von 57 Pfennig pro Stunde.  
 3. Sämtliche Arbeitnehmer erhalten zu ihren bisherigen Löhnen eine Zulage im ersten Jahre von 5 Proz., im zweiten von weiteren 2 Proz. und im dritten Jahre von noch weiteren 2 Proz.  
 4. Es wird lediglich die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.  
 5. In Berufungen, in denen günstige Arbeitsverhältnisse zurzeit bestehen als die in diesem Verträge festgesetzten, sollen diese Arbeitsbedingungen auch fernerehin Gültigkeit haben.  
 6. Die Regelung der in diesem Schiedsspruch nicht berührten Streitfragen wird den Parteien zur schlichten Erledigung überlassen.  
 7. Die Vertragsdauer wird auf drei Jahre festgesetzt.  
 v. g. u. **gez. v. Schulz,** **gez. Dr. Georg Meitz,** Siegmund Engelmann, **gez. A. Rixdorf,** Eugen Weidner.  
 Vorstehendem Schiedsspruch haben die Parteien sich unterworfen. Berlin, den 13. Oktober 1907. Der Vorsitzende des Einigungsamtes, **gez. v. Schulz.**

Unserm Parteigenossen **Adolf Meyer** nebst Gattin zu ihrem 25jährigen Jubiläum am heutigen Tage ein dreifach donnerndes Hoch! Die Mitglieder des 521. Bezirks. 4293

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Bezirk 145.  
 Am Sonntag, 19. Oktober, fand unser Mitglied, der Kolporteur **Ernst Feist.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Raucher-Bund** Berlins und Umgegend.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kolporteur **Ernst Feist** aus Klub „Brack“ am 19. d. M. an Magenleiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. 3/19 **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
 Am Sonntag, 19. Oktober, verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Kolporteur **Ernst Feist.** Sein entgegenkommendes Wesen, sowie seine rege Tätigkeit für die Bestrebungen der Schule sichern ihm ein dauerndes Andenken. Das Begräbnis findet am Mittwoch, 23. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichstraße, aus statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. 5/2 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gewerker **Ernst Feist** am 19. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. Regte Beteiligung erwartet 154/14 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater **Karl Grieben** nach langer, schwerer Leiden gestorben ist. 4272 Dies zeigen tiefbetrübt an **Die trauernden Hinterbliebenen.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags um 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.** **Todes-Anzeige.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer **Karl Grieben** (4. Bezirk) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Bekanntheit sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Verein der Wals- und Wollweber-Inhaber unseren aufrichtigsten Dank. 7905 **Marie Nitzsch und Tochter.**